Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Erscheint jeden Werktag nachmittag außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus 1,40 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Verlagsgenossenschaft Gmbh. Halle, Leuchenfeldstr. 14. Fernruf 21045 (Red.); 21047 (Verlag).

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mk. im Textteil. Bankkonto: Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 49. Fritz Kroß, Halle. Druck: Produktiv Buchdruckerei G. m. b. H., Halle, Leuchenfeldstr. 14. Fernruf 22251. Drahtanschrift: Klassenkampf Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Montag, 17. Februar 1930 | 10. Jahrgang • Nr. 40

Der neueste Schandstreich der Gewerkschaftsbürokratie

Die Sozialfaschisten spalten

Die ganze Zahlstelle Halle aus dem Steinarbeiterverband ausgeschlossen — Mitgliedschaft einmütig hinter der oppositionellen Ortsverwaltung — Die Opposition will die revolutionäre Einheit erhalten — Verjagt die Sozialfaschisten

Halle, 17. Februar.

Der Zentralvorstand des Steinarbeiterverbandes hat am Sonntag die ganze Zahlstelle Halle aus dem Verband ausgeschlossen und will eine kommissarische Verwaltung errichten. Die Mitglieder stehen jedoch fest und geschlossen hinter ihrer bisherigen Ortsverwaltung und sind bereit, alle Spaltungsmaßnahmen zurückzuweisen.

Zu diesem neuerlichen Schandstreich der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie wird uns noch folgendes bekannt:

Am 13. Februar 1930 tagende Mitgliederversammlung des Steinarbeiter-Verbandes, Zahlstelle Halle, beschäftigte sich mit den Angriffen gegen die Ortsverwaltung wegen der Beteiligung an Kundgebungen der revolutionären Gewerkschaftsopposition.

Die einzige Stimme des sozialfaschistischen Gauleiters folgender Beschluß angenommen:

„Ortsverwaltung besitzt das Vertrauen der Mitglieder. Die Spaltungsmaßnahmen des Zentralvorstandes werden aufs schärfste verurteilt."

Weiter auf der Versammlung der Zentralvorstand wie auch die Gegner vertreten waren, konnten sie ihre Beschuldigung, die Ortsverwaltung habe gewerkschaftsfeindliche Arbeit gemacht, nicht beweisen. Im Gegenteil, die Reformisten mußten bestätigen, daß die vorherige Ortsverwaltung in jahrelanger ehrenamtlicher Arbeit die Organisation gesund und kräftig ausgebaut hatte, daß Zentralkassierer von Halle restlos organisiert wurden. Der Vorwurf war, daß die Ortsverwaltung sich zur Opposition bekenne und dementsprechend gewirkt hat.

Die Versammlung erklärten die Kollegen, die Ortsverwaltung nur im Auftrag und nach den Beschlüssen der Mitgliedschaft gehandelt. Es ist die Pflicht der Ortsverwaltung, nicht wie der Zentralvorstand, sich über die Beschlüsse der Mitgliedschaft hinwegzusetzen, sondern sie zu respektieren und zu vollziehen. Eine wirkliche Interessenvertretung der Steinarbeiter kann von den Gewerkschaften nur gewährleistet werden, wenn im Verbande die Politik der revolutionären Gewerkschaftsopposition angewandt wird.

Die mit dem kapitalistischen Staat verwachsene Gewerkschaftsbürokratie hat mit ihrer wirtschaftsdemokratischen Einstellung offen Bankrott gemacht, was sich aufs schärfste in der Lage unserer Industrie sowie auch unserer Kollegen zeigt.

Die „Reformierung" der Erwerbslosenversicherung im vergangenen Jahre hat die Unterstützung unserer Kollegen von 25,20 Mark im Jahre 1927 auf 10,00 bis 11,00 Mark im Jahre 1929/30 herabgedrückt. Wo unsere Kollegen zum Kampf gegen die Verteuerung der Lebenshaltung durch die Zollerhöhungen, für die Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen auftraten, wurden die Streikenden im Interesse der Unternehmer von den gewerkschaftlichen Mitgliedern in den Ministerien und Verwaltungen des kapitalistischen Staates sowie von unseren Gewerkschaftsbürokraten offen bekämpft. Nach dieser klaren und einmütigen Entscheidung der Mitgliedschaft hat der Zentralvorstand dann am Sonnabend die Zahlstelle ausgeschlossen.

In einem Flugblatt erklärt nun die oppositionelle Ortsverwaltung: **Wir weichen nicht mehr vor den Drohungen des Zentralvorstandes zurück und führen mit der Gewerkschaftsopposition den Kampf gegen die Bereelendung der Arbeiterschaft.**

Wir fordern von allen Zahlstellen unseres Verbandes, daß die Kollegen Stellung nehmen zum Ausschluß der Kollegen Pretsch, Feldmann, Thuim, Triebel, sowie gegen die Amtsentsetzung der Kollegen Montag und Ganzer. Kämpft überall gegen den Terror des Zentralvorstandes. Die ausgeschlossenen Kollegen sind bereit, in Euren Versammlungen dazu zu sprechen. Erklärt Euch solidarisch mit uns.

Die ganze mitteldeutsche Arbeiterschaft muß sich mit den Steinarbeitern solidarisieren.

Haussuchung in der Produktiv Bauers Leiche gefunden

(Siehe Berichte im lokalen Teil)

Die Garagen liegen still

Bild vom Streik der Berliner Taxichauffeure, der immer größere Ausdehnung gewinnt.

Der einzige Ausweg vor der drohenden Katastrophe

Auf den Straßen der Städte schreitet der Hunger. Bleiche Gesichter, Proletariermütter, verhärmt von der ständigen Sorge, ihre Kinder zu sättigen. Arbeiter, Angestellte, die nicht wissen, woher sie das Notdürftigste für ihre Familie nehmen sollen. Proletarierkinder, unterernährt, armselig gekleidet, eine wehrlose Beute für Krankheit und Seuche. Tagtäglich wächst die Millionenschar der Erwerbslosen. Von Woche zu Woche werden neue Hunderttausende auf die Straße geschleudert. Die Teuerung wächst, der Hunger marschiert. Das ist das Bild des Deutschlands, in dem das kapitalistische System, repräsentiert durch die Schacht, Hermann Müller und Moldenhauer, geschützt durch die Karabiner und Bajonette der Severing, Grzesinski und Zörgiebel, am Ruder ist.

Es kann keinen Zweifel geben, diese Regierung und dieses System treibt Deutschland einer Katastrophe entgegen. Die hungernden Millionen, die Erwerbslosen auf den Stempelstellen, die Betriebsarbeiter, deren Lohn immer weniger für ein halbwegs menschenwürdiges Dasein ausreicht, die Angestellten, auf deren Rücken die Hungerpeitsche des Unternehmertums nicht weniger brutal niedersaust, die Arbeiterinnen, die für gleiche Leistung noch schäbigeren Lohn empfangen als ihre männlichen Kollegen, sie alle spüren die Not, sie alle spüren die kommende Katastrophe.

Gibt es keinen Ausweg?

Die Kapitalistenregierung mitsamt ihren sozialfaschistischen Ministern, die alle paar Wochen nicht mehr das Geld hat, um nur ihre Beamtengehälter auszahlen zu können, die trotz allen Unterstützungsabbaues selbst die Bettelpfennige für die Erwerbslosen nicht mehr aufbringen kann, wohl aber Millionengehälter für ihre Reichsbankpräsidenten, Eisenbahn-Generaldirektoren und ähnliche Pfründner —, diese Kapitalistenregierung kennt nur einen „Ausweg" vor der drohenden Katastrophe: neue Steuern, neue Raubzüge auf die Taschen der Werktätigen. Die Arbeiter, Angestellten, kleinen Beamten, die Handwerker und Kleingewerbetreibenden, die arbeitenden Bauern sollen noch mehr bluten. Die Reichen sollen weiter prassen.

Und wenn die Millionen, die der Hunger peinigt, zum Widerstand greifen, dann antwortet die Kapitalistenregierung mit Republikschutzgesetz, mit Kerker für die, die die Interessen des Volkes vertreten, mit Bajonetten, mit Feuerüberfällen.

Das ist das Rezept der Kapitalisten und ihrer Sozialdemokratie. Aber mit blauen Bohnen macht man die Hungrigen nicht satt, schafft man den Kindern nicht Milch, den Männern nicht Brot und Fleisch. Mit blauen Bohnen und Gesetzesparagraphen „zum Schutze der Republik" bezahlt man nicht die rückständige Miete erwerbsloser Proletarierfamilien, löst man nicht ihre Gasrechnungen ein, schafft man nicht Kleidung und Schuhwerk für frierende Arbeiterkinder.

Die Kommunisten zeigen den Ausweg, der Katastrophe zu entrinnen.

Wenn die Kommunisten an der Spitze der werktätigen Massen ans Ruder gelangen, wenn in Deutschland nicht mehr eine Kapitalistenregierung mit sozialdemokratischen Ministern und Polizeipräsidenten regieren wird, sondern eine Sowjetregierung im Namen der proletarischen Diktatur die Macht in Händen hält — dann allein läßt sich die Katastrophe vermeiden. Dann allein wird es nicht weiteren Ruin, nicht weitere Zerrüttung und Krise, nicht weiteren Niedergang und wachsendes Elend geben, sondern den Aufbau der Wirtschaft im Zeichen des Sozialismus.

Die Kommunisten werden die Betriebe, in denen heute die privaten Unternehmer nach ihrem Belieben und ihrem Profit-

Zusammenbruch der Lügenhetze

Um das Hamburger Parteihaus verkauft wurde — Der Schwindel vom KPD.-Ramsch entlarvt — Protest gegen den Papstschwindel

Berlin, 17 Februar.

„Vorwärts" vom 15. Februar setzt seine wüste Lügenhetze fort und bringt dabei folgende „sensationelle" Enthüllung:

Das Hamburger Parteihaus der Kommunistischen Partei am Bebelplatz ist vor etwa zehn Tagen verkauft worden, und zwar an den Hamburger Staat!

Das ist also fest: Die „revolutionären" Hamburger Kommunisten haben ihr Haus an den Hamburger Staat verkauft, den sie bis aufs Messer bekämpfen."

Diese „Sensation" der SPD.-Presse können wir mit einer kleinen Aufklärung dienen. Das Haus, in dem die Hamburger Partei sich in der engen Straße „Valentinskamp" befand, hat der Hamburger Senat beschlossen, die Baufluchtlinie der Straße zu ändern und zu diesem Zweck sämtliche dazu benötigten Grundstücke zu erwerben bzw. auf dem Wege der Enteignung an sich zu bringen. Infolgedessen war der Eigentümer des Gebäudes, in dem sich die Räume der Partei befanden, gezwungen, das Grundstück an den Hamburger Staat zu verkaufen. Der Verkauf erfolgte übrigens bereits im Jahre 1929 und nicht erst „vor etwa 10 Tagen", wie der Schwindel-Bericht des „Vorwärts" behauptet. Es handelt sich also um einen Zwangsverkauf, wie ihn der „Vorwärts" herhalten muß, um seine Hetze gegen die Kommunisten zu betreiben. Das zeigt der gesamten Arbeiterschaft, auf welchen Grundlagen die sozialfaschistische Hetze ruht.

Bemerkenswert bleibt, daß das Brandler-Organ „Gegen den Strom" am gleichen Tage wie der „Vorwärts" den Verkauf des Gebäudes mitteilt und auf Grund dieses Verkaufes in ebenso gewissenloser Weise als der „Vorwärts" gegen die KPD. hetzt, um den Lesern mitzuteilen, daß es sich um einen Zwangsverkauf wegen Straßenverbreiterung handelt.

Die sozialfaschistischen Blätter unseres Bezirks setzten am Montag den Schwindel vor und werden heute versuchen, damit fortzufahren. Arbeiter, Ihr wißt Bescheid. Stellt die SPD.-Leute im Betrieb und auf der Siempelstelle zur Rede. Stopft der sozialfaschistischen Lügenpresse das Maul!

Sogar russische Kirchenführer protestieren

Gegen die Lügenhetze des Papstes

Wie aus Moskau gemeldet wird, haben die Häupter der russisch-orthodoxen Kirche die Mitglieder des Heiligen Synods unter dem Vorsitz des Metropoliten Sergius scharf gegen die Lügenhetze in der ausländischen Presse über angebliche Religionsverfolgungen in Rußland Stellung genommen. Sie sprechen offen aus, daß es sich bei dieser Aktion nicht um den Schutz unterdrückter Christen, sondern um die Aufreizung zum Krieg gegen die Sowjetunion handele. In der Kundgebung wird weiter gesagt, daß in Rußland innerhalb der bestehenden Gesetze die Kirche ungehindert lebe und daß Kirchenschließungen, soweit sie erfolgen, nicht der Initiative der Regierung, sondern dem Wunsche der Bevölkerung entspringen.

So haben alle die kriegshetzerischen Kreuzköpfe der ganzen Welt von den Gläubigen der Sowjetunion selbst ein tüchtiges aufs Lügenmaul bekommen.

Ein markierter Munitionsfund

(Eig. Drahtm.) Berlin, 17. Februar.

Hier wird ein neuer dicker Schwindel zur Fortführung der Hetze gegen die KPD. und die Sowjetunion aufgezogen. Die Berliner Politische Polizei machte angeblich am Spreeweg im Tiergarten einen Munitionsfund. Es soll sich um 631 Schuß Gewehrmunition deutscher und russischer Herkunft handeln, außerdem um Patronenmunition und Jagdpistolen.

Kein Zweifel, der ganze Schwindel ist zum Zwecke der Kommunistenhetze inszeniert.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300217-12/fragment/page=0001

interesse schalten und walten und die Arbeiter auspressen oder aufs Pflaster werfen können, in die Hände des werktätigen Volkes überführen. Die Kommunisten werden in Deutschland nach dem Muster der Bolschewiki nicht Arbeiter entlassen, sondern die Kapitalisten aufs Straßenpflaster werfen! Nicht aus den Knochen der Proletarier, sondern aus den Erträgen der sozialistischen Industrie, aus den Ueberschüssen der vom proletarischen Staat enteigneten Fabriken, Gruben, Schiffahrtslinien, Banken, Warenhäuser wird die kommunistische Regierung die Gelder nehmen, um ihre Beamten, ihre Lehrer und ihre roten Soldaten zu besolden. Freilich, sie wird keine Gehälter von Hunderttausenden zahlen, wie die sozialdemokratische Kapitalistenregierung, sondern im proletarischen Deutschland wird auch in der Besoldung der Funktionäre des Arbeiterstaates das proletarische Klassenprinzip zur Anwendung kommen.

Ist das alles kein Ausweg, mit dem die Massen einverstanden sein müssen, zu dem sie sich bekennen und entschließen? Gewiß: die Herren Vorsig und Duisberg, Thyssen u. Co., die Hugenberg und Jakob Goldschmidt werden mit dieser Lösung nicht sonderlich zufrieden sein. Die satten Prasser vom Kurfürstendamm, die gemästeten Hyänen von Bank und Börse, die vollgefressenen Scharfmacher vom Reichsverband der deutschen Industrie und die Tausende sozialdemokratischer Pfründner des kapitalistischen Deutschland — sie alle wollen nichts von dieser „kommunistischen Lösung" der Krise wissen. Sie alle knien dankbar nieder, wenn der „Heilige Vater" in Rom seinen Bannspruch gegen den Bolschewismus schleudert. Mag nun ein Rabbiner oder ein evangelischer Pfaffe an ihrer Wiege gestanden haben, sie alle stimmen in die katholischen Flüche wider den verfluchten Bolschewismus ein.

Aber die anderen, die keinen Sekt saufen, keine Austern schlürfen, keine Bankkonten besitzen, keine Aktien und keine Wertpapiere, die anderen, die nicht wissen, wie sie die Miete bezahlen sollen, die jeden Groschen dreimal in der Hand wenden müssen, ehe sie ihn ausgeben, die Arbeiter und Angestellten, die Schuster und Schneider, die kleinen Krämer, die ausgebeuteten Arbeiterinnen, die Kleinbauern, alle Werktätigen — sollen sie auch um die Profite der Kapitalisten bange sein?

Sie sind es nicht. Sie haben Hunger. Und sie wollen Brot. Sie wollen nicht auf der Straße liegen. Sie wollen Arbeit und anständigen Verdienst. Sie wollen ein menschenwürdiges Dasein. Sie wollen nicht von der Knute des Unternehmers und seiner Antreiber geeinigt sein. Sie wollen als freie Arbeiter in den eigenen Fabriken des arbeitenden Volkes am Aufbau des Sozialismus mithelfen. Sie wollen den Sozialismus. Sie wollen unseren Ausweg, den Ausweg der Kommunisten.

Und weil die Massen durch ihr eigenes Geschick gedrängt, diesen Ausweg wollen, ist es die Pflicht der Kommunisten, ihnen die Augen zu öffnen, den Weg zu zeigen, überall, in jeder Werkstatt, jedem Kontor das Banner des proletarischen Kampfes gegen den Young-Plan zu entrollen.

Die oben, die Regierenden, die herrschende Klasse der Satten, beschließen den Young-Plan, beraten das Republikschutzgesetz, ersinnen neue Steuern, treiben noch rascher, noch skrupelloser die Massen ins Elend und Chaos.

Wir Kommunisten sind die einzigen, die den Millionen den Ausweg, die Rettung, den Aufstieg weisen können. Ungeheuer ist unsere historische Verantwortung, unsere geschichtliche Pflicht.

Wir fragen in aller Offenheit vor der Gesamtheit der proletarischen Klasse: sind wir dieser Aufgabe schon gewachsen? Und wir antworten: Jawohl, die Kommunistische Partei ist zu jeder Stunde bereit, die Macht zu übernehmen und das werktätige Deutschland vor der Katastrophe zu erretten. Und wir scheuen uns nicht, zu gleicher Zeit auszusprechen, daß unsere Partei gerade deshalb noch zehnmal besser lernen muß, die Massen zu mobilisieren und zu Sturmtruppen der proletarischen Revolution zu organisieren.

Vor uns liegen Kampftage des deutschen Proletariats, Kampftage der internationalen Arbeiterklasse, vor uns liegt der internationale Kampftag der Erwerbslosen am 6. März, der Internationale Frauentag am 8. März, vor uns liegen die Betriebsrätewahlen in ganz Deutschland, bei denen es gilt, Hunderte von neuen Hochburgen des proletarischen Klassenkampfes zu erobern. Wir müssen noch viel energischer, noch viel kühner, noch viel lebendiger als bisher in den Massen zu wirken verstehen, um schon bei diesen Vorpostengefechten die Rolle unserer Partei als der alleinigen Führerin des ganzen werktätigen Deutschland gegen seine Feinde in vollkommener Klarheit zu entfalten.

Am internationalen Kampftag der Erwerbslosen gilt es, die Einheitsfront jener Millionen, die der unfähige und dem Untergang geweihte Kapitalismus brotlos machte, der Erwerbslosen, mit den Arbeitern der Betriebe zu schmieden. Am Internationalen Kampftag der werktätigen Frauen gilt es, diesen Millionenmassen, ohne die die proletarische Revolution nicht siegen kann, die Erkenntnis einzuhämmern, daß auch sie Seite an Seite mit den Männern des Proletariats marschieren und sich in die große Millionenfront eingliedern müssen. Bei den Betriebsrätewahlen wollen und müssen wir all die geknechteten Schichten, die Jungarbeiter, die unqualifizierten Teile des Proletariats mit in die vorderste Kampfesreihe reißen, weil gerade aus diesen Schichten die besonders unverbrauchten, frischen, revolutionären Kampfesenergien zu gewinnen sind.

Noch gibt es in unseren Reihen Schwankende, Kleingläubige, Furchtsame, die nicht mitkommen, wenn unter den Hammerschlägen der Geschichte das Gebäude der alten Gesellschaftsordnung in allen Fugen kracht und die Massen der Arbeiterklasse marschieren. Wir dürfen nicht zögern, sie beiseite zu schieben, immer von neuem die Kader unserer Partei mit unverbrauchten Elementen aus der Millionenmasse des Proletariats aufzufrischen und nur um so entschlossener unseren Kurs einzuhalten.

Wir sind keine Partei der Satten, der Selbstzufriedenen. Wir sind eine Partei, die niemals auf ihren Erfolgen ausruht, sondern stets vorwärts drängt, voller Unrast und Ungestüm, stets entschlossen, unsere Arbeit zu verbessern.

In der Kommunistischen Partei verkörpert sich die einzige Lösung, die es für die breiten Massen des arbeitenden Deutschland angesichts der drohenden Katastrophe und des kapitalistischen Chaos gibt. In der Kommunistischen Partei verkörpert sich der Ausweg, der Sozialismus!

Darum gehört uns die Zukunft. Darum sind wir sicher unseres Sieges. Darum bekennen sich die Massen immer entschlossener zu uns! Bis die Stunde geschlagen hat, in der das proletarische Deutschland dem heutigen System und seinen Machthabern „den Abschied gibt": die Stunde der proletarischen Revolution!

Führer der Opel-Arbeiter wieder frei

(Eig. Drahtm.) Berlin, 17. Februar.

Nach einer Meldung der „Montagspost" aus Frankfurt a. M. mußten die kommunistischen Abgeordneten Müller und Sumpf, die während des Streiks der Opel-Arbeiter verhaftet worden waren, wieder freigelassen werden.

Dieser Schritt ist zweifellos unter dem Druck der empörten Arbeiter erfolgt, die mit Recht in den Kommunisten ihre Führer sehen.

Flucht der Arbeiter aus der SPD

SPD. ist keine Arbeiterpartei — „Eine gerade Linie des Arbeiterverrates" Einziger Ausweg: Uebertritt zur KPD.

Der sozialdemokratische Angestellte Rudolf Rein hat an den Bezirksvorstand der Berliner Sozialdemokratie folgenden Brief gesandt:

Hiermit erkläre ich meinen Austritt aus der Sozialdemokratischen Partei, und zwar aus folgenden Gründen:

Wenn ich vorher noch nicht an die arbeiterfeindliche Politik der Parteileitung geglaubt habe, so haben mir die Ereignisse der letzten Zeit die Augen über die Rolle der Partei in der gegenwärtigen Situation geöffnet.

Von der Panzerkreuzerkomödie bis zum Republikschutzgesetz ist eine gerade Linie des Arbeiterverrates

und kein klassenbewußter Arbeiter kann diesen Verrat an der eigenen Klasse unterstützen.

Ich glaubte zuerst noch an die revolutionären Phrasen des „linken Flügels", zu dem auch ich gehörte. Der Magdeburger Parteitag hat mich jedoch eines Besseren belehrt.

In ganz gemeiner Art hetzt der „Vorwärts" gegen die Abwehrmaßnahmen der Arbeiter, die sich gegen Gewerkschafts- und Polizeiterror schützen wollen. Jeder Streik, der heute eine selbstverständliche Folge der geistigen Ausbeutung ist, wird von diesen Arbeitervertretern, die heute in den Gewerkschaftsleitungen sitzen, abgewürgt. Die Maidemonstration, für die die deutsche und darüber hinaus die Arbeiterklasse der ganzen Welt seit Jahrzehnten einen Kampf mit Polizei und Unternehmer führt, wird heute von einem Sozialdemokraten zusammengeschossen.

Es ist deshalb für jeden klassenbewußten Arbeiter heute unmöglich, noch länger Mitglied der SPD. zu sein, dieser Partei eines Noske, eines Zörgiebel, eines Breitscheid usw. Das ist keine Arbeiterpartei mehr.

Ich schließe mich der Masse derer an, die zur einzigen Partei des Proletariats, zur Kommunistischen Partei, gegangen sind, und werde alle bisherigen Genossen auffordern, den Verrat der Erneuerung der Partei aufzugeben und zur großen Armee des kämpfenden Proletariats, zur Kommunistischen Partei zu kommen.

Rudolf Rein,
Berlin N 58, Grüntaler Str.

Ein SPD.-Arbeiter schreibt an seinen Vorwärts

Der SPD.-Arbeiter Simon Oppenheim aus Oschersleben schreibt in unserem Bruderorgan, der Magdeburger „Tribüne" einen Brief, der an den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Peus gerichtet ist. Der Arbeiter ist empört über den Verrat der SPD. an den Erwerbslosen. Er schreibt:

„Der Grund meines Schreibens an Sie, Herr Peus, ist einmal zu sagen, was ein erwerbsloser Sozialdemokrat im Herzen hat. Mein ganzes Denken und Arbeiten hat für der Sozialdemokratie gewidmet und heute in der Not ich sehen, daß wir Erwerbslosen wie Hunde behandelt werden. Bis heute habe ich im „Volksblatt" (SPD.-Organ) nicht Wort darüber gelesen, wie die Arbeitslosigkeit beseitigt kann. Versprechen über Versprechen hat uns die Sozialdemokratie gemacht. Obwohl Sozialdemokraten die Regierung diktiert der große Besitz unumschränkt... Mit jedem verliert die Sozialdemokratie das letzte Ansehen in der schaft und muß als Arbeiterpartei bankrott machen."

Der Bankrott der SPD. ist bereits lange vorhanden. schändlichen Verrat der Koalitionspolitik gibt es nur ein

Los von der SPD., hinein in die KPD!

Streikbrecher werden gesteinigt

Der Berliner Streik der Taxichauffeure dehnt sich aus

(Eig. Drahtm.) Berlin, 17. Februar.

Infolge frecher Provokationen streikbrecherischer Taxichauffeure kam es in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag und am Sonntagfrüh in allen Stadtteilen zu Zusammenstößen. Streikbrecher wurden von Streikenden und empörten Arbeitern scharf in die Schranken gewiesen und die Autos mit Steinen bombardiert. Der sozialfaschistische Polizeipräsident Zörgiebel hat zur Niederschlagung des Streiks starke Sonderpatrouillen durch die Straßen geschickt, die in brutaler Weise gegen die Streikenden vorgingen. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. Als eine Versammlung der Streikenden, die am Sonntag stattfand, beendet war, wurden die Versammlungsteilnehmer von Polizei überfallen und auseinandergehauen.

Der Kampf der Berliner Autotaxichauffeure wird immer erbitterter. Auch in Leipzig sind die Taxichauffeure in Bewegung. Es ist notwendig, Zuzug nach Berlin und Leipzig fernzuhalten.

Aufruhr bei den Nazis

(Eig. Meldg.) Frenburg a. U., 17. Februar.

Die Ortsgruppe Frenburg a. U. der NSDAP. ist durch Spaltung aufgelöst. Eine sehr starke Opposition steht gegen Hinkler, dem eine ungeheure Schuldenwirtschaft nachgesagt wird. Offen wird behauptet, daß 20 000 Mark Schulden der Organisation direkt von Hinkler verursacht worden seien. Hinzu komme noch die neue Zeitung „Der Krampf" (hier steht ein „r" — das muß „Krampf" heißen), die auch finanziert werden muß und durch die immer neue Schulden gemacht werden.

Die Ursachen des Krachs bei den Nationalsozialisten liegen natürlich tiefer als nur in den finanziellen Schwierigkeiten, die man bei den Nationalsozialisten gewohnt ist. Sie haben ihre Ursache in dem Widerstand der Arbeiterelemente in dieser Partei gegen die demagogische Politik ihrer Führung, die nur auf die Erhaltung des kapitalistischen Systems und Täuschung der Arbeiter berechnet ist. Arbeiter, heraus aus der NSDAP.!

Kapitalsknecht flüchtet vor den Arbeitern

In Herringen im Ruhrgebiet versuchte der Gemeindevorsteher durch Polizei die Oeffentlichkeit in der Gemeindevertretersitzung auszuschließen. Die Schupo hatte alle Zugänge zum Zuhörerraum besetzt. In großen Massen erschienen die Arbeiter empört über die sozialfaschistische und bürgerliche Gemeindepolitik, drängten die Polizei zurück und besetzten den Verhandlungssaal. Der verließ fluchtartig die Sitzung, so daß dieselbe ausfiel.

Daraufhin bildete sich spontan ein großer Demonstration Arbeiter marschierten geschlossen ins nächste Lokal und hier mit der arbeiterfeindlichen Kommunalpolitik ab. Le der kommunistischen Fraktion erhielt demonstrativen seinen Ausführungen.

Im Anschluß daran traten 85 Versammlungsteilnehmer der KPD. bei!

Levis Erben

Herr Thalheimer veröffentlicht in „Gegen den Strom" Nachruf für Levi, den Mann, der allen späteren Opportunisten Renegaten der KPD. die Wege gewiesen hat. Charakteristisch nur, was er an ihm zu „kritisieren" hat, insbesondere den Verrat im Jahre 1921:

„Diese Fähigkeit (kollektiv zu arbeiten) ging ihm völlig ab. Wenn er, wie Lenin offen aussprach, mit ist der Märzaktion zu 90 Prozent recht hatte, wenn er hätte durchsetzen können bei organisiertem, disziplinierten gem Vorgehen, so verdarb er alles durch die entgegengesetzte

Ein Renegat tut dem anderen nicht weh! Ueber Thalheimer hat die revolutionäre Arbeiterschaft ihr Urteil chen. Wie recht sie damit hatte, wird durch den Ernst heimers bestätigt.

Verschärfte Auseinandersetzungen auf der Flottenkonferenz

Die französische Delegation auf der Londoner Konferenz die englischen und amerikanischen Vorstöße gegen die U mit der Aufstellung eines französischen Flottenprogramms wortet, das faktisch auf die Verdoppelung der gegenwärtigen französischen Flotte bis zum Jahre 1936 hinausläuft (Name „Abrüstung"!). Der Gesamtumfang der französischen würde von 360 000 auf 720 000 Tonnen steigen — auf der großen Kreuzer würde Frankreich mit 10 Einheiten englischen 15 (die noch dazu über alle Meere zerstreut ankommen, ebenso auf dem der kleinen Kreuzer, die U soll nach den französischen Wünschen mit 100 000 Tonnen 80 000 englischen übersegen sein.

Für England ist das natürlich untragbar. Für ein nützliches Druckmittel in allen Auseinandersetzungen land, das seinerseits in eine um so komplizierter werdende italienischen Paritätsforderung gebracht wird. Wenn Italien gar nicht in der Lage, ein Flottenprogramm Umfange, wie das französische auszuführen, wenn es nicht kräftige Hintermänner findet — aber Amerika könnte auch auf dieses Spiel eingehen.

Frankreich benutzt die doppelte Drohung, die durch programm und durch die italienischen Paritätsforderungen ist, um von England „Sicherheiten", d. h. ein Mitte gegen Italien und wohl auch ein kontinentales gegen zu erlangen. In diesem Falle wäre es bereit ein Mi um etwa 80 000 bis 100 000 Tonnen „abzuschwächen".

England wiederum weiß, daß ein Kompromiß auf Washington als offenes Kampfbündnis mit amerikanischen Spitze aufgefaßt würde, und will den Konflikt hinausschieben, sofortige Austragung es sich nicht gewachsen fühlt. Ob Erfolg, bleibt abzuwarten.

Sorgt für die Wahl roter Betriebsräte

Aktion zum Schutz roter Betriebsräte

In dem Großbetrieb der Textilfirma Stöhr in Leipzig wurde mit Zustimmung der sozialfaschistischen Betriebsräte der kommunistische Betriebsrat gemaßregelt. Der Belegschaft bemächtigte sich daraufhin ungeheure Empörung. Mit großer Schnelligkeit verbreitete sich die Nachricht unter den Erwerbslosen Leipzigs. Bei Betriebsschluß sammelte sich vor den Ausgängen der Fabrik eine starke Erwerbslosenmasse mit roten Fahnen und Transparenten, die ihren Protest gegen die Maßregelung zum Ausdruck brachten. Mehr als 1000 Mann marschierten im Demonstrationszug in ein Lokal und hielten dort eine Protestversammlung ab.

Auf Vorschlag mehrerer Stöhr-Arbeiter wählte die Versammlung eine Delegation, die die einmütige Forderung auf Wiedereinstellung des roten Betriebsrates bei der Direktion überbringen soll. 20 Arbeiter traten der KPD. bei. Das revolutionäre Kampfbündnis der Erwerbslosen mit den Stöhr-Arbeitern muß in allen Betrieben Nachahmung finden.

„Flugblattverteiler müßten erschossen werden"

Ein sozialfaschistisches Prachtexemplar ist der SPD.-Betriebsrat und Reichsbannermitglied Glaß aus der Anilinfabrik Wolfen, wohnhaft in Dessau. Die Anilinfabrik, die bereits über 800 Leute entlassen hat und weitere Hunderte entlassen will, gehört zu dem J. G.-Trust. Glaß entwickelt im Betrieb eine rege Spitzeltätigkeit gegen die oppositionellen Arbeiter. Als er auf dem Bahnhof Wolfen zwei Arbeiter traf, die dort die Betriebszeitung „Roter Filmstreifen" verkauften, erklärte er:

„Jeder Arbeiter, der Flugblätter verteilt, müßte erschossen werden."

Der Ausspruch zeigt, daß dieser SPD.-Betriebsrat ein würdiger Parteifreund seines Zörgiebels und Hörsings ist. Dieser Glaß ist nur ein Exemplar jener 10 000 sozialdemokratischer Betriebsräte, die es bei der kommenden Betriebsrätewahl gilt, durch rote Betriebsräte zu ersetzen.

Kurze politische Meldungen aus aller Welt

Die Reichsbank hat im vergangenen Jahr einen Reingewinn von 170,2 Millionen Mark, also mehr als im Vorjahr. Der Reingewinn beträgt 25,5 Millionen. Es werden Dividende verteilt.

2757 Morde wurden in den letzten sechs Jahren in Deutschland begangen. Außerdem 1 117 000 Diebstähle und 39 000 Raubverbrechen. Die Zahl der Diebstähle und Raubdelikte ist der Hungerpolitik der Koalitionsregierung im Vorjahr gewachsen.

Der Preußische Staatsrat wird am Dienstag, dem 19. Februar, zusammentreten.

Die Budapester Polizei hat zur Verstärkung des Terrors die revolutionäre Arbeiterschaft einen neuen gemeinsamen Sender in Budapest aufgestellt.

Eine chinesische Luftflotte soll geschaffen werden. Für 5 Millionen Dollar wurden dafür bewilligt und ein amerikanischer Fliegerhauptmann zur Organisierung herangezogen.

Zum Tode verurteilt wurden drei Sträflinge, die an einem im Zuchthaus Auburn im Dezember 1929 teilnahmen.

In Madrid demonstrierten Tausende von Erwerbslosen, die von der Polizei angegriffen wurden. Die Masse leistete starken Widerstand. Eine Anzahl Polizisten wurde verletzt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300217-12/fragment/page=0002

Die Saatkampagne in der Sowjetunion

...die Betriebe den Fünfjahrplan durchführen und überholen

...Mit voller Kraft werden in der Sowjetunion die letzten Vorbereitungen für die Frühjahrskampagne getroffen. Die Maschinen werden repariert, neue Traktoren bestellt, die Aussaat vorbereitet. Diese Arbeiten stehen im engsten Zusammenhang mit dem bevorstehenden Kollektivierung.

Die „Prawda" vom 10. Februar teilt mit, daß die Landwirtschaftlichen Traktoren bestellt haben, die bis zum 1. März in den nördlichen Gebieten sein müssen. Von diesen Traktoren werden 1... die entfernten Gebiete beliefert werden. Sibirien erhält 1... Traktoren, Severo Kaukasien 574, der Ural 209, die ... Wolga 551 usw. Insgesamt sind 2 283 Traktoren von den ... in Amerika bestellt.

Aus den Saatgetreidefonds sind in der Ukraine ... Prozent von den Kollektivwirtschaften zur Aussaat ... Für die unteren Wolga sogar schon 70,7 Prozent, ... gesamten Sowjetunion bis zum 9. Februar 31 Prozent. ... Tag wird der Aussaatfonds steigen, so daß mit der Ausbreitung der Saatfläche gerechnet wird.

... ist die Kollektivierung der Landwirtschaft in ständiger Ausdehnung begriffen. So teilt die „Prawda" vom 10. Februar mit, daß im Kaspischen Wolgagebiet etwa 12 000 Bauernwirtschaften, 95 Prozent der gesamten Wirtschaften, kollektiviert ... sind, davon sind 11 000 Viehwirtschaften. Dadurch ... die landwirtschaftliche Rohstoffbasis der Sowjetunion eine ... Verbreiterung erfahren. Im entfernten Dagestan ... einer Meldung der „Ekonomitscheskaja Schisn" vom ... der Tschachobinsker Rayon mit über 50 Prozent ... der Chasaljurtschoker Rayon mit 65 Prozent ... Aus Wladimir kommt die Meldung, daß auf ... Kollektivwirtschaften (80 Prozent der Wirtschaften des Bezirks) die Stadt Suzdal als Agrarzentrum ... werden soll. In der Sowjetunion sind auf der ... Front Fortschritte zu verzeichnen.

Nach Mitteilung der „Ekonomitscheskaja Schisn" vom ... haben die Fabriken „Serp und Molot" in Moskau ... Bauprogramm nach dem Fünfjahrplan erfüllt. Die ... Fabrik „Swet Schachter" mit 103 Prozent, die Staubsaugerfabrik mit 102,4 Prozent, die Kertschenser ... mit 110 Prozent und die Weschegker Eisengießerei ... ebenso. Ein besonderer Erfolg für die neue Bauweise ist die Erfüllung der Zementproduktion mit 110 Prozent.

Der neue afghanische Gesandte in Moskau, Mohammed Khan, der Bruder Nadis Khans, ist in der Sowjetunion eingetroffen.

Die griechische Regierung fürchtet den Generalstreik

Massenverhaftungen von kommunistischen Funktionären — Maßlose Hetze gegen die Sowjetinstitutionen — Grzesinski macht Schule

Athen, 15. Februar. Die griechische Regierung hat eine „große Aktion" gegen die revolutionäre Bewegung durchgeführt. Am ersten Schlag wurden bei sämtlichen bekannten Kommunisten Haussuchungen vorgenommen. Der Sekretär des kommunistischen Jugendverbandes sowie eine Reihe von Parteigenossen wurden verhaftet.

Die bürgerlichen Blätter überbieten sich in „Enthüllungen" über die „Pläne" der Kommunisten, die aus angeblich bei den Verhafteten gefundenen Dokumenten hervorgehen sollen. Merkwürdigerweise ähneln diese Schauermärchen den in Deutschland gegen die Kommunisten aufgetischten Schwindelnachrichten wie ein Ei dem anderen, sodaß sich jedem ohne weiteres die Ueberzeugung aufdrängt, daß diese Meldungen aus den gleichen schmutzigen Quellen stammen, deren Schwindeleien in Deutschland schon genügend entlarvt sind.

Es fehlten nicht die „Subventionen", die angeblich durch die Sowjetunion an die griechischen kommunistischen Zeitungen gegeben werden, es fehlen nicht die „russischen Emissäre", die angeblich phantastische Geldsummen mit sich führen, es fehlen auch nicht die Anweisungen zur Ausrufung der Weltrevolution am 28. Februar oder 12. März. Ueber das Datum ist sich die politische Polizei bekanntlich nie einig. Als besondere Bombe kommt hinzu, daß Stalin höchstpersönlich diesen Aufstand „befohlen" haben soll.

Den Anlaß zu diesem Vorgehen geben die intensiven Vorbereitungen der Kommunistischen Partei und der „verbotenen" roten Gewerkschaften zum Generalstreik. Zahlreiche Betriebsrats- und Gewerkschaftsbranchenversammlungen haben sich bereits für den Generalstreik erklärt. Die Bewegung wächst von Tag zu Tag an Intensität und Ausdehnung.

Der Kampf gegen die Blutdiktatur in Jugoslawien

Belgrad, 15. Februar. Trotz aller Massenverhaftungen, Folterungen, Morde und Terrorurteile wächst die tiefe Unzufriedenheit und der Haß der breitesten werktätigen Massen in Jugoslawien gegen die Diktatur des Blutkönigs Alexander und seiner Henkergenerale. Die im tiefsten Elend und der ungeheuerlichsten Unterdrückung lebenden Massen der Arbeiter, Bauern und unterdrückten Nationen in Jugoslawien schließen sich immer enger und enger zusammen. Trotz der strengen Prozeßzensur gelangen immer wieder Nachrichten über den aktiven Widerstand von Arbeitern und Bauern gegen die Diktatur und ihre Behörden in die Oeffentlichkeit.

Nur einige Beispiele:

Einem Arbeiter der „Nationalen Wald-Industrie A.-G." wurde bei der Auszahlung sein gesamter Wochenlohn beschlagnahmt, weil er die Steuern schuldig geblieben war. Er weigerte sich, das Geld abzugeben, forderte auch die übrigen Forstarbeiter auf, die Steuerzahlung zu verweigern und gegen das Diktaturregime zu kämpfen. Es kam zu einem Zusammenstoß zwischen Gendarmen und Steuerbeamten einerseits und Forstarbeitern andererseits. Einige Arbeiter wurden verhaftet.

Ein ähnlicher Fall spielte sich in Osijek ab. Ein Bauer aus dem Dorfe Samatowzi kam in das Agraramt in Osijek. Als er hier erfuhr, daß sein Gesuch noch immer nicht erledigt ist, drang er auf den Feldmesser Konowov ein und verprügelte ihn. Dem Feldmesser gelang es schließlich, die Polizei zu alarmieren und den Bauer verhaften zu lassen.

Im Dorfe Schtroti Brijeg wurde abends eine Gendarmeriepatrouille von einer Gruppe Bauern mit Steinen und Feuerwaffen überfallen. Es entstand ein längeres Feuergefecht, in dessen Verlauf einige Gendarmen verletzt und ein junger Bauer durch einen Kopfschuß erschossen wurde.

All diese Beispiele sind Anzeichen des Hasses und der Unzufriedenheit der breiten Massen und ihres Kampfes gegen die blutbefleckte Diktatur.

Zwei Opfer des Hungerstreiks in Rumänien

Bukarest, 15. Februar. Im Gefängnis Doftana sind vor einer Woche an den Folgen des Hungerstreiks zwei Genossen gestorben.

Täglich werden viele Verhaftungen wegen Teilnahme an Demonstrationen vorgenommen. Die Verhafteten werden durchweg zu 6 Monaten bis 2 Jahren verurteilt.

Mussolinis Kreaturen in der Schweiz

WTB. **Bern**, 15. Februar. In der Schweizer Presse wird die Verhaftung faschistischer Agenten im Kanton Tessin lebhaft besprochen. Die Agenten, die Gelder aus Italien empfingen, führten schwarze Listen über Tessiner Personen, die wegen antifaschistischer Gesinnung denunziert werden sollten. Einer der Beteiligten war von seinen Auftraggebern auch mit Lieferung anderweitiger „Auskünfte" beauftragt.

Bombenattentat auf einen polnischen Personenzug

Am 13. Februar, kurz vor 6 Uhr abends, wurde an der Lokomotive des polnischen Personenzuges Nr. 714, der um 15.37 Uhr in Beuthen eintrifft, eine Dynamitpatrone mit Zündschnur und Kapsel gefunden. Die Zündschnur war bis zur Hälfte abgebrannt. Der Sprengkörper war gebrochen, sodaß eine Explosion nicht erfolgen konnte.

...reitende zertrümmern Kraftdroschken

...rstreik, 15. Februar. Die Zusammenstöße zwischen ... Taxichauffeuren und Streikbrechern in Pittsburg ... sich häufiten. Schon hat sich das Tränengas der ... bei, das zum Schutz der Streikbrecher wiederholt in die ...menge der Chauffeure schleuderte, als wirkungslos ...wiesen.

... sich die Streikbrecher mit seiner Tage auf die Straße, ... in Ka von streikenden Chauffeuren umzingelt, die seinen ...ustippen und ihm eine ordentliche Lektion ... Bis jetzt sind sechs Kraftdrodroschken vollständig zertrümmert worden. Eine ganze Reihe von ...ämmern und Polizisten mußte in die Krankenhäuser transportiert werden.

...ren wurden 200 Polizeibanditen, mit Gummiknüppeln, ...ern und Tränengasbomben ausgerüstet, eigens zum ... der Streikbrecher in den Dienst gestellt. Sie vermochten ... jedoch die Massenkundgebungen der Chauffeure zu verhindern noch die Streikbrecher vor ihrer wohlverdienten Abstrafung zu schützen. Die Bourgeoispresse tobt über den „Streikterror", der bis jetzt schon erreicht hat, daß von Tag zu Tag weniger faschistische Elemente es wagen, ihre Streikbrecherrolle zu spielen.

Marsch vor das Rathaus

Philadelphia, 15. Februar. Hier zogen die Arbeitslosen in langen Demonstrationszügen vor das Rathaus und veranstalteten eine machtvolle Kundgebung. Die Demonstranten trugen zahlreiche Schilder mit der Inschrift: „Gebt uns Arbeit!" Unaufhörlich schallten die Rufe nach Arbeit und Brot über den Platz. Ein großes Aufgebot Polizisten versuchte die Kundgebung zu zerstreuen. Trotz der brutalsten Maßnahmen gelang es ihr nicht, die Erwerbslosen abzudrängen. Einige der Demonstranten trugen Verletzungen davon. Dreizehn wurden festgenommen.

...ortsetzung

...ich ließ sich nicht aus der Fassung bringen: „Schlemke, ...kommans ist entlassen, ich möchte wissen warum?" „Herr", ...der Blaubunte, „wer sind Sie denn?" „Ick bin der Be... machens Se nich so pille, Sie kenn ma doch." „Nee ...ich. Se müssen sich erst mal bei mir vorstellen." „Ja, ...der Mann wieda instell'n oda nich?" „Denke ja nich ...denk ja nich dran, is mir zu frech!" „Na, denn müssen ...wir die Sache mit'n Baurat abmachen." „Bitte, wünsche ...Richtjeit." Kahlsch und Grundmann gingen nun zum ... Kahlsch wurde zuerst vorgelassen, nach längerem Ver... wurde nach dem Blaubunten geschickt.

...Baurat wollte behaupten, er habe den Mann wegen Frech... entlassen, Grundmann wurde gerufen. „Sagen Sie, wie verhielt sich die Sache?" lautete die Frage des Baurats. Grundmann ...„Hh hm", bemerkte der Rat. „Was sind Sie ...Beruf?" „Bankangestellter!" — „So so, die Arbeit ...schwer für Sie, ha ha, nicht zu schwer für Sie?" „Nein." ...„So . . . so so, hm . . . Schlemke, er kann noch bleiben."

...Grundmann kam am nächsten Tage, Ollkopp wurde auch ...entlassen, der Pole war eitel Freude, von Zeit zu Zeit ...er auf Polnisch und es klang immer wie eine große Er...

...Wochen kamen und gingen, es geschah nur alltägliches. ...Pole wurde ein Bein abgefahren, er starb daran. Einem ...Arbeiter mit sieben Fingern arbeiten müssen, er wird Arbeit ...bei einem Mann mit nur sieben Fingern zahlt man ...weniger Lohn, aber sonst ist es ein ganzer Mann. Eine ...Seuche dehnte sich unvorschriftsmäßig aus, ein großer Splitter schlug einem Kollegen vier Rippen ein, der Kollege ist längst geheilt, er trägt ein Korsett, und seitdem hat er eine bessere Taille. Ein kleinerer Splitter der Flasche schlug einem anderen Proleten ein Auge aus, das Auge taugte nämlich sowieso nichts mehr, er konnte schon schlecht damit sehen, jetzt bekam er dafür ein herrliches, neues, funkelndes Glasauge, er trägt es nur Sonntags und ist sehr stolz darauf. Aber hätten die Krankenkassen von dem schlechten Auge gewußt, sicher hätte er nur einen Kieselstein dafür bekommen. Uebrigens einen größeren Materialschaden hat die Explosion nicht verursacht. Für diejenigen, die es noch nicht wissen sollten, ein Schachtmeister wurde kürzlich zu Grabe getragen, er starb an Herzverfettung und Arterienverkalkung. Der Mann war unvorsichtig, der Arzt hatte ihm schon immer geraten, er sollte sich etwas Bewegung verschaffen. Es ist tragisch, ein Mann in den besten Jahren, zum Glück ist für die Witwe gesorgt, sie bekommt von der Firma Unfallrente.

— — — — — — — — — — — —

Die Furche zog sich tiefer ins Erdreich, alles machte seinen ewigen Kreislauf, von Zeit zu Zeit bekam der Blaubunte Prügel, nahm sie und kam am nächsten Morgen wieder. Von Zeit zu Zeit verunglückte einer der Proleten, ein neuer war am nächsten Morgen zur Stelle. Es ging vorwärts, und es wäre vorwärts gegangen, wenn das Ziel der Mittelpunkt der Erde gewesen wäre. Nur eines Tages wurden die entnervten Wühler da unten noch einmal aufgepeitscht.

Eines Tages, Oll Kopp und der Professor, die einzigen von den damaligen Reulingen, die sich behaupten konnten, hatten ihre 13 Wochen beinahe um, da brach eine Wand zusammen. Oll Kopp konnte noch zur Seite springen, dann prasselte es herab. Streben, Stützen, Steifen, Sand, Steine, Bohlen, Sand, Sand, Erde, Klamotten. Der Blaubunte wurde eilig aus der Kantine geholt, die Kolonne wurde durchgezählt, der Pole Katschmarek, er war Stammarbeiter geworden, fehlte, der Professor fehlte. Der Professor, so wurde Grundmann jetzt genannt, weil er mehr als alle anderen Kollegen wußte, fehlte auch. Der Professor, alle machten ihm zu leiden, man konnte ihn vielerlei fragen, fast konnte er immer antworten, und nie war er eingebildet darauf, er war das Mädchen für alles für die Kollegen. Er war ihr Rechtsanwalt, und wo ihre ungelenken Zungen versagten, ihr Sprecher. Man konnte ihn sogar in der Woche anpumpen, der Professor war ein Genie, dieser Kerl fehlte. Der Blaubunte tobte und trieb, aber jetzt wäre es ohne sein Toben nicht weniger schnell gegangen. Oll Kopp, sonst langsam und bedächtig, glich an Schnelligkeit dem Blitz, an Kraft einem Elefanten. Er raffte die Streben und Bohlen, als wären es Streichhölzer und schleuderte sie fort. Er räumte und hob Brocken fort, unter denen drei Männer zusammengebrochen wären. Der Blaubunte stand von ferne und erlebte noch einmal den Schauer, als er damals dem Riesen gegenüberstand. Längst hatte er es vergessen, denn er trug nicht nach, aber jetzt sah er deutlich, daß diesem fast kindlichen Riesen mehr Kraft gegeben war, als er verwalten konnte. Es war ein riesengroßes Grab, das aufgeschaufelt werden sollte, aber endlich kam ein Bein zum Vorschein, ein zweites, endlich der Körper, Katschmarek.

Er lebte und kam schnell wieder zu sich, er war etwas benommen und konnte kaum sprechen, man bestürmte ihn: „Wo stand der Professor?" „Nix weiß ich, nix weiß, o mein armes Kopf, nix weiß ich" beteuerte er. Andere Kolonnen wurden herangeholt, vereint durchwühlte man den Riesengrabhügel. Immer noch nichts! Der Blaubunte trieb erregt an, er wußte, er hatte wieder, wie schon oft, eine Schlamperei gedulbet, um mehr zu schaffen, jetzt ging es ihm an den Kragen. Die Feuerwehr wurde gerufen, Sauerstoffapparate standen bereit. Den Professor hatte man noch nicht gefunden! Oll Kopp wühlte nicht mehr in dem Berg, zum größten Teil war alles umgekehrt, ein kleiner Rest war noch zu durchsuchen. Oll Kopp starrte mit leeren Augenhöhlen in die Luft, er hätte den Himmel aus den Wolken gerissen, wenn er ihn zu packen kriegte. Der Blaubunte stöhnte und jammerte: „Wäre er doch jejangen damals, det dumme Luder, jetzt jfo . . . hin." „Wird doch nischt mehr, wenn je'n ooch finden", stöhnte er zu den Bauführern. Oll Kopp schüttelte nur immer den Kopf, der Professor tot, das war unfaßbar, eben, vor zwanzig Minuten, hatte er noch gelebt. Der Professor war ihm ein Wunder, der Professor wußte für ihn alles, der war allwissend, über Dinge, wo er tagelang nachgrübelte, sagte der ihm in zwei Minuten Bescheid. Der Professor konnte alles beweisen, daß die Reichen Ausbeuter waren, das sagten die anderen auch, aber der Professor konnte es beweisen, daß die Kirchen Verdummungsanstalten waren, daß es keinen Gott gab, daß die Arbeiter alles selbst in die Hand nehmen müßten, wenn es gerecht auf Erden zugehen sollte.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300217-12/fragment/page=0003

Solidaritätsaktion von Staatsanwalt und Polizei für den Mädchenschänder Weitzel v. Muder

Am Sonnabend gegen 19 Uhr erschien in der „Produktiv" ein Gerichtsvollzieher mit einem Aufgebot von Schupo und Kriminalpolizei der Abteilung Ia, um unter Berufung auf einen Beschluß des Landgerichts zwei Bleiplatten und den Rest der letzten Ausgabe des „Mitteldeutschen Echo" zu beschlagnahmen. In dieser Ausgabe des „Mitteldeutschen Echo" wurde näheres über das Leben und Wirken des Rechtsanwalts und Mädchenschänders Weitzel v. Mudersbach, Mitglied des Stahlhelms und Leutnant der ehemaligen Kürassiere 3, berichtet.

Dieser hat sich bekanntlich ein schweres Sittlichkeitsverbrechen an einer Arbeiterin zuschulden kommen lassen, das von dem „Mitteldeutschen Echo" aufgedeckt und angeprangert wurde. Der hallische Oberstaatsanwalt Dr. Luther hatte bekanntlich alles getan, um diesen für ihn und seine Kaste nicht gerade angenehmen Fall in der Versenkung verschwinden zu lassen. Diese Absicht wurde jedoch durch die Veröffentlichungen im „Mitteldeutschen Echo" durchkreuzt und der Justizminister sah sich letzten Endes gezwungen, das Verfahren gegen Weitzel v. Mudersbach, das der Oberstaatsanwalt bereits niedergeschlagen hatte, abermals zu eröffnen. In der letzten Ausgabe des „Mitteldeutschen Echo" waren nähere Angaben über die Umtriebe Weitzels v. Mudersbach enthalten, die der Klassenjustiz und dem zu ihrer Kaste gehörigen Rechtsanwalt v. Mudersbach derart in die Nase gefahren sind, daß der letztere eine einstweilige Verfügung beim Landgericht 2 (Zivilkammer) erwirkt hat, wonach dem „Mitteldeutschen Echo" untersagt ist, die letzte Ausgabe weiterzuverbreiten. Zu diesem Zwecke erfolgte

die Durchsuchung der Produktiv Druckerei

und die Beschlagnahme der Bleiplatten und des Zeitungsrestes des „Mitteldeutschen Echo". Bei dieser Haussuchung mußte der Gerichtsvollzieher erst darauf aufmerksam gemacht werden, daß die ihm zur Seite gestellten Schupobeamten diese Haussuchung nicht als einen Straßenkampf ansehen dürften, denn einer dieser „Hüter der Ordnung" benahm sich nämlich sehr unordentlich. Der Beamte scheint jedenfalls über den Grad von Bildung zu verfügen, der eine Beförderung nach oben garantiert.

Die Solidaritätsaktion der Klassenjustiz für den Mädchenschänder Weitzel v. Mudersbach

ist gerade deshalb besonders skandalös, weil dieser seiner Tat überführt worden ist. Das von ihm geschändete Mädchen befindet sich seit Wochen im hallischen Stadtkrankenhaus. Mudersbach ist ob seiner gemeinen Handlung unterdessen auch von der Liste der hallischen Rechtsanwälte gestrichen worden, und

ausgerechnet dieser Mensch, der längst hinter Schloß und Riegel sitzen müßte, stellt einen Antrag auf eine einstweilige Verfügung gegen das „Mitteldeutsche Echo", und es finden sich auch Richter, die diesem Antrag entsprechen!

Der Beschluß trägt die Unterschriften Thorwest und Dr. Jäkel. Wenn aber Weitzel v. Mudersbach und seine Kaste glaubt, durch diese einstweilige Verfügung das Bekanntwerden seiner Streiche in breitester Oeffentlichkeit zu verhindern, so irrt er sich gewaltig. Wir werden keineswegs dulden, daß durch diesen Terrorakt das Bekanntwerden der Umtriebe Weitzels v. Mudersbach unterbunden wird. Wir werden das, was das „Mitteldeutsche Echo" über das „Leben und Wirken" dieses Mädchenschänders veröffentlichte, unseren Lesern keineswegs vorenthalten.

Aus dem Leben eines deutschen Casanova

Weitzel von Mudersbach wurde geboren am 25. Juli 1899 in Ostermein (Ostpreußen). Sein Vater war damals Rittergutsbesitzer. Er schickte den hoffnungsvollen Jüngling auf das humanistische Gymnasium nach Königsberg, wo er zwei Jahre lang ist die Lehren Kantischer Ethik gefüttert wurde. Später begab er sich in den Krieg als Fahnenjunker beim Kürassierregiment 3 (Königsberg).

Nach dem Kriege spielte von Mudersbach jr. zwei Jahre Landwirt, wandte sich aber dann der Juristerei zu, wurde Referendar und 1928 Assessor.

Um das Fortkommen des jungen Referendars bzw. Assessors sorgte liebevoll eine Gruppe von Männern, die sich **Arbeitsausschuß deutschnationaler Industrieller** nannte.

Weitzel von Mudersbach muß diesem deutschnationalen Arbeitsausschuß ganz besonders vertrauenswürdig gewesen sein, denn er reicht ihn per Rundschreiben allen Mitgliedern herum, damit sich einer von ihnen diesen „wirtschaftlichen Kopf" aussuchen sollte.

Wo sich v. Mudersbach niederließ, ob in Düsseldorf, Berlin-Baumschulenweg oder Halle, überall hagelte es Mahnungen um Geld bzw. Zahlungsbefehle. Seine Zuverlässigkeit in allen finanziellen und wirtschaftlichen Dingen ist so „groß", daß ihm ein Mahner ankündigt: **„Auf dieser Welt werden wir kein Geschäft mehr zusammen machen."**

v. Mudersbach mußte auch dem ehemaligen Bürgerblock-Stadtverordneten Gumz, der bekanntlich nicht mehr in Halle ist, mehr als 8000 Mark auf einen Hieb bezahlen,

und für noble Passionen, wie den Kasino-Besuch in Zoppot, mußte natürlich auch noch etwas übrig bleiben. Seine noblesse Passion aber waren zweifelsohne die Frauen. Wo er hinkam, wurde er von den Töchtern der guten Gesellschaft geliebt und begehrt, und überall bin folgten ihm die Briefe an ihren „geliebten Scharfschi" — die allerdings fast niemals beantwortet wurden. Eine unübersehbare Schar von Mädchen hat der „sittenstrenge" Herr Mudersbach auf seine Weise glücklich gemacht.

Diese Herrschaften — als Juristen und deutschnationale Arbeitgeber und auch als Stahlhelmführer, wie wir noch sehen werden — reden dauernd über die Heiligkeit der Ehe, „Sittenlosigkeit des niederen Volkes" und wie die Leute sonst arten noch alle heißen, und treiben es dabei selber toller.

Und darum wollen wir uns doch einmal jene Mädchenköpfe näher ansehen, die sich Herr von Mudersbach seine Schweinigeleien freiwillig in die Arme warfen.

Da gibt es welche, die sind ganz energisch zu Herrn Scharfschi. Sie treten sehr energisch auf und glauben, daß auf einen Sadisten anderthalbe gehören. Darum liebevoll Hingegossenen, die Vorsichtigen und Sanftmütigen, sie alle werden sitzen gelassen, werden keiner Beachtung würdigt, wenn Herr Weitzel von Mudersbach sich einer Umgebung und einen neuen Wirkungskreis ausgesucht hat. Es ist da sogar ein Fall von religiöser Verstiegenheit.

Man kann sich jedenfalls nur über die Vielseitigkeit des Herrn Mudersbach wundern, die ihn einmal in Beziehung zu solch ernsten Damen treten läßt, welche scheinbar gar nicht abtrünnig, religiöse Phantasie mit Erotik geladen ist, und wie er es lustvoll auf ein gefesseltes Arbeiterkind einschlägt, um es dann zu vergewaltigen. Doch es ist um Entartungserscheinungen einer vollständig abgestumpften Menschenschicht handelt, dürfte nunmehr vollkommen klar sein.

Solche Leute die nach einer Seite religiös, nach der andern brutal sind, braucht aber auch die herrschende Klasse. Wir sind schaudernd, wie diese Ausgeburten wilhelminischen Barbarentums nur hinüberretteten in die derzeitige Republik, sondern sogar

mit Pensionen gesitteter,

das geachtetste Dasein führen. Daß sie, wie wir schon sagten, vor allem von den Industriellen gehätschelt und gepflegt werden. Aber sie sind auch die Zierden der Bürgerkriegsarmee, die sie behelligt formieren darf, während Arbeiteraufmärsche, wie wir sie eben erlebten, auseinandergehauen werden. Um es kurz zu sagen:

Georg Hans Weitzel von Mudersbach ist seit dem Jahre 1924 Mitglied des Stahlhelms!

Diese Zierde der deutschen Faschisten begnügte sich damit nicht. Er unterhielt auch Beziehungen zur Offiziersvereinigung in Düsseldorf.

Auch seinen Kameraden vom ehemaligen Kürassierregiment in Ostpreußen blieb Mudersbach treu. Es ist sogar zu sehen, wie er sich hier in

eine ellenlange Ehrengerichtsordnung

vertieft die auf dem Boden „der früheren Allerhöchsten Gerichtlichen Bestimmungen steht". Ehre, wem Ehre gebührt. Die „Ehre" dieses Mannes wäre ja auch unangetastet geblieben, wenn sich nicht durch einen Zufall eines schönen Tages die Tatsache ergeben hätte, mit diesem „Ehrenmann" befaßt hätte.

Walhalla
Dir. O. Kleinhans. Tel. 253 85
Täglich 20 Uhr:
Der große Triumph! Deutschlands größte Ausstattungs-Ballett-Revue Erna Ottenen
seit 28 Sagitten!!! 82
Fabelhafte Dreckausstattung
Dazu weitere 6 Weltattraktionen
Trotz enormer Spesen gewöhnl. Preise

Stadt-Theater
Heute, Montag 20 bis 22½ Uhr:
Der Londoner verlorene Sohn
Schauspiel nach W. Shakespeare
Dienstag, 20—22½ Uhr:
König für einen Tag
Romant. komische Oper von A. Adam
Zu jung der dritten Stammkarten »Rot« 816 ziehen

Deutschland Deutschland über alles!
Ein Buch über unsere Republik
Mit vielen Photos
Kartoniert 3,20 M.
Geb. 5,00 M.
Volksbuchhandlung GmbH., Halle a. S. Lerchenfeldstr. 14.

Lest den Klassenkampf

Allg. Konsumverein für Dölau
e. G. m. b. H.
Sonntag, den 23. Februar 1930
14 Uhr, im Gasthof „Dölauer Heide" (Richter). 817
Generalversammlung
Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht pro 1929
2. Revisionsbericht des Aufsichtsrates
3. Genehmigung der Bilanz, Entlastung des Vorstandes, Genehmigung zur Verteilung des Reinertrages
4. Neuwahl der statutengemäß ausscheidenden Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder sowie Ersatzwahl eines Aufsichtsratsmitgliedes.
5. Geschäftsbericht
J. A.: Max Müller, Vorsitzender

Unsere Qualitätsware Dienstag billig
4 Waggons eingetroffen
Nordsee
Deutschl. größter Fischhandel
Grüne Heringe 2—3 Stück auf 1 Pfund . . ℳ 19 ₰
Grüne Heringe 4—5 Stück auf 1 Pfund . . ℳ 28 ₰
Nordsee-Seelachs ohne K. . ℳ 30 ₰
Kabeljau ohne Kopf . . . . ℳ 35 ₰
Schellfisch ohne Kopf . . . . ℳ 35 ₰
Seelachsfilet, ohne Gräten . ℳ 50 ₰
Kabeljaufilet, ohne Gräten, ℳ 60 ₰
Kabelnaden brutfertig . . ℳ 55 ₰
Goldbarsch, ohne Kopf . . ℳ 42 ₰
Goldbarschfilet . . . . . ℳ 80 ₰
Echte Sprotten Kiste, 1 Pfund Inhalt 68 ₰
Ferner in allen Filialen:
Täglich von 10 bis 19 Uhr
Backfisch, heiß aus der Pfanne
1 Pfund . . . . . nur 90 ₰
(zum Mitnehmen) 822
Portion m. Kartoffelsalat 55 ₰
Im Speiseraum, Portion 65 ₰

Hausfrauen berücksichtigt nur unsere Inserenten

Oeffentliche Steuermahnung

Grundvermögens-, Gemeindegrunds- und Hauszinssteuern, Kanalbenutzungs- und Müllabfuhrgebühren sowie Straßenreinigungsbeiträge für Februar 1930 und Gewerbeertragsteuern für Januar/März 1930 waren am 15. Februar, die Schulgelder für die städtischen Mittel- und höheren Schulen für Februar 1930 am 10. Februar fällig. Rückstände sowie Nachzahlungen zur Gewerbesteuer sind spätestens binnen fünf Tagen an die städtische Steuerkasse zu entrichten.

Nach Ablauf dieser Frist werden nicht gestundete Rückstände durch Zwangsvollstreckung gebührenpflichtig eingetrieben. Verzugszinsen sind von der Fälligkeit an zu entrichten. Mahngebühr werden nicht zugesandt.

An die Zahlung der Lohnsummensteuern und Abgabe der Voranmeldungen dazu wird erinnert. 814

Halle, den 17. Februar 1930. **Der Magistrat.**

Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung lade ich zu einer Sitzung auf **Donnerstag, 20. Februar 1930, 18 Uhr,**

nach dem Sitzungssaale hierdurch ergebenst ein.

Tagesordnung:

1. Einführung mehrerer Stadtverordneter.
2. Emissionsbedingung mehrerer Stadtverordneter.
3. Ersatzwahlen in Ausschüsse.
4. Nachbewilligung von Haushaltplan-Ueberschreitungen für Rechnungsjahre 1929:
   1. Oberrealschulkasse.
   2. Mittelschulkasse.
   3. Volksschulentkasse — 3. Stadtschule.
   4. Berufsschulenkasse.
   5. Krankenhauskasse.
      a) Etat. 1 Abt. 5.
      b) Abschn. 1 Abt. 8.
   6. Albin Kretschmer Volksbadekasse.
   7. Künstlerkasse.
5. Leistung von Zuschüssen aus Mitteln der Gewerbesteuersteuer für Rechnungsjahr 1929.
6. Geldtauschtausch mit dem Hospital „Zum heiligen Kreuz".
7. Geldtauschausbau in der Judenstraße.
8. Festsetzung der Grundwertsteuer für die Auestraße.
9. Neufestsetzung der Hundesteuer am Reckmarkt.
10. Beschaffungen aus für das Krankenhaus (9 Vorlagen).
11. Mittel für Kontrumandenbekleidung und für Bekleidung einschulenden Kinder Ostern 1930.
12. Wertzuwachssteuer-Ordnung.
13. Schankerlaubnissteuer-Ordnung.
14. Vergnügungssteuer-Ordnung.
15. Kühlhaus-Mieten; Kühlhaus-Benutzungsgebühren.
16. Erhöhung der Kühlhaus-Benutzungsgebühren.
17. Entlastung von Abrechnungen:
   1. Bau eines zweiten Kleinwohnhauses am Zuleng.
   2. Wiederaufbau der Kühlhaus.
   3. Pflasterung eines Teiles der Richterstraße; Festsetzung der Verteilungsziffer.
   4. Pflasterung der Promenade von Humboldtstraße bis zur Kühne-Hugo Emmerichstraße; Festsetzung der Verteilungsziffer.
18. Entlastung der Abrechnung über die Erweiterungsbauten der Wasserwerksanlagen; Bewilligung der Mehrausgaben.
19. Aufnahme langfristiger Darlehen für die Wasserwerkskasse.
20. Verlängerung des Wasserhauptrohrstranges in der Breitkamen-Straße.
21. Verzäunung eines städtischen Grundstücks an die Stadtsparkasse.
22. Deckung von Fehlbeträgen im Haushaltjahr 1929.
23. Mietzinsbericht (Oktober-Dezember 1929) des städtischen Wohnungsamts.
24. Kassenprüfungsverhandlungen.
25. Anträge der nationalsozialistischen Stadtverordnetenfraktion.
26. Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion.

Anschließend:

Nichtöffentliche Sitzung.

Zeitz, den 15. Februar 1930. **Der Stadtverordnetenvorsteher. Döring.**

Besuchen preiswert
Schlafzimmer-Schränke
Eiche, Birke, Nußb. imit.
130 cm m. Waschtisch . . 81.—
130 cm m. 3 teilig. Waschst. . 102.—
13 cm m. Sp. u. Spiegel . 125.—
150 cm m. W. u. Spiegel . 156.—
Flur garderoben 29.— bis 75.—
Gebr. Jungblut
Albrechtstr. 37

Kaufe jeden Posten Kanarienvögel und -weibchen
Schulz, Halle a. S., Postabholstelle 16
Dienstag in Weißenfels, von 1 bis 17 Uhr, im Restaurant „Zum guten Tropfen", 818 bei Kalandbier.

SOEBEN ERSCHIENEN
7 HEFTE JAHRGANG 1929
WOCHENSCHRIFT DES EKKI.
Die Kommunistische Internationale
AUS DEM INHALT: Im Zeichen der Imperialisten um die Märkte / Die rechte Abweichung in der KPd. U. / Lenin (Ausblg): Die Wirtschaftskrise / Die Tschiang-Kai-Schek / B. Boschkowitsch: Die Krise in der ungarischen Generaldiktatur und die Kommunistische Partei Jugoslawiens / B. Freier: Die russische revolutionäre Krise in Indien usw.
Preis Einzelheft M. 0.40 / Postbezug monatlich
Zu beziehen durch jeden Literaturverkäufer oder Volksbuchhandlung G.m.b.H. Halle, Lerchenfeldstr. 14 u. deren Filialen: Aumendorf, Bernburgerstr. 24; Kösern: Gabelstr. 24; Merseburg: Schmalz Str. 17; Naumburg: Marktstr. 46; Zeitz: Wendische Str. 21 (Eing. Bitterfeld: Burgstr. 40; Wittenberg: Jüdenstr. 8; Breiter Weg 30; Torgau: Schloßstr. 4

Alle Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre
unterrichten sich laufend am besten über neue Methoden, über Strategie und Taktik der Arbeiterklasse im Kampfe gegen Kapital, Staatsgewalt und Reformismus durch
„Betrieb u. Gewerkschaft"
Erscheint monatlich zweimal
Preis pro Heft 20 Pf.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung, GmbH. Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14

Familien-Nachr
Am Freitagabend verschied unsere liebe Frau und Tante
Emma Schröder
im Alter von 49 Jahren
In tiefer Trauer
Karl Schröder nebst Sohn
Halle, den 15. Februar 1930
Eichenbergstraße 17
Die Beerdigung findet statt am Mittwoch, dem 18. Februar, 14.30 Uhr, von der Kapelle des Gertraudenfriedhofes aus.

JACK DER AUFSCHLITZER
Diese wahren Enthüllungen aus dem Leben des berüchtigsten Lustmörders Londons, der dem Polizei und Massenmörder Haarmann wie dem Düsseldorfer Kopfjäger gleichzustellen ist, erscheinen demnächst im „Mitteldeutschen Echo". Bestellungen nehmen alle Postanstalten, unsere Trägerinnen und der Verlag Halle, Lerchenfeldstraße 14, entgegen. **Monatlich nur 50 Pf. frei Haus!**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300217-12/fragment/page=0004

Rund um den Erdball

Grausiges Familiendrama in Holland

Deutscher Kaufmann ermordet Tochter und Haushälterin und verübt dann Selbstmord

Der Kaufmann Reymers aus Essen (Ruhr), der seit Jahren in dem holländischen Städtchen Eibhoven sein Geschäft betreibt, hat in einem Anfall von Raserei erst seine Tochter und Haushälterin ermordet, dann durch Erhängen seinem Leben ein Ende bereitet.

Ueber den Hergang dieses entsetzlichen Verbrechens wird berichtet, daß vier Logiergäste bei ihrer Rückkehr in die Wohnung des Herrn Reymers dessen

20jährige Tochter Irma und die 38jährige Haushälterin Elisabeth, lange vollkommen nackt auf einer Matratze in Blutlachen liegend ermordet vorfanden.

Die noch nicht ganz erkalteten Körper zeigten entsetzliche, offenbar von Beilhieben stammende Verwundungen auf. Tatsächlich ergab die spätere polizeiliche Untersuchung, daß Reymers seine Töchter nebst Haushälterin

mit Beilhieben auf den Hinterkopf getötet hatte.

Die Schädeldecke beider Frauen war vollkommen zertrümmert. Am Halse zeigten die Leichen viele Strangulierungsmale, wodurch erkenntlich wird, daß Reymers zuerst versucht hat, seine Opfer mit einer Schnur zu erdrosseln.

Erst nach der grausigen Tat scheint der Mörder die Leichen entkleidet und gewaschen zu haben. Nach längerem Suchen fand die Polizei in der Bodenkammer die blutgetränkten Kleider der Frauen in vollkommen zerrissenem Zustande auf. Nach diesem Befund hat sich also

zwischen Reymers und den Frauen ein entsetzlicher Todeskampf abgespielt.

Ferner fand man in den Kleidern das Todesbeil verborgen, während der über und über mit Blut bespritzte Anzug des Mörders in pedantischer Ordnung in der gleichen Kammer vorgefunden wurde.

Nach Verübung des furchtbaren Doppelmordes hat sich Reymers gründlich gewaschen, dann die Türen der ersten Etage verschlossen und ist endlich in die Küche gegangen, **wo er sich den aufgedrehten Gasschlauch in den Mund steckte,** um so auch mit seinem Leben ein Ende zu machen.

Ueber die Ursachen dieses Familiendramas ist bis zur Stunde noch nichts Genaues bekannt. Ein Teil der Nachbarn ist geneigt, als Ursache anzunehmen, daß den Täter Eifersucht zu der entsetzlichen Tat getrieben hat, während ein anderer Teil glaubt, finanzielle Schwierigkeiten hätten den Geist Reymers verwirrt.

Die Pfaffen sterben aus

Unser Bild zeigt Soldaten der Roten Armee, die die Kirche des Simonowklosters ausräumen. Im Laufe der letzten drei Monate wurden in Rußland 980 Kirchen und etwa 200 Moscheen und Synagogen geschlossen. Am 22. Januar, dem Todestage Lenins, wurde das Simonowkloster am Moskwa-Ufer in Moskau zerstört. 5000 Arbeiter widmeten einen freiwilligen Arbeitstag der Säuberung der gesprengten Baufläche, auf der für 5 Millionen Rubel ein Palast proletarischer Kultur errichtet werden wird. Allerdings sind neben den Pfaffen auch die konkordatswütigen Sozialdemokraten längst auf den Aussterbe-Etat gesetzt worden.

Unbrauchbare Festungen

Die alten Festungsanlagen sind für die modernen imperialistischen Kriege unbrauchbar geworden. Die stärksten Gewölbe können im kommenden Krieg nichts nützen. In den Gewölben der alten Festung Rüsselsheim hat man deshalb jetzt Champignonpflanzungen angelegt. Man pflanzt in den dunklen Gewölben Champignons, die selbst im strengsten Winter bei einer Wärme in den Gewölben von 12 Grad vorzüglich gedeihen. Die Festungen, die früher den Reichtum der herrschenden Klassen beschützten, werden nun auch wieder dazu gebraucht, eine Delikatesse, die sich nur wenige Begüterte leisten können, zu züchten.

Wildwest am schönen deutschen Rhein

11 000 Mark Lohngelder geraubt

In dem Landstädtchen Schlebusch, unweit Kölns, ereignete sich gestern mittag ein tolles Räuberstück, das in seiner Verwegenheit und Tollkühnheit an einen Harry-Piel-Film aus dem wilden Westen erinnert.

Eine 20jährige kaufmännische Angestellte hatte den Auftrag, mit Hilfe eines 16jährigen Lehrlings **11 000 Mark Lohngelder** für eine Wiesdorfer Firma von der Bank abzuholen. In der Nähe der Schlebuscher Kirche wurden die beiden von einem Motorradfahrer auf belebter Straße unter Bedrohung mit einem vorgehaltenen Revolver zur Herausgabe des sich in der Aktentasche befindenden Geldes gezwungen.

Tatsächlich händigten die in Todesangst versetzten Boten die Aktentasche aus, worauf sich der Räuber auf sein Motorrad schwang und mit einem auf dem Soziussitz wartenden Helfershelfer Vollgas gebend das Weite suchte.

Trotzdem die Beraubten ihre Firma von dem Vorfall sofort telephonisch benachrichtigten, die sofort mit einem Kraftwagen die Verfolgung der Räuber aufnahm, gelang es nicht mehr, eine Spur von ihnen zu entdecken.

Umstürzender Petroleumtank begräbt drei Arbeiter

Bei der Aufrichtung eines großen Petroleumtanks in den Londoner Preston-Docks ereignete sich ein folgenschweres Unglück. Der Tank stürzte um und begrub unter sich drei Monteure, die nur noch als entsetzlich verstümmelte Leichen geborgen werden konnten. Zwei weitere Arbeiter wurden schwer verletzt.

Wahlgefechte mit dem Revolver

Rosario, 15. Februar. Bei einer Wahlversammlung in Cruz Alta (Provinz Buenos Aires) kam es, wie Associated Press aus Buenos Aires meldet, zu einer Schießerei zwischen Konservativen und Radikalen, wobei ein Polizeisergeant erschossen und eine große Zahl von Personen verwundet wurden. Die konservative Abgeordnete wurden schwer verletzt. In einer anderen Wahlversammlung gab es harte Zusammenstöße zwischen Konservativen und Arbeitern, in deren Verlauf zwei Personen getötet und 13 schwer verwundet wurden.

In Victoria, 40 Meilen südlich von Pernambuco, kam es bei einer Versammlung der Alliance Libertador zu einer Schlacht, bei der fünf Personen ums Leben kamen und mehrere verletzt wurden.

Klerikale Verleumder:

„Mir griff der Lehrer auf die Brüste"

Schulmädchen müssen vor Gericht die eingetrichterten Beschuldigungen widerrufen

Vor einem halben Jahre kam der Aushilfslehrer Karl Z. nach Tering in Niederösterreich. Er hat aber nicht wie üblich dem hochwürdigen Herrn die Hand geküßt. Ein Unfug. Aber aber den älteren Schulkindern erzählte, daß die Entwicklung der Erde viele Millionen Jahre gebraucht hat, als er sie über das Werden und Vergehen des Weltalls unterrichtete, da schlug Hochwürden die Bibel auf den Katheder, war wütend und brütete Rache.

Zuerst flatterten Beschwerden zur oberen Schulbehörde. Als aber dies nichts nützte, wurde ein Inquisitionsgericht eingesetzt. Unter Vorsitz des Ortsgeistlichen Leopold Röschl und einiger strenggläubiger Wirtschaftsbesitzer tagte die Kommission im Pfarrhof und beriet über Maßnahmen gegen den Unterlehrer.

Und das Urteil? Am nächsten Tag wurde von einigen Kommissionsmitgliedern bei der Gendarmerie die Anzeige erstattet mit der Beschuldigung, der Aushilfslehrer Karl Z. habe sich an einer Reihe von Schulmädchen sittlich vergangen. Z. wurde auf Grund dieser Anzeige verhaftet und dem Kreisgericht eingeliefert.

Die Kuttenbrüder feierten ein Freudenfest. Nun konnte Hochwürden wieder von der Erschaffung der Erde durch Gott vor viertausend Jahren berichten. Die Bibel hatte gesiegt und der Ketzer war hinter Schloß und Riegel.

Vor einigen Tagen fand nun vor dem Kreisgericht St. Polten die Verhandlung gegen den Aushilfslehrer Karl Z. statt. Der Ortspfarrer als Zeuge berichtete, daß ihm gegenüber der Lehrer angeblich ein reumütiges Geständnis abgelegt habe. Sieben Schulmädchen, im Alter von 10 bis 14 Jahren warten ungeduldig auf dem Gang des Kreisgerichtes. Einzeln werden sie in den Verhandlungssaal gerufen. Die Verhandlung war öffentlich. Die Schulmädchen Maria J., Maria H. und Anna W. sagten übereinstimmend aus, daß ihnen der Lehrer unter die Röcke gegriffen habe. Leopoldine G. erklärte: „Mich kitzelte der Lehrer an den Oberschenkeln."

Maria W. sagte: „Mir griff der Lehrer auf die Brüste."

Rosa P. und W. belasteten gleichfalls den Lehrer.

Der angeklagte Lehrer Z., der bereits an neun Schulen tätig war und den denkbar besten Leumund genießt, bestreitet entschieden jede strafbare Handlung.

Der Vorsitzende wendet sich eindringlich an die sieben Schulmädchen, die ihren Klassenlehrer so schwer belasteten, und hält ihnen die schweren Folgen ihrer Aussagen vor.

Kurze Zeit trat Stille ein.

Dann sagte ein Mädchen zaghaft:

„Mir hat der Vater g'sagt, ich muß so aussagen!"

So kam der Stein ins Rollen. Ein Mädchen nach dem anderen erklärte nun, daß ihnen die Aussagen von den Eltern vorgesagt wurden.

Nun stellte es sich noch dazu heraus, daß die Väter der Mädchen bei der nächtlichen Sitzung im Pfarrhof anwesend waren. Das Gericht war nun der vollen Ueberzeugung, daß der Kampf gegen den freiheitlichen Aushilfslehrer ein böswilliger und heimtückischer Anschlag war. Der Angeklagte wurde sofort freigesprochen, und der Verteidiger kündigte an, daß er gegen die Mitglieder des Teringer Inquisitionsgerichtes die Verleumdungsklage erheben werde.

Grönlandexpedition

Die ersten Bilder der unter Leitung von Prof. Alfred Wegener nach dem grönländischen Inlandeis durchgeführten Expedition liegen jetzt vor. Das linke Bild zeigt die Rückkehr der Teilnehmer von einer wochenlangen Hundeschlittenreise durch das Inlandeis nach der Küste. Das rechte Bild zeigt die Mündung eines riesigen Gletschers in einen der gefürchteten Eisfjorde. Im Vordergrund sieht man sogenannte „Kalbungswellen", die entstehen, wenn sich ein Eisberg von der Gletscherspalte löst und ins Meer stürzt. — Die Reise der Forscher diente der Schaffung von Grundlagen, die eine Ueberwinterung auf dem Inlandeis ermöglichen.

Missionare unerwünscht!

11 Studenten der Universität Mexiko, die sich auf einer Studienreise im mexikanischen Staate Lucretaro befanden, wurden beim Betreten einer Hazienda von Landarbeitern, die die Studentengruppe irrtümlich für einen Missionsschwarm hielten, beschossen. Vier Studenten mußten diesen Irrtum mit ihrem Leben büßen. Sieben weitere wurden verwundet.

Erdbeben in Aegypten

In den Städten Heluan, Kairo und Alexandria wurde am Freitag abend ein Erdbeben, das über zwei Minuten dauerte, verspürt. Die Bevölkerung ist in größter Unruhe.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300217-12/fragment/page=0005

Möbel jeder Art — Zahlungserleichterung
G. Schaible
Große Märkerstraße 26
59486

R. Kutzschbauch, Inh.: Marie Kutzschbauch
Damen- und Herren-Friseur-Salon
59093

Reserviert Nr. 8
59751

4- u. 6-eckige Drahtgeflechte
Fertige Drahtzäune, Drahtgitter für alle Zwecke
Verzinkte Eisendrähte
Stacheldrähte
Billigste Bezugsquelle Bismarckstraße!
C. Müllers Wwe. & Sohn, Halle (Saale)
Magdeburger Straße 59
59144

Hallischer Kohlenhof
G. m. b. H., Halle
Deutscher Str. 81 — Tel. 21439
Brikett, Brechtots, Schmiedekohlen, Holz und Holzkohlen
jederzeit lieferbar
59754

Schaufenster-Aus- und Innenbau
Paul Haumann
Große Brunnenstraße 51 a
59435

W. Fleischer, Kl. Wrichstraße 30
Zigarren ⊙ Zigaretten ⊙ Tabake
59870

Halle-Zentrum

Empfehle meine **Obst-Spezialgeschäfte**
Berliner Straße ⊙ Bernburger Straße ⊙ Königstraße
Wilhelm Pfeiffer
59485

Hallesche Beerdigungsanstalt „Pietät"
Inhaber: M. Burkel
Kleine Steinstraße 4 — Telephon 26393
1936

Gute Romane
stehen im
„Klassenkampf"

Drucksachen
aller Art, für Private und Vereine, Organisationen usw. liefert schnellstens in ein- und mehrfarbigen Ausführung zu zeitgemäßen Preisen
Produktiv Buchdruckerei,
GmbH., Halle a. S., Leipzigerstraße 14, Fernruf 22251. Bei angen Sie Preisofferten oder den Besuch unserer Vertreter

Nur für Wiederverkäufer
empfehlen
Kurzwaren — Wollgarne
Lederwaren — Hosenträger
Spielwaren, Geschenkartikel
Spezialität: Mundharmonikas
in größter Auswahl billigst
Adler & Co., Halle a. S. 2a
Ständige große Musterausstellung
59785

Herren- und Jünglingskleidung auf Teilzahlung
kaufen Sie am vorteilhaftesten bei
Halle a. S. Franz Mettner, G. m. b. H.
Leipziger Straße 85

Für Händler und Wiederverkäufer empfehlen:
Strickgarn, bekannte Marken
Ferner
Trikotagen u. Strumpfwaren
Kurzwaren, Leder- u. Kammwaren
Freund & Müller
Leipziger Str. 54, Ecke Riebeckplatz
59750

Reserviert 99
59433

Verlangen Sie
Held-Ma
„Helds Weltruf", „Fr
„Heldenstern", „
Dann unterstützen
truftfreie deutsche
Industrie
Kunst färbt
Steintor 18

Werbt für den „Klassenkampf"

Halle-Nord

Glaserei u. Tischlerei
Alfred Büttner, Triftstr. 33
59420

Bettfedern-Reinigung moderne Maschin.
Bettfedern, Inlette
Fritz Mösenthin, Burgstr. 1
59815

„Atlantik" Geiststraße 47
Täglich frische Seefische u. Räucherwaren
59824

R. Helwigs Hausschlachterei
: A. Siebichenstreiner Würstchen :
Seebener Straße 197
59611

Malerei — Anstrich
Paul Hause
Eichendorffstr. 27 — Tel. 29777
59827

Karl Richter
Triftstraße 5
Lebensmittel, hausschl. Wurstwaren, Obst und Gemüse
59829

Reserviert 26137

Otto Just,
Ludwig-Wucherer-Str. 45 :: Rosenstr. 13
Holz, Kohlen, Koks — Tel. 23649
59875

Gebt für die „Rote Hilfe"

A. Reichardt jun.
Burgstraße 69 — Fernr. 26217
Kaffeerösterei
Kolonialwaren
59833

Hausfrauen
kauft nur bei unseren Inserenten
59431

Halle-West

Franz Schulze, Lack- u. Farben-Spezialgeschäft. Drogerie, Photoartikel, Glauchaer Straße 53
neben der Freyberg-Brauerei
59888

Bäckerei und Konditorei
Fritz Schmidt, Glauchaer Str. Ecke Saalberg
59889

Max Schröder, Schweizerkäsestr. 18
Bäckerei und Konditorei
Kaffee- u. Teegebäck zu jeder Tageszeit
59890

Curt Linke, Eisenwaren, Werkzeuge, Klempnerwerkstatt, Steinweg 33
59891

Hermann Böhlert
Roßschlächterei 59873
Glauchaer Str. 75 — Bärgasse 4

Fritz Reizig, Glauchaer Straße 57
Kolonialwaren — Hauschlächterei
Konserven
59740

Max Schultze Inhaber: Paul Ehrich
Kolonialwaren Mortizweiner 3
59741

Otto Fricke, Fischerplan 1 Ecke Herrenstr.
Kolonial- u. hauschl. Wurstwaren 59742

Hermann Clausen Inhaber: Kurt Wennicke
Gurken, Sauerkohl, Räucherwaren
Telephon 25079 und 23517
59743

Franz Müller, Taubenstr. 14
Speise- und Saatkartoffeln
59751

Drogen - Farben - Lacke
Seifen, Haushaltungsartikel
Bruno Pretzsch,

Halle-Crölpa

Konditorei u. Bäckerei Otto Schaef
Spez.: Kaffee und Tee

Halle-Trotha

Friedrich Schmidt,
Karl Schmiedel
Spez.: Haus-Kaffeebrennerei
Paul Denkewitz,
Zigarren, Zigaretten

Wimmelburg

Bäckerei Konditorei
E. Mackenrodt

Halle-Süd

Adler-Drogerie Königstraße 14 Ecke Landwehrstr.
59482
Farben, Lacke, Seifen, Parfümerien

Kolonialwaren Max Künzel Merseburger Str. Ecke Königstraße
59426

Alte Lade- u. Rep.-Station
Hans Hedt, Südstr. 53, Tel. 22715
Anoden 100 Volt, 8 Zl. 7.—
59749

Barbara-Drogerie
Merseburger Str. 104 Tel. 32950
Farben, Tapeten, Photo, Drogen
59674

Reideburg

Heinr. Wolfermann, Leipziger Str. 22
Manufaktur-, Woll- u. Weißwaren 59719

Stern-Drogerie, Reideberg
Delitzscher Str. Kirchstr.
Drogen, Farben, Photo
59720

Löbejün

Die Bezugsquelle der Arbeiterschaft ist
Konsumverein Löbejün
Hallische Straße 15 59919

Willy Fuchs, Hallische Str. 15
Kolonialwaren, Eisenwaren, Oefen 59920

Wettin

Gasthof „Zum Stern" Einkehrlokal der org. Arbeiterschaft
Inh. Br. Schmüller, Wettinmarkt 133 59917

Brot- und Weißbäckerei
Wilhelm Brüsche, Johannesstr. 2 59918

Bollnitz

Gasthof „Zum Palmbaum"
Inh. Willy Angermann, Regensburgerstr. 43
Jeden Freitag Kino
59727

Schäfer's Gärtnerei
Steg 3
59728

Lochau

Paul Brandt Rind- und Schweineschlachterei
59730

Otto Zentzich, Schneidermeister
Schnitt- u. Wollwaren ◆ Hauptstr. 2
59731

Zangerhausen

Reserviert Nr. 11
59445

Jede Hausfrau sagt Dir
das Kochen, Heizen — nur mit Gas!
Braten, Baden rasch, sauber,
Backen, Bügeln billig 59496

Louis Prätzel Hütte, Mützen
Hallische Str. 15 Herrenartikel
59497

Eisenhandlung Wilhelm Kühne
empfiehlt alle ins Fach schlagende Waren
Kornmarkt 8 Telephon 238
59498

Heinrich Schroeder, Töpfersberg 25
Lebensmittel
59984

Schweineschlächterei Willi Glocke
Täglich frische hausschlachtene Wurstwaren
Töpfersberg 10 59953

Alsleben

Bäckerei — Konditorei
Graß Landau, Pulverhof 30 59927

Karl Haberland, Burgstraße 23
Materialwaren — Kolonialwaren 59928

Franz Bönicke, Wörthe 1
Kolonialwaren 59929

Schweineschlächterei 59930
Friedrich Bean, Breitweg 93

Reserviert 25
59936

Könnern

Hotel zur Krone Tel.: Max Germann,
Große Freiheit 1 —
Jeden Sonntag: Feiner Ball 59921

Möbel aller Art, Neumarkt 14, 1. prism. u. gut 23. Kamber, Tischlerei. Ständige Ausstellung! Günstige Zahlungsweise! 59972

Paul Junge, int. Braunschweiger Str. 12
Manufaktur- u. Modewaren, fertige Betten und Bettfedern, Meinlbettstellen 59923

Emil Ernst, Marktstraße 7
Schuhwaren, Woll- u. Kurz-Artikel 59924

Otto Elling, int. Braunschweig. Str. 10
fl. Fleisch- und Wurstwaren 59925

Paul Behrendt, Poststraße 27
Kolonial-, Manufaktur- u. Eisenwaren 59916

Schraplau

„Zum Bürgergarten"
Verkehrslokal aller Werktätigen
59002

Reserviert
Paul Krieg
Bäckerei und Konditorei
Marktstr. 33 59003

Bennstedt

◆ Arbeiter- und Berufskleidung
Hüte, Mützen, Herren-Wäsche
August Hohnsack Wwe 59977

Ansichtspostkarten empf. die Volksbuchhandlung

Ammendorf

Kauft bei Probsthayn, Mittelstr. 10
59446

Otto Ehrhardt, Hallische Str. 35
Inh. Ernst Ehrhardt:
Kolonialwar., Feinkost, Hauschlachterei
59936

Karl Möbus, Hallische Straße 12
— Rind- und Schweineschlächterei —
59937

Kauft nur Lippfert-Zigarren
Hallische Str. 35, Regensburg Str. 4
Hallische Str. 159, Ecke Schachtstr. 59938

Kauft das gute Möritz-Brot
59947

Wilhelm Meißner, Friseur- und Parfümeriegeschäft
Regensburger Straße 4
59737

Christian Schulz, Merseburger Straße 7
Schuhmacherei, Maßarbeit u. Reparaturen
59949

Gustav Schröter, Hohe Straße 8
Hauschl. Wurst, Wild, Geflügel, Konserven
59950

Hering & Co., Kom.-Ges.
Regensburger Straße 8
Eisenwaren, Haus- u. Küchengeräte, Glas und Porzellan usw. 59951

Louis Wange, Regensburger Straße
Hauschlachtene Wurstwaren
59952

Paul Bauer Nfg.
Regensburger Straße 13
Bauschlosserei und Eisenkonstruktion
59953

Foto-Spieß Regensburger Str. 7
in Heinze-Gartenlokal
Künstlerische Fotos und Vergrößerungen
59954

Emil Rolle
Rich.-Wagner-Str. 11
Friseur
59742

Reserviert

Reinhold Meye, Radeweller Str. 3
Kolonialwaren, hauschl. Wurstwar. 59738

Gustav Lüttig, Lindenstraße 24
Elektroinstallation — Sprechapparate
Platten — Radio u. Elektrizität — Reparaturen — Fahrräder — Teilzahlung 59739

Schokoladenhaus
Hetarich Schneider Regensburger Straße 5
59954

Carl Müller, Regensburger Str. 23
Herren- und Damen-Friseursalon
59955

Konfektionshaus
Kurt Binnewies
Ammendorf
59959

Max Gabler, Rosenstraße 3
empfiehlt sämtl. Molkereiprodukte
59957

Zentral-Molkerei, Ammendorf
Lindenstraße 2
empfiehlt sämtliche Molkereiprodukte
59958

Gartenbaubetr. Reinhold Grosse
Hauptstraße 4
Obst, Gemüse, Südfrüchte
59959

Szymaniak, Malderistr. 2
59961

Wilh. Bauermann, fl. Fleisch- und Wurstwaren, Hallische Straße 17
59962

Schuhhaus Dienemann
Regensburger Straße 143
59736

Milchzentrale Ammendorf
Inh.: C. Hohndorf, Hohe Straße
59734

Paul Schmidt, Regensburgerstraße 95
Rind- und Schweineschlächterei
59733

Albert Henze
Klempnerei, Installation, Heizungen, Be- u. Entlüftungen
59735

Lest den „Proletarischen Freidenker"

Teutschenthal

Arbeiter kauft Wein beim Selbstzerzeuger
pro Fl. 0,90, pro Ltr. 1. Kostbl. 1.20 M., G. Baumann, Weinbau, Teutschenthal

Wolf- und Wäschewaren Franz Strube Herren-Artikel
Auerstraße 44 59701

Schuhwarenlager, gr. Auswa. Rep.-Werkstatt
Ewald Krumpe, Auerstraße Str. 14 59702

Bäckerei — Konditorei
Lina Malk, Hallische Straße 61
59704

Eisdorf

Arbeiterverkehrslokal ⊙ W. Kopf,
„Deutsches Haus" Hauptstr. 16
Empfehle meine Lokalitäten 59442

Fleischerei — Wurstwaren
R. Schiel, Kirchstraße 6 59443

Hettstedt

Heinrich Herpel, Bahnhofstraße
Spez. Wäsche, Abtlg.-Anfertigung in eigener Zuschneiderei
Näherei. Jede Art Leib- und Bettwäsche, Hemden, Erstlings- und Brautausstattungen zu enorm niedrigen Pr.

Rosenberg
Hettstedt, Markt
Das führende Kaufhaus für
Bekleidung und Aussteuerwaren

Friedrich Ballin — Inh.: H. Grigo
Möbel u. Polsterwaren, Kleiderstoffe, Wäsche, Korbwaren, Linoleumläufer, Teppiche, Tapeten. Markt 7 8

Molkerei G. Homann Milch, Butter, Eier, Käse
kauft bei G. Homann, Hohe Straße

Stahlwaren ▶ Reparaturen
Dorndorf, Markt 42
59579

Bücherverleih, Zoologische Handlung
Paul Schwärecke, Hohe Str. 4
59584

Kohlen, Brennholz, Baumaterialien
E. Osske, Freimarkt 12
59582

Artern

Uhrenfachgeschäft Keller
Bismarckplatz 14 59586
Uhren, Gold- und Silberwaren, Sprechapparate

Modehaus Dieskau
Leipziger Straße 15 59587
die richtige Quelle für guten Einkauf

Auto-Vermietung, Tag- u. Nachtfahrten
zu niedrigsten Preisen Tel. 292
G. Kretzschmar, Salzdamm 17
59588

U-Lichtspiele Schützenhaus
Neuestes Kino am Platze 59957

Rosa Hoffmann, Gebeitzr. 24 59955
Zigarren und Zigaretten

Hausfrauen, kauft nur bei uns. Inserenten!

Nordhausen

fl. Fleisch- und Wurstwaren
Erich Agrodt, Neuwerkstr. 1

Pinthus & Ahlf
Warenhaus

Kauft nur im „Friedr
Nordhausen

Offenbacher Lederwaren
Kof- und Koffer, Taschen
Koffer - Wohlert,

Neueröffnung! fl. Fleisch- und Wurstwaren
empfiehlt **Karl Engel,**

Schnell-Beschl.
Lederhandlung L. Berlach

Radio-Spezialgeschäft

Fritz Teitow
Kleiderstoffe, Damen-
Kinder-Konfektion,
Leinen- u. Baumwolle

Zigarren-Haus Otto Meyer

Eisleben

Spart bei der Verbandssparkasse und der Mansfelder Kreise u. Städte! **Bankabteilung**
59982

ff. Waffelbruch Pfd 60 u. 90 Pf.
Waffelfabrik, Eisleben Str. 13 59436

SINGER-Nähmaschinen
in altbewährter Güte
Eisleben: Glockenstr. 8, Hettstedt: Freimarkt 19

Helbra

Trinkt Milch der goldenen Aue
Filiale der Molkerei
Roßio, Ernststraße 1 59440

Fleischerei und Gastwirtschaft Kreisburg
Inh. Ludwig Dieter
Ernststr. 84 59978

Alfred Leupold
Chausseestraße 26
Kolonialwaren
59979

Friedrich Vollmer, Wilhelmstr. 1
Haus- und Küchengeräte 59981

Tabakwaren — Lebensmittel
A. Siebmann, Chausseestr. 13 59441

Kaufhaus Paul Callegaro
Siegfried-Straße 10
59439

Friedrich Kaiser, Ziegelröder Straße 4
Bau- und Möbelgeschäft, Holzhandlung, Säge- u. Hobelwerk 59980

Hettstedt

Karl Vaupel Fertigkleidung für Damen u. Herren
Gottherplatz 2 59985

Helfta

Friedrich Aust, Wilhelmstr. 25
Fleisch- und Wurstwaren 59988

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300217-12/fragment/page=0006

AUS MITTELDEUTSCHLAND

„Arbeit" für Arbeitslose

Man hat allerhand „Arbeit", wenn man arbeitslos ist! Auch nicht bezahlt, ist sie auch unproduktiv, die Behörden sind mit einem Schein dem Wohlfahrtsamt. Das Wohl-

Arbeit ist von dem Beamten der Krisenfürsorge unvollständig ausgefüllt. So geht das nicht!"

Warum hat der Beamte das nicht richtig gemacht?"

Weil der Beamte neu und weiß das nicht. Haben Sie persönliche Anmeldung für Erwerbslose?"

Wie hat die Erwerbslosenfürsorge?"

Sie mit dem unvollständigen Schein zur Krisenfürsorge und zur Polizei wegen der Anmeldung.

Polizei: „Sie müssen doch längst eine Anmeldung haben, wohnen doch schon seit langem!"

Aber die Anmeldung hat die Erwerbslosenfürsorge, und ich keine Anmeldung auch für das Wohlfahrtsamt!"

Sollen Sie sich die Anmeldung von der Erwerbslosenfürsorge holen, wir geben kein neues Formular!"

Sagt die Erwerbslosenfürsorge: „Die Anmeldung muß bei der Polizei bleiben! Die Polizei muß Ihnen ein neues Formular

Zur Polizei! Die Polizei gibt gnädigst das Formular, wenn Angelegenheiten sind nun endlich geordnet! —

Es geht es nicht nur mir, so geht es auch anderen Erwerbslosen. Man sagt sie herum, stunden- und tagelang, läßt sie stehen und warten — vielleicht hofft man, daß einer oder der andere vor Kummel satt kriegt und „freiwillig" auf die Unterstützung verzichtet, von der doch keiner leben kann!

Mitteldeutsche Hungerarmee: 310 471

Reichsmarktlage im Gebiete des Landesarbeitsamts Mitteldeutschland

Die Kurzarbeitsbewegung des mitteldeutschen Arbeitsmarktes hat auch in dieser Berichtswoche noch nicht zum Stillstand gebracht. Die Zahl der Arbeitslosen ist um weitere 5287 Personen auf 310 471 gestiegen. Der Zugang erfolgte hauptsächlich aus der Gruppe Lohnarbeiter wechselnder Art (939), der Metallindustrie (Gl), dem Baugewerbe (792), der Landwirtschaft (458) und Bergbau mit 429 Personen. Ein geringer Rückgang ist im Bekleidungs- und Genußmittelgewerbe, in den häuslichen Diensten, Reinigungsberufen und den Büroangestellten zu verzeichnen. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung hat um 3882 und die der Krisenunterstützung Empfänger zugenommen, so daß zurzeit 224 335 Personen Hauptempfänger Arbeitslosenunterstützung und 20 881 Krisenunterstützung erhalten.

Leipzig. Das Problem der Gasfernversorgung kommt wieder in die Ferne gerückt. Die Gasdeputation hat Vorschläge gemacht, ein Gutachten darüber einzuholen, welche Mittel man bei dem gesteigerten Gasverbrauch den Oefen der Stadt zumuten darf. Der Magistrat ist diesem Vorschlag beigetreten.

Werktätige Frauen in die rote Front!

Rüstet zum Internationalen Frauentag!

Der Reichsausschuß der revolutionären Gewerkschaftsopposition wendet sich mit dem Appell zur Vorbereitung und wuchtigen Durchführung des Internationalen Frauentages am 8. März an die Betriebsbelegschaften, an die revolutionären Vertrauensleute, an die roten Betriebsräte, an die Bezirksausschüsse und die Delegierten der Bezirkskongresse der revolutionären Gewerkschaftsopposition.

Es ist eine Tatsache, daß die Arbeiterinnen neben ihrer Betriebsarbeit größtenteils die verflixte Hausarbeit bis spät in die Nacht zu verrichten haben.

Es ist eine Tatsache, daß in allen kapitalistischen Staaten der Erde, wie in den Kolonien, die Proletarierinnen als Lohnsklaven, Haussklaven und Gebärmaschinen ausgebeutet, durch Gesetze und in der Tat zu Menschen zweiter Klasse herabgedrückt werden.

Die Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen sind der entrechtete und entrechtete Teil des Proletariats.

Bei der Durchführung des Young-Planes bürdet das Unternehmertum ihnen durch verschärftes Antreibesystem, Erweiterung der Lohnspanne, unbeschränkte Arbeitszeit und Abbau der sozialen Fürsorge die schwersten Lasten auf.

Millionen Frauen und Mädchen werden als billigstes und willigstes Ausbeutungsobjekt in den Produktionsprozeß geschleudert. Millionen politisch unaufgeklärter indifferenter Proletarierinnen sollen zu Lohndrückern, Streikbrechern, Faschisten erzogen werden, um dem kämpfenden Proletariat in den Rücken zu fallen.

Diese Pläne dürfen und werden der Bourgeoisie niemals gelingen! Bereits haben Zehntausende von Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen in Deutschland, Millionen in allen kapitalistischen Ländern und Kolonien an den Streiks und Kämpfen des vergangenen Jahres aktiv teilgenommen. Ständig steigt die Zahl der Arbeiterinnenstreiks, wächst das kampfgewillte Heer der Frauen.

Zum Internationalen Frauentag stellen wir der revolutionären Gewerkschaftsopposition die Aufgabe:

Bildet eine gemeinsame revolutionäre Front mit den proletarischen Frauen, führt gemeinsame Streiks um höheren Lohn, gleichen Lohn für gleiche Arbeit, für den Siebenstundentag, gegen die Massenentlassungen!

Hinein mit den proletarischen Frauen in die Reihen der revolutionären Vertrauensleute, in die roten Betriebsräte, in die Kampfleitungen zur Organisierung und Führung der revolutionären Bewegung!

Heraus am 8. März zu wuchtigen Kundgebungen gegen den gemeinsamen Klassenfeind, den es zu besiegen gilt!

Die Befreiung der Frau ist nur möglich durch den Sturz des Kapitals und die Errichtung der Diktatur des Proletariats. Nur in der Sowjetunion ist die Frau befreit und gleichberechtigt.

Der revolutionäre Kampf kann nur durchgeführt und erfolgreich beendet werden unter aktiver Beteiligung der Millionenmasse der ausgebeuteten Frauen.

Die Revolution kann nur siegen, wenn die Frauen mit uns kämpfen.

Es lebe die revolutionäre Einheitsfront!

Es lebe die Rote Gewerkschaftsinternationale, die Führerin des Proletariats in seinen Kämpfen!

Reichsausschuß der revolutionären Gewerkschaftsopposition.

Brolat-„Sozialismus"

Wegen der schlechten Finanzlage bei der Verkehrs-A.-G. Berlin sollen

500 Arbeiter entlassen

werden. Die Verkehrs-Gesellschaft hat fünf Direktoren, darunter auch Brolat, die folgende Gehälter beziehen

1. Direktor . . . . . 300 000 Mk.
4 Direktoren à 73 000 Mk. 292 000 Mk. 592 000 Mk.

Das ist Brolat-„Sozialismus"!

Der Sozialismus des DMV. — Wer gegen diesen Brolat-„Sozialismus" ist, muß für die revolutionäre Gewerschaftsopposition eintreten, der darf nur

rote Betriebsräte wählen!

Alljährlich am 8. März ruft die Kommunistische Internationale auf zum Tag der proletarischen Frau, zum

Internationalen Frauentag.

In allen Ländern der Erde, wo der Kapitalismus herrscht, sollen an diesem Tage die Arbeiter gemeinsam mit den proletarischen Frauen demonstrieren

gegen die doppelte und dreifache Ausbeutung, Entrechtung und Knechtung der proletarischen Frauen,

für ihre volle Gleichberechtigung und Befreiung.

Es ist eine Tatsache, daß in den Betrieben Millionen und aber Millionen Arbeiterinnen schuften zu den schlechtesten Arbeitsbedingungen, zu einem Lohn weit unter den Männerlöhnen.

Es ist eine Tatsache, daß die erwerbslosen Arbeiterinnen infolge ihrer niedrigen Entlohnung auch die niedrigsten Unterstützungssätze haben.

Heute nur für Sportmaschinen — und im Kriege?

Eine Flugzeughalle in Wernigerode

Der Verein zur Förderung der Luftfahrt in Wernigerode hat mit Unterstützung der Stadt auf dem städtischen Flugplatz eine Flugzeughalle errichtet, die vier bis fünf Sportmaschinen Platz bietet. Die Halle wird dieser Tage eingeweiht werden.

Am Muldenufer tot aufgefunden

In der Nacht zum Freitag wurde in Erlln bei Colditz, am Ufer der Mulde, der etwa 50 Jahre alte Musiker Kunze mit schweren Verletzungen tot aufgefunden.

Der Leichnam lag halb im Wasser.

In seiner Nähe fand man den Hut des Mannes und eine Fahrradglocke. Nach den bisherigen Feststellungen ist Kunze am Donnerstagabend im Gasthof Podelwitz gewesen. Er soll bei seinem Fortgang sein Rad bei sich gehabt haben. Dieses konnte bisher nicht aufgefunden werden. Der Leichnam wurde beschlagnahmt und nach der Friedhofshalle in Erlln gebracht. Der Amtsrichter benachrichtigte sofort die Staatsanwaltschaft Leipzig, auf deren Antrag am Freitagnachmittag die Mordkommission an die Fundstelle abrückte. Die Untersuchung muß ergeben, ob der Musiker das Opfer eines Unfalls bzw. eines Verbrechens geworden ist, oder ob er freiwillig in den Tod gegangen ist. Für ein Verbrechen sprechen die Verletzungen und das Fehlen des Rades.

Die Arbeitslosen hoffen — wie so oft

In diesem Jahre soll die Regulierung der Helme und Zorge vorgenommen werden. Die alljährliche Ueberschwemmung der Helmewiesen zwingt die Besitzer diese Arbeiten dringend, vorzunehmen. Man hofft, im April mit der Arbeit zu beginnen. Sämtliche Erwerbslose der Umgegend ersehnen nun den Augenblick, da ihnen hier Arbeitsmöglichkeit geboten wird. — Und wenn dann wieder nur der Wunsch der Vater des Gedankens ist?

Apolda. Das Trinkwasser nimmt ab. Die Stadt Apolda ist von Wassermangel ernstlich bedroht. Die Oetterner Quellen, die in der Hauptsache den Ort mit Wasser versorgen, sind fast versiegt. Man will nun die wasserreichen Stellen der Umgebung einer genauen Prüfung unterziehen und in Verhandlung treten mit der Stadt Weimar, zwecks gemeinschaftlichen Bezuges des Wassers.

Eilenburg. Am Brückengeländer totgequetscht. Am Sonnabendmorgen wurde auf der Leipziger Brücke der Eisenbahnoberschaffner Biermann von einem Kohlenlastzug, der ins Schleudern geraten war, gegen das Brückengeländer gedrückt und tödlich verletzt. Der Beamte hatte sich zum Dienst begeben wollen. Als Ursache des Unfalles ist das auf der Brücke herrschende Glatteis anzusehen. — Wo bleiben die Vorbeugungsmaßregeln gegen das Glatteis?

Unterröblingen. Gemeindewahl ungültig erklärt. Der Kreisausschuß des Mansfelder Seekreises erklärte die Gemeindewahl vom 17. November auf Grund der eingegangenen Wahleinsprüche für ungültig. Es wird also hier in nächster Zeit nochmals gewählt.

Schlossener einheitlicher Kampf für Vollamnestie

Unterstützt den Kampf der Roten Hilfe gegen Klassenjustiz und weißen Terror

Die berechtigten Forderungen der Roten Hilfe ist der Erlaß einer Amnestie für die proletarisch-politischen Gefangenen, die seit dem der Amnestie von 1928, hinter Kerkermauern sitzen und sind sogar bis an ihr Lebensende darin verbringen sollen. Es ist zu erreichen, daß allen, gleichgültig, ob der Klassenrichter welcher Charakter der Tat anerkannt hat oder nicht, die Freiheit gegeben wird.

Von der Amnestie wurden bisher betroffen die Opfer der Sondergerichte der wilhelminischen und der Nachkriegszeit.

Die Amnestie wurde denjenigen zuteil, die aus Not gegen die Gesetzlichen, insbesondere nicht

Nur, die Opfer der Paragraphen 218 und 218 wurden.

Weiter Amnestie betroffen wurden

Die Genossen Margies, Göckeler, Baikardt, Mehlhorn, Burkhardt, Kobisch-Meyer.

Sie sind inzwischen hinter Kerkermauern gestorben.

Die Weigerung der Amnestie für diese Genossen schreckte die Leute davor zurück, neben der brutalen Freiheitsverweigerung noch die Opfer zu verhöhnen.

Wie ist es, wenn dem zu lebenslänglichem und drei Zuchthaus verurteilten Genossen Peters durch die Amnestie die drei Jahre Zuchthaus erlassen (!) wurden, aber seine lebenslängliche Strafe verbüßen soll.

Kobisch-Meyer, der inzwischen verstorben ist, der Genossen Nachtigall wurde die Amnestie verweigert zu haben. Beide Genossen waren zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Hier kommt die zynische Brutalität der Justiz am Ausdruck.

Was ist mit der Anwendung der Amnestie auf die Genossen Mehlhorn und Burkhardt? Ueber ein Jahr lang ließ man sie durch ständige Versprechungen in qualender Unsicherheit. Im Juli vorigen Jahres hatte man ihnen schon die Amnestie ausgehändigt, aber auf Betreiben des Reichsgerichts wurden sie vom Zuchthauslor zurückgeholt und sitzen hinter Zuchthausmauern gesetzt.

Die Genossen Rudolf Margies und Ernst Petersen wurden durch das Gericht bei der Anwendung der Amnestie (Gewöhnlich verrechnet sich die Justiz doch nie!) einem entwickelten „Rechenfehler" verlängert sich die Reststrafe Margies um zwei Jahre und bei Ernst Petersen um

Die Genossen Göckeler und Baikardt hat man ebenfalls Anwendung des Amnestiegesetzes so „bedacht", daß sie statt sich noch jahrelang im Kerker verbringen müssen.

Was aller Freiheiten hat man sich darin geleistet, daß einen Arbeiter, die bei der Abwehr des Kapp-Putsches [illegible], verfolgt und ins Gefängnis wirft. Ein Skandal!

ist es, wenn zehn Jahre nach dem Kapp-Putsch der Arbeiter Klaie unter Anklage wegen Mordes gestellt wird und der Bergarbeiter Ebers noch ein halbes Jahr im Gefängnis festgehalten wird, weil ihn ein Spitzel wissentlich falsch beschuldigte.

Inzwischen hat die Klassenjustiz seit dem Erlaß der letzten Amnestie wieder zahlreiche Arbeiter hinter Gefängnismauern gebracht und zum Teil empfindliche Geldstrafen verhängt. Seit dem Verbot des RFB. in Deutschland

verfolgt man die ehemaligen RFB.-Leute auf Schritt und Tritt.

Das Reichsgericht bemüht sich eifrigst, jahrzehntelange Strafen zu verhängen gegen Kommunisten, die sich im zersetzenden Sinne betätigt haben.

Das ist der Kampf und Vernichtungsfeldzug der Klassenjustiz gegen die Arbeiter!

Wie behandelt man aber Fememörder und ihren Anhang?

Hier wird von seiten der Justizbehörden natürlich immer so verfahren, wie es „im Rahmen" des „Möglichen" liegt. Hier macht der Justizapparat keine „Rechenfehler", durch die etwa so ein Fememörder länger im Zuchthaus verweilen müßte.

Das klassenbewußte Proletariat erhebt daher von neuem die Forderung:

Her mit der Vollamnestie für die proletarischen politischen Gefangenen!

Die Rote Hilfe Deutschlands fordert alle, die bereit sind, sich für eine Vollamnestie einzusetzen, auf, sich an der einzuleitenden

Unterschriftensammlung der Roten Hilfe

zu beteiligen. Jeder Bezirk der Roten Hilfe wird sich in besonderen Schreiben an die Ortsgruppen usw. wenden, um eine einheitliche Linie durchzuführen.

Wenn der Kampf mit aller Energie geführt wird, kann erreicht werden, daß endlich eine Vollamnestie erlassen wird, die

eine wirkliche Vollamnestie

Achtung, Sprechstunden der Roten Hilfe für den Bezirk Halle-Merseburg

Allen Genossen in Halle und im Bezirk zur Kenntnis, daß die Sprechstunde des Rote-Hilfe-Sekretariats wochentags von 11 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags, nachmittags von 4 bis 6 Uhr, Sonnabends von 9 bis 12 Uhr stattfindet.

Alle Genossen werden angewiesen, die Sprechstunden pünktlich einzuhalten.

Sekretariat der Roten Hilfe Halle-Merseburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300217-12/fragment/page=0007

Stadt Halle

17. Februar 1930.

Bauers Leiche bei Wettin gefunden

Am Sonnabendvormittag wurde die Leiche des Prokuristen Bauer, der bekanntlich in der Nacht zum Sonnabend, dem 14. Dezember, im Hafen Halle-Trotha ermordet wurde, bei Wettin aufgefunden. Bauers Leiche hat also fast zwei Monate auf dem Grunde des Flusses gelegen. Sie wurde durch einen, die Saale bei Wettin passierenden Dampfer hochgetrieben und landete am Ufer.

Die hallische Mordkommission, die sich sofort nach Bekanntwerden dieser Tatsache an die Fundstelle begab, stellte an dem völlig mit Schlamm bedeckten Toten einwandfrei mehrere Messerstiche am Kopf und am Halse fest. Von besonderer Bedeutung ist die Feststellung, daß der Tote seine Uhr und 90 Mark Geld bei sich trug. Mit dieser Feststellung fällt der besonders von der bürgerlichen Presse seither immer wieder ausgesprochene Verdacht eines Raubmordes. Auch die vielfach angestellte Kombination, daß Bauer, der bekanntlich eine verhältnismäßig hohe Lebensversicherung eingegangen war, einen Versicherungsbetrug begangen habe, wird nach der nunmehrigen Auffindung seines Leichnams ebenfalls hinfällig. Dafür verdichtet sich der Verdacht, daß es sich beim Mord an Bauer um einen Racheakt, wenn nicht gar um eine Eifersuchtstat handelt. Diese Vermutung wird durch die schon im Dezember von vielen Seiten genannten Warnungsbriefe, die Bauer erhalten haben soll, bekräftigt. Dabei ist es bezeichnend, daß sich die Kriminalpolizei nie näher zu diesen Warnungsbriefen geäußert hat, sondern sich stets bemühte, alle darauf Bezug nehmenden Vermutungen abzuschwächen.

So hat sich die hallische Kriminalpolizei in dieser Mordaffäre Bauer, wie auch in den bis jetzt noch ungeklärten Fällen Laue und Fechner keineswegs mit Ruhm bekleckert. Es scheint, daß sie ihre Zeit und ihre Kräfte allzusehr mit der Verfolgung der revolutionären Arbeiterschaft vergeudet.

Terror der Renegaten im AKV.

Fischer und Schöbel verweigern dem Aufsichtsrat die Einsichtnahme in die eingegangene Vorschlagsliste zur Vertreterversammlung am 2. März

Am 2. März finden bekanntlich die Vertreterwahlen im AKV. Halle statt, zu der am 16. Februar die Vorschlagslisten eingereicht werden müssen. Es ist ganz selbstverständlich, daß nach dem klaren Wortlaut des Statuts der Vorstand und der Aufsichtsrat die Wahlleitung bilden und demgemäß auch der Aufsichtsrat das Recht hat, die Einsichtnahme in die Vorschlagslisten vorzunehmen. Als heute morgen der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Genosse Härtel, mit noch weiteren vier Aufsichtsräten im Beisein des Betriebsrates und des Vorstandes die Einsichtnahme verlangten, wurde

dem Aufsichtsratsvorsitzenden und den übrigen Mitgliedern des Aufsichtsrates die Einsichtnahme verweigert.

Auf den Hinweis, daß gemäß der Satzungen (§ 46) dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates jederzeit die Einsichtnahme in alle Vorgänge des AKV. gestattet werden müssen, lehnte trotzdem der Vorstand unter Beifall der Betriebsräte Hammer und Bowinski diese berechtigte Forderung rundweg ab.

Die hallischen Arbeiterverbraucher werden diesen Terror der Renegaten nicht unbeantwortet lassen!

Dem Täubchendichter der „Saale-Tante"

Die „Saalezeitung" veröffentlichte vor einigen Tagen ein „Gedicht", worin dafür Reklame gemacht wurde, den Hallmarkt zum Taubenmarkt zu machen. Hier ist unsere Antwort:

Ein bürgerliches Tränentier,
Das brachte neulich aufs Papier,
Daß jetzt der Hallmarkt kurzerhand
Zum Taubenmarkte wird ernannt.

Er schrieb:
Die KPD.-Demonstration
Steigt anderwärts dann auf den Thron,
Statt „Nieder! — Nieder! — Nieder!"-Schreien
Ertönen uns die Täubchen fein.
Wenn erst der Wunsch zur Tat erstarkt,
Hat Halle einen Taubenmarkt.

Wir sagen:
Du Dichterling, uns hat's gepackt,
Dir hat man ins Gehirn gepackt!

Die Werks-AG. pfeift auf den Tarifausschuß

Die Tariferhöhung ab gestern durchgeführt

Wie die Verbrauchermassen betört wurden

Der Ausschuß zur Ueberprüfung der Tariferhöhungen trat am Sonnabendnachmittag noch einmal zusammen. Die eingeladenen Vertreter der Werks A.-G. waren natürlich nicht erschienen. So wurde denn ein paar Stunden lang über Abänderungsvorschläge zum Tarif verhandelt, ohne daß zu diesen Vorschlägen die Ansicht der Werks A.-G. gehört werden konnte. Die Kommunisten machten fortgesetzt Vorschläge in der Richtung, daß die Lasten auf die Schultern der Leute mit großem Einkommen gelegt würden. Es gelang auch, eine ganze Reihe dieser Vorschläge zur Annahme zu bringen. Aber das ist ja gar nicht zu verwundern. In diesem Ausschuß konnten sich die Bürgerlichen soziale Gesten erlauben. Dadurch wurde die unsoziale Staffelung nach Wohnräumen aufgehoben und eine Staffelung durchgesetzt, die den niedrigsten Tarif beim Stromverbrauch von einer bis zehn Kilowattstunden vorsieht und dann erst allmählich bis auf 15 Pfennig klettert. So wurde es mit dem Gas ebenfalls gemacht. Bei den Straßenbahnfahrten wurde beschlossen, an alle Arbeitnehmer Wochenkarten auszugeben. Außerdem wurde die Einführung von Fahrscheinheften wieder verlangt, und zwar so, daß der Fahrer über vier Teilstrecken dieselben mit dem Fahrscheinheft wenigstens für 20 Pfennig fahren kann. Die Preise für alle Sondertarife wurden entweder auf dem alten Stand belassen oder nur um ein ganz Geringes erhöht.

Doch zum Schluß dieser Auseinandersetzungen kam der Clou: Rektor Spleit schlug vor, daß auf keinen Fall aus dem Ausschuß in der Oeffentlichkeit berichtet werden dürfe. Unsere Vertreter wandten sich sehr heftig dagegen. Sie betonten, daß ja der Ausschuß nach der Meinung des Oberbürgermeisters keine juristische Körperschaft ist und nicht so etwas beschließen könne, und daß es sich mit diesem Antrag außerdem um den Schlußakt des gesamten Bürgertums zur Durchsetzung der Tariferhöhungen handelt. Mit der Stimme des Sozialfaschisten Peters wurde dieser Antrag trotzdem angenommen. Die Kommunisten gaben die Erklärung ab, daß sie nun eine weitere Mitarbeit in diesem Ausschuß nicht mehr verantworten können. Trotzdem der Ausschuß von der Werks A.-G. die Nichtdurchführung der Tariferhöhung verlangt hatte, ist das trotzdem geschehen.

Die Werks A.-G. kann also machen, was sie will. Der Kampf ist jetzt erneut um ihre Umwandlung in von der Stadt kontrolliertes Eigentum zu führen.

Die werktätigen Verbraucher rechnen ab

mit den Tarifwucherern

Das von den Tarifwucherern im Tarifausschuß beschlossene Redeverbot über die Sonnabend-Tagung dieses Ausschusses hat die Kommunisten nicht davon abhalten können, den werktätigen Verbrauchern den immer offensichtlicher werdenden Betrug der vom Bürgerblock bis zu den Sozialfaschisten gehenden Front der Tarifwucherer anzuprangern.

Das geschah in gründlichster Weise in einer am Sonnabendabend im „Thalia"-Saal stattgefundenen öffentlichen Fraktionssitzung der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion, in der Stadtverordneter Genosse Grade in ausführlicher Weise über den Verlauf der Sitzung des Tarifausschusses berichtete. Diesem Ausschuß wurde ja bekanntlich vom Oberbürgermeister jegliche „juristische" Funktion abgesprochen. Mit dem Sinn der Verschacherung der städtischen Werke stellte er fest, daß zeit an dieser Verschacherung beteiligte sozialfaschistische Fraktion schon mit ihrer Zustimmung zu diesem Raub vornherein für den jetzt erfolgten Tarifwucher mitverantwortlich gemacht habe. Statt die Steuergeschenke an die zu streichen, werden die Massen auf eine derartige Weise um so wirksamere Art und Weise neu belastet. Das Tarifausschuß geplante Betrugsmanöver geht am Ende dem Plane daraus hervor, daß der Tarifausschuß erst zusammentreten sollte, nachdem die Tariferhöhungen bereits Tag in Kraft getreten sind. Dieser schändliche Betrug wurde von den kommunistischen Vertretern durchkreuzt, zwangen den Zusammentritt des Ausschusses für den Montag.

Im Verlaufe der Tagung des Tarifausschusses zeigte sich, daß dieser Ausschuß zwar vielen Forderungen Rechnung trug, nachgab. Wenn man aber bedenkt, daß die Mehrheit des Ausschuß überhaupt nicht für voll ansieht, so braucht man die Konzessionsbereitschaft dieser Leute gar nicht zu wundern, die vom Tarifausschuß an die Werks A.-G. gerichtet werden ja doch von den schwarzweißroten Sozialfaschisten zu den Akten gelegt werden. Nach dem Grade die Tariferhöhungen als eine der ersten Folgen des Planes gekennzeichnet hatte, schloß er seine mit Beifall aufgenommenen Ausführungen mit den Appell, den Kampf gegen den Wucher nicht aufzugeben, sondern, verbunden mit dem Kampf gegen den Young-Plan, verschärft fortzuführen.

Nach Annahme einer Entschließung gegen den Tarifwucher und gegen das Verbot der Antifaschistischen Gerbersammlung vom Genossen Günther geschlossen.

Selbstmordversuch in der Schillerstraße

Am 16. Februar gegen 2 Uhr unternahm in der Schillerstraße ein Mann in der Küche seiner Wohnung durch Einatmen von Gas einen Selbstmordversuch. Wiederbelebungsversuche der Feuerwehr waren von Erfolg. Der Mann wurde zur Universitätsklinik gebracht.

. . . und auf dem Hallmarkt

Am 16. Februar gegen 12.15 Uhr versuchte auf dem Hallmarkt ein 20jähriger Mann sich mit einem Taschenmesser die Pulsader zu öffnen. Er brachte sich jedoch nur eine leichte Fleischwunde bei und meldete sich dann auf dem Polizeirevier. Nachdem er verbunden war, wurde er der Klinik zugeführt.

In höchster Verzweiflung wollte am 17. Februar in Trotha in der Nähe der Fahrstraße eine Frau in die Saale gehen. Sie wurde durch Zivilpersonen an ihrem Vorhaben gehindert und der Polizeiwache zugeführt.

Die Antwort auf den Protest

gegen den Tarifwucher: der Gummiknüppel

Wer in den späten Nachmittagsstunden des Sonnabends Marktplatz passierte, der konnte wahrnehmen, daß der Protest gegen den Tarifwucher nicht nur mit Illusionen und bloß mit Worten, sondern auch mit Gummiknüppelschlägen erfolgt wurde. Von Grzesinski verhängte Belagerungszustand hat die Arbeiter nicht davon abgehalten, zur selben Zeit, wie die kommunistische und Sozialfaschisten im Tarifausschuß für Wucher zu krönen gedachten, ihren Protest auch auf dem Marktplatz zu bekunden. Auf dem Marktplatz erschollen wieder Rufe gegen den Tarifwucher und gegen den sozialfaschistischen Arbeiterverrat. Die Schupo hemmte sich, diese Kundgebungen mit dem Gummiknüppel zu ersticken. Im Verlaufe der Gummiknüppelattacken der Orpo-Polizei wurden

die Genossen Schliebs, Rohr, Achterlik und Sch[illegible] verhaftet und ins Polizeipräsidium überführt,

wo man sie erst in später Stunde wieder freiließ. Trotz dem Terror gegen die revolutionäre Arbeiterschaft wird es sich hindern können, daß sich die Arbeiterschaft dennoch in den Kampfe formiert und den Hungerkurs der Rechtssozialfaschisten mit revolutionären Kampfmaßnahmen beantwortet.

Eine Großwäscherei für eine ganze S[illegible]

Der Bauverein für Kleinwohnungen hat am Sch[illegible] großes Wohnungsbauprogramm in Angriff genommen. [illegible] richtung von 1200 Wohnungen zum Ziele hat. 38[illegible] sind bereits bezogen. Was an dem Projekt aber am [illegible] wertesten ist, ist die Errichtung eines zentralen [illegible] gebäudes. Zwei Riesendruckkessel im Keller des Ge[illegible] bäudes liefern heißes Wasser in Fülle. In einem [illegible] 48 Haushaltungen waschen. Dunstbildung ist durch die [illegible] anlage ausgeschaltet.

Kommunale Radiosteuer!

Wenn wir Kommunisten auch mit den bürgerlichen [illegible] programmen nicht einverstanden sind und deren Ablehnung aufs schärfste bekämpfen, so werden wir doch immer [illegible] treten, daß auch den Werktätigen durch Verbesserung [illegible] schaftslage die Möglichkeit der Anschaffung eines Radio gegeben wird. Der Rundfunk durchdringt die nationalen [illegible] pfähle und die Arbeiter aller Länder kommen sich näher. Vor allem unsere russischen Brüder leisten auch hier [illegible] Durch die russischen Sender ist es ein leichtes, alle Ge[illegible] über Sowjet-Rußland, die täglich durch die bürgerlich-sozialfaschistische Presse verbreitet werden, durch schnelle Berichte zu zerstören.

Diese Rundfunkverbindung der Arbeiter mit den Genossen ist den Arbeiterfeinden natürlich ein Dorn im Auge. Schwierigkeiten werden bereitet, um einen guten Empfang russischen Sender zu verhindern. Die Preise für die Radios, die sich ein Arbeiter nur auf „Stottern" anschaffen konnte, erhöht habe. Der größte Wucher wird damit mit Radioartikeln getrieben. Um diese Schwierigkeiten noch zu erhöhen, versuchen jetzt verschiedene Leute, für eine Rundfunkgebühr, die man jeden Monat an die Post blechen muß, Geschäfte zu machen.

Auch der Magistrat der Stadt Nordhausen, der in die Front der besonders reaktionären Arbeiterfeinde [illegible] Einwohner, der sich einen Rundfunkapparat zulegen will, [illegible] einmalige Gebühr von 5 Mark bezahlen. Da [illegible] so arbeiterfreundlich und sozial gehärdenden Nordhausen war diese Gebühr noch zu wenig. Sie verlangten, daß [illegible] besitzer jährlich 5 Mark Extragebühren [illegible] Steuer, an die Stadtkasse zahlen solle. Zu den [illegible] steuern, die uns der Young-Plan beschert, [illegible] noch sogenannte Radiosteuern hinzukommen.

Die Arbeiterhörer dürfen sich eine solche [illegible] auf keinen Fall gefallen lassen und müssen gegen [illegible] den schärfsten Kampf aufnehmen.

Bewußtlos zusammengebrochen. Am 15. Februar [illegible] Uhr brach auf dem Steinweg eine Frau nach Verlassen [illegible] bahn bewußtlos zusammen. Die Frau wurde [illegible] Klinik gebracht.

In den hiesigen Gast- und Logierhäusern [illegible] Januar 1930 6676 männliche und 1223 weibliche [illegible] 7899 Fremde abgestiegen. Darunter befanden [illegible] Personen, die ihren Wohnsitz im Auslande hatten. [illegible] männliche und 14 weibliche mit fremder Staatsangehörigkeit. [illegible] Januar 1929 waren es 6432 männliche und 1[illegible] zusammen 7748 Fremde, im Januar 1914 7573 [illegible] weibliche zusammen 8457 Fremde.

Volkshochschule Halle. Der dritte und letzte Abend der Volkshochschule Univ.-Doz. Dr. Wittich „Das Werk Richard Dehmels" [illegible] dem 25. Februar, 20 Uhr, statt. — Stadtschulrat Dr. Dolch [illegible] Vortrag über „Bildungsprobleme der Großstadt und Volksbildung" [illegible] Mittwoch, den 19. Februar, 20 Uhr, im Rathausturm [illegible] halten. — Am Donnerstag, den 20. Februar, 20 Uhr, [illegible] Dr. Lippelt (Weißenfels) im Hörsaal 17 der Universität [illegible] „Menschen und Moden im Mittelalter" mit Diapositiven.

Aus dem sozialfaschistischen Sumpf

Sklarek macht Schule

Ein sozialfaschistisches Vorstandsmitglied der Stadtbank, Stadtverordneter Abramowitz, als Kreditvermittler — Stadtbank-Skandal in Halle! Sklarek-Skandal in Berlin!

Beide sind keine zufälligen Ereignisse, sondern Folgen der kapitalistischen Korruptionswirtschaft gewesen. So sehr die satten Bourgeois und die sozialfaschistischen Posten[illegible]jäger auch immer den „ehrbaren Staatsbürger" hervorkehren, so sind sie doch mehr oder weniger alle von dem immer breitere Kreise ziehenden Korruptionsstrudel erfaßt und mitgerissen. Wenn man auch zeitweilig zum Scheine des Gerechten über einzelne solcher Korruptionsgesitzer zu Gericht sitzt, so hat die Erfahrung aber schon zu oft gelehrt, daß dabei nichts Sonderliches herauskommt. Statt solchen offenbar gemordenen Korruptionsfällen gründlich nachzugehen, werden sie vom Klassengericht zumeist übertüncht, und es ist daher gar nicht weiter verwundertlich, wenn in dieser kapitalistischen Republik die Korruptionswirtschaft geradezu tolle Blüten treibt.

Von vielen Korruptionsfällen meldet „kein Lied, kein Heldenbuch". Und wenn hin und wieder doch einmal ein solcher Fall bekannt wird, dann ist es zumeist zugleich ein Fall der Sozialdemokratischen Partei, die ja auch bereits im Ruf einer Korruptionspartei steht.

Als sich die hallischen Sozialdemokraten in jenen Tagen, in denen überall von den Gebrüdern Sklarek die Rede war, gelegentlich im Stadtparlament über deren Schandtaten tüchtig aufzuplustern versuchten, ließ der damals zur bürgerlichen Stadtverordnetenfraktion gehörige Stadtverordnete Baumüller zu den Sozialdemokraten gewandt die Bemerkung fallen:

„Sie sollen sich nur nicht so mausig machen. Bei denen ist doch einer dabei, der **gegen Provision Stadtbankkredite vermittelt hat.**"

Das hätte die abgebrühten sozialfaschistischen Stadträter allerdings ruhig schlafen lassen, wenn es nicht — wie auch das „Volksblatt" bemerkte — die dabeisitzenden Kommunisten gehört hätten. So unangenehm die ganze Angelegenheit den Sozialfaschisten auch war, sahen sie sich aus diesem Grunde schließlich doch gezwungen, die beleidigten Leberwürste zu spielen und die von Baumüller ausgesprochene Aeußerung dem Gericht zu klagen.

Das Schöffengericht hat sich nun am vergangenen Freitag redlichst bemüht, die „Ehre" des von Baumüller inzwischen namhaft gemachten Sozialdemokraten Abramowitz notdürftig zu reparieren. Dieser hatte eine ganze Portion feiner Kumpane mitgebracht, die sich dem Gericht in Aufsichtsratspose als Zeugen stellten. Schließlich stellte sich heraus daß

der sozialdemokratische Stadtverordnete Abramowitz in geschäftlichen Beziehungen zu einem Tuchgroßhändler gestanden

hat, die sich bald derartig innig gestalteten, daß sich Abramowitz erbot, dem Händler in der Beschaffung von Stadtbankkrediten behilflich zu sein. Der von Baumüller gegen Abramowitz gerichtete Vorwurf, er habe solche Stadtbankkredite gegen Provision vermittelt, wurde von Abramowitz entschieden bestritten. Schaumburg und Heimatdienst-Müller standen der bilflosen sozialfaschistischen Seele dabei zur Seite, wobei auch Müller u. a. das Geständnis entschlüpfte, daß die Untersuchung dieser Angelegenheit nur deshalb eingeleitet sei, „weil Kommunisten davon gehört hätten". Daß die Sozialfaschisten

den Vorwurf der Korruption sonst ruhig eingesteckt

hätten, ist nicht gerade ein Beweis dafür, daß sie sich unbelastet fühlten. Im übrigen ermies sich, daß auch Baumüller irgendwelche Hemmungen hatte, weshalb er sogar wiederholt versucht hat, die wahrscheinlich für beide Teile mißliche Angelegenheit mit einer „Ehrenerklärung" aus der Welt zu schaffen.

Das Gericht sah nun seine Aufgabe darin, die ramponierte Ehre von Abramowitz wieder ins Gleichgewicht zu bringen, aber gleichzeitig Baumüller nicht sonderlich wehe zu tun. Dieser wurde lediglich wegen „übler Nachrede" zu 70 Mark Geldstrafe verurteilt.

Tatsache bleibt auf alle Fälle, daß der dem Vorstand der Standbank angehörige Sozialfaschist Abramowitz diese Stellung zur Vermittlung von Provisionen mißbraucht hat. Unter welchen Umständen und Bedingungen das geschah, das wollte ja das Klassengericht gar nicht untersuchen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300217-12/fragment/page=0008

Unser Schulfunkbud flickt zum Himmel

Aus Dubbicks Prügelpraxis

Die Schulaufsichtsbehörde läßt den Stahlhelmpauker ungeschoren

Auch jener Einwohnerversammlung in Domnitz, in der der Stahlhelmlehrer Dubbick ein um das andere Mal als Prügelbed entlarvt wurde, nahm sich die hallische Volkswacht bekanntlich dieses Stahlhelmers an und nahm ihn in ihren Artikeln in Schutz.

Seit letzter Zeit im „Klassenkampf" neu erhobenen Anklagen Dubbick haben „Saalestante" wie auch die „Hallesche Zeitung" Dubbick hingenommen, weil es eben ganz einfach nichts zu verbrechen gibt. Dubbick hat nämlich noch nirgends seine guten Leumund verfügt. Ueber sein Wirken als Prügelpädagoge werden unaufhörliche Klagen laut. Wir konnten erst vor kurzer Zeit berichten, daß er den Ort Kölsa, wo er von 1925 bis als Lehrer tätig war, sogar auf Betreiben der Eltern verlassen mußte, und daß das ganze Dorf, besonders aber die vertrauten Schulkinder, wie von einem Alpdruck befreit waren.

Wie es Dubbick in Kölsa getrieben hat,

geben neuen Zuschriften an uns hervor, die wir nachstehend veröffentlichen:

Zwei Jungen, namens Paul Schiebel, welcher schwerhörig ist und dauernd schikaniert. Wenn dieser Junge, welcher jetzt 14 Jahre alt ist, — er ist jetzt 16 Jahre alt —, den Namen hört, fährt er zusammen. Für ein Mädchen (Martha Kunz) wußte er keinen anderen Ausdruck, als „Abortmanze". Ein Mädchen (Anni Reiße) hat er fast bei jeder Frage, die sie richtete, an den Haaren gezogen. In der Singestunde ließ die Knaben (wenn sie, seiner Meinung nach, den Mund nicht genug öffneten)

der Geigenbogen in den Mund gestoßen.

Geschwistern (Karl und Frieda Kunapf) wollte er mit der Methode den Sprachfehler wegbringen:

Nahm den Rohrstock und stieß ihn den beiden in den Mund. Jungen (Willi Tülschner) hat er wegen einer Lappalie so geschlagen, daß dieser am anderen Tage der Schule fernblieben mußte. Wurden in der Schule Fragen gestellt und ein betreffendes Kind wollte die Frage beantworten, so schnauzte er es an: Von Dir will ich nichts wissen. Hob das betreffende Kind bei weiteren Fragen den Finger, so schlug er es.

Ein Junge (Willi Kunapf), welcher keinen Vater mehr hatte und sich sein Brot durch Zeitungsaustragen selbst verdienen mußte, hatte sich am Jahresende von seinem Verdienst einen Anzug gekauft. Nun wollte es der Umstand, daß in diesem Anzug ein rotes Tuch war. Als Dubbick dies erblickte und der Junge es nicht gleich abmachte, sagte er zu diesem Jungen, wenn er es nicht sofort abmache, wolle er dafür sorgen, daß er die Zeitung nicht mehr tragen darf. Als das eine Jahr die Kinder aus der Schule entlassen wurden, nahm er sie mit in seine Stube und wollte mit ihnen eine Ortsgruppe des Wehrwolfs gründen. Als die Kinder sagten, sie müßten erst ihre Eltern fragen, sagte er zu ihnen, sie sollten am Sonntag in die Versammlung kommen, wo dann die Arbeiterkinder natürlich nicht erschienen waren. Von dieser Zeit an hat er die Arbeiterkinder noch mehr schikaniert, ebenso die gesamte Dorfjugend. Dubbick hatte sich sogar bei seinen Freunden so verhaßt gemacht, daß er auf ihr Betreiben Kölsa verlassen mußte. Auch soll es in der Kasse des Stahlhelms nicht gestimmt haben.

So ist es gar nicht weiter verwunderlich, daß sich Dubbick sogar im engsten Freundeskreise verhaßt machte und deshalb das Dorf bald verlassen mußte. Genau so wie dort hat er es dann hier im Saalkreis getrieben, wie wir an mehr als genügend Beispielen nachgewiesen haben.

Obwohl die von den Domnitzer Arbeiterkindern erhobenen Anklagen gegen Dubbick bis zu seiner vorgesetzten Behörde gedrungen sind, ist Dubbick immer noch „Volkserzieher" in Domnitz und hält es nach wie vor mit dem Knüppel. Die zum Scheine des Gerechten gegen ihn geführte Untersuchung ist höchstwahrscheinlich im Sande verlaufen.

Die Domnitzer Arbeiteretern werden jedoch nicht ruhen, ihrer Forderung — weg mit dem Prügelpädagogen Dubbick — Nachdruck zu verleihen.

Leidensweg eines abgebauten Postbeamten

Klassenurteil des Arbeitsgerichts

Einem abgebauten Postbeamten wird uns auf Grund des ihm selbst widerfahrenen Schicksals berichtet, auf welche Gefahr jedem Unternehmer die mit jedem Tag größer werdende Erwerbslosigkeit zumute machen. In diesem Berichte heißt es:

Schon vor einigen Jahren erfolgten Beamtenabbau wurde auch Opfer der Nationalisierung und flog auf die Straße. Wie so mancher meiner Leidensgenossen, bemühte ich mich lange Zeit vergeblich um Arbeit. Tag für Tag stürzte ich auf die Zeitungen, in der Hoffnung, gelegentlich doch einmal ein Inserat zu stoßen, worin passende Beschäftigung für mich ausgeschrieben wird. Eines Tages durchzuckte mich schließlich der Strahl der Hoffnung, denn ich las, daß die Firma Georg Hartzt & Co., bei der chemische Erzeugnisse hergestellt werden, mit zusagende Stelle ausbot.

Es fand ich mich dort ein, wo mir dann mitgeteilt wurde, daß ich eine immerhin verantwortungsvolle Arbeit das „fürstliche" Monatsgehalt von 75 Mark beziehen sollte. Die Firma schien mir ein sehr vorteilhafte Angebot angesichts der starken Nachfrage nach Arbeitslosen entgegen zu haben und verfuhr damit nach der Devise: Kopf fest oder fort. Schließlich blieb mir also in meiner Not nichts weiter übrig, als in den sauren Apfel zu beißen und mich unter diesen miesen Bedingungen aufzunehmen.

Es schien man mir keineswegs die Rolle eines Arbeiters zuzudenken zu haben. Bei der Krankenkasse wurden vielmehr Angestellte für mich gemeldet und ich wurde dort als Expedient tätig. In Wirklichkeit 1927 wurde mir sogar schriftlich großmütig das ab 1. Januar 1928 mein Gehalt auf monatlich 150 Mark erhöht werden soll und daß ich dafür sozusagen die Rolle des Vertreters spielen sollte.

Zu diesem Zwecke mir diese Lockspeise geboten wurde, wird sich dann bald zeigen. In der anderen Abteilung des Betriebes wurde nämlich ein Packer abgebaut, dessen Arbeit ich alsdann mit verrichten mußte. Doch mit aller Herrlichkeit sollte es nicht lange dauern, denn ich wurde aus Anlaß eines geringfügigen Streites auf Knall und Fall auf die Straße geworfen. Obwohl mir, wie schon bemerkt, die Rolle des „Betriebsleiters" zugedacht war und obwohl ich ja auch bei der Krankenkasse als Expedient gemeldet war, wurde ich ganz einfach als „Packer" entlassen, womit ich mich natürlich nicht abfand.

Als ich jetzt vor dem Arbeitsgericht verklagte, zu meinem Rechte zu kommen, hieß es das Arbeitsgericht mit einem Male für „unerheblich", daß ich bei der Angestelltenversicherung verschert war, sowie, daß ich sogar dritten Personen gegenüber als „Betriebsleiter" vorgestellt worden war. Immerhin wurde meine fristlose Entlassung als wirkungslos erklärt. Im gleichen Atemzuge kam das Arbeitsgericht dem Unternehmer aber schön entgegen. Die von ihm ausgesprochene und vom Gericht soeben als unzulässig erkannte Kündigung wurde nämlich als „Wille ..., daß das Arbeitsverhältnis so bald wie möglich gelöst werden soll" ausgelegt. In der Erklärung des Unternehmers liege daher „gleichzeitig eine ordentliche befristete Kündigung zum nächstzulässigen Termin".

So ermöglichte das Arbeitsgericht durch sein Klassenurteil, daß mich der Unternehmer schließlich doch auf die Straße setzen konnte. Vom Arbeitsgericht wurde ich nämlich sozusagen amtlich als „Gewerbegehilfe" erklärt, für die eine Kündigungsfrist von 14 Tagen besteht.

*

Wenn aus dieser Darstellung von allen jenen, denen es ähnlich und fast genau so ergeht, wie diesem abgebauten Postbeamten, eine Lehre gezogen werden muß, so ist es die:

Schließt Euch mit allen Euren Leidensgenossen in der Kommunistischen Partei zum Kampfe für ein besseres Dasein zusammen!

Verantwortlich: Max Lademann, Halle, für Politik und Beilagen; Fritz Riesling, Halle, für Lokales und Bezirk; Alex Amende, Dessau, für Provinz; Fritz Leßig, Halle, für Sport; Kurt Kühn, Merseburg, für Bezirke und Gewerkschaften; Fritz Krod, Halle, für den Anzeigenteil.

Verleumdungen der Renegaten Fischer, Bowitzky und Ko.

gegen die Parteifunktionäre

Für Donnerstag, den 18. Februar, hatte die Partei in sämtlichen Stadtteilen der Ortsgruppe Halle und auch in einem Teile der Ortsgruppen des Saalkreises, in denen Verkaufsstellen des AKV. Halle sind, Mitgliederversammlungen einberufen. In diesen Versammlungen sollten innerhalb der Parteimitgliedschaft die Differenzen mit der Konsumbelegschaft und die Gründe, aus denen die Parteifeinde Fischer, Bowitzki und Konsorten aus der Partei ausgeschlossen wurden, geklärt werden. Damit die Freunde der Geschäftsleitung des AKV. in den Mitgliederversammlungen gegen die Vertreter der Bezirksleitung operieren konnten, hat die Clique um Fischer und Bowitzki den Leuten, die ihre Maßnahmen verteidigen sollen, eine Redditsposition übersandt. Diese Redebisposition enthält u. a. auch Verleumdungen gegen den Genossen Willi Kunz. Ihm wird der Vorwurf gemacht, daß er überhaupt nicht Mitglied des AKV. ist, sondern nur seine Frau, die keinen Umsatz zu verzeichnen habe und auch noch nichts vom Anteil bezahlt habe. Was ist Tatsache? Genosse Kunz zog am 1. Januar 1929 von Weißenfels nach Halle. Sofort nach dem 1. Januar meldete er sich als Mitglied im AKV. Halle an, und zwar ist er eingetragen unter Nr. 43 985. An Umsatz hat er in der Zeit vom 1. Januar 1929 bis zum 1. Juli 1929 300 Mark, was bei einer Rücksprache, die der Genosse Kunz mit dem Genossen Kuschminder (Lagerhalter in der Verkaufsstelle 42, Huttenstraße) hatte, von demselben auch bestätigt worden ist. Die Rückvergütung für diese 300 Mark hat der Genosse Kunz restlos als Anteil stehen lassen. Auch in dem laufenden Geschäftsjahr hat Genosse Kunz bis jetzt in seiner Markenkarte für 400 Mark Marken eingeklebt. Nebenbei sei noch erwähnt, daß die Frau des Genossen Kunz auch Mitglied des Konsumvereins ist und auch auf ihren Namen im AKV. Halle eingekauft wird.

Auf eine in Löbejün gegen den Genossen Beoling gerichtete Verleumdung, er habe nur einen Umsatz von 200 Mark, sei erwidert, daß auch diese Behauptung völlig aus der Luft gegriffen ist und den Tatsachen widerspricht. Tatsache ist nämlich, daß dieser Genosse vom Dezember 1928 bis zum Juni 1929 einen Umsatz von weit über 400 Mark und seit Juni 1929 bis jetzt einen Umsatz von über 800 Mark hat. Es ist bezeichnend, daß solcher Schwindel immer gerade über Genossen verzapft wurde, die eben nicht zugegen waren. Das kennzeichnet die Methode, mit der die Bowitzki-Clique arbeitete.

Aus allen Lügen und Verleumdungen gegen Funktionäre der Partei ist sehr klar zu erkennen, daß die Leute um Fischer, Bowitzki und Konsorten nichts anderes wollen, als die Funktionäre und damit die Partei bei den Parteimitgliedern und bei der Arbeiterschaft überhaupt in Mißkredit zu bringen. Diese Versuche dürften jedoch verfehlt sein!

Oeffentliche Versammlungen

Stadtorganisation Halle

Halle, Dienstag, 18. Februar, 20 Uhr, im „Nikolaus" öffentliche Mieterbeirats-Angestellten-Versammlung. Referent Genosse W. Koenen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Mücheln-Möllberg, Dienstag, 18. Februar, Gewerkschaftsversammlung b. Rauschenbach.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Mücheln, Dienstag, den 18. Februar, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus 222 „Feier, anschließend Mitgliederversammlung. Referent Genosse Dreie.

Unterbezirk Naumburg

Eisleben, Montag, 17. Februar, 19 Uhr, im „Volkshaus" öffentliche Erwerbslosen- und Betriebsarbeiter-Versammlung. Referent Genosse Mandel.

Bund der Freunde der JAH

Halle, Norden, Montag, 17. Februar, 20 Uhr, bei Tadd, Körnerstraße, Mitgliederversammlung. Alles muß erscheinen.

Halle, Westen, Mittwoch, 19. Februar, 20 Uhr, bei Bendin, Wittenberger Weg Generalversammlung.

Halle, Süden, Dienstag, den 18. Februar, 20 Uhr, im „Thüringer Schlößchen" Generalversammlung.

Roter Frauen- und Mädchen-Bund

Achtung, Parteigenossinnen im RFMB.!

Am Mittwoch, dem 19. Februar, pünktlich 19 Uhr, findet eine Besprechung aller Parteigenossinnen, die Funktionärinnen im RFMB. sind, statt. Alle Genossinnen müssen erscheinen.

Die restlichen Reichsfrauengroschen und alten Beitragsmarken sind sofort abzurechnen.

Halle. Wichtige Funktionärsitzung am Mittwoch, 19. Februar, 20 Uhr, in der Trockenhalle.

Merseburg. Mittwoch, den 19. Februar, in der „Weintraube" wichtige Mitgliederversammlung. Bericht von der Gaukonferenz. Erscheinen ist Pflicht.

Sämtl. Gummiwaren billigst ● Gummi-Bieder

Ruhe und Ordnung

Ernst Ottwalt (18

Roman aus dem Leben der nationalgesinnten Jugend

Copyright 1929 by MALIK-VERLAG A.-G., Berlin

Nach zwei Stunden ist mein Bericht bei Walter. Er kennt mich und weiß von der Gewichtigkeit seiner Meinungen. Ich kenne das Gefühl, jetzt vielleicht mein kleines Teil dazu beigetragen zu haben, daß der Kapp-Putsch ohne besondere Erschütterungen in Halle abgehen wird.

Es sieht sehr schlecht mit der Aussicht, daß die nächsten Tage Ruhe bringen werden. Wir können nun also ohne große Gefahr unsere Herzen in Berlin Stimmung machen.

Es scheint aber beginnt die Stadt zu fiebern.

Berlin voll lenntäglich gepuxter Menschen hallen wider von Geschrei und Gewimmel. Ich habe keine anderen Gedanken mehr, als ich unhäutliche Brodeln zwischen den Häuserwänden zu

Der Tagen der Menge glimmt und glüht jenes unsinnige und wirre Flackern, das ich kenne, Gerüchte schwirren hin und her, Gerüchte sich, werden widerlegt, neue Gerüchte kommen auf, werden geglaubt.

Ich an einer Straßenecke einen demokratischen Stadtverordneten einen einzelnen Passanten spricht. Es sind Arbeiter darunter, Kommunisten. Der Stadtverordnete redet mit glühendem Eifer von der jungen Republik, die gegen ihre Feinde geschützt werden muß. Sein Schnurrbart kräuselt sich, seine Stimme pfalmodiert.

Einer seiner Zuhörer lacht. Auch die Kommunisten nicht. Sie sind mit einem Schlage plötzlich keine Gegensätze in der Arbeiterschaft mehr zu gehen.

Sie sind entschlossen, die Republik gegen den Feind zu verteidigen.

Aber kein Feind da. Die Soldaten sitzen unruhig und ein bisschen lächerlich in den Kasernen und wagen sich nicht auf die Straße. Es sind es nur ein paar hundert Mann, die der Stadt Ernstfall nichts tun können, wenn sie es auch wirklich wollten.

Die unsichere Erregung hallt sich sinnlos in der Luft zusammen und sucht nach Angriffspunkten. Daß morgen der Generalstreik ausbricht, gilt heute schon als beschlossene Sache.

Aber der Feind? Man wird den Feind nötigenfalls erfinden, denn der Wille zum Kampf da ist.

Man wird warten ab. Ist das nicht geradezu komisch? Man wird warten ab. Die Kommunisten warten ab. Sozialdemokraten und Unabhängige wollen streiken. Die Bürger aller Parteien haben nichts als Angst und trauen der Berliner Polizei nicht viel zu. Und trotzdem redet man von Feinden und Kampfluft.

Ich komme mir sehr überlegen vor. Die ganze Aktion erinnert mich an die Hornberger Schießen, wenn die Garnison Manöver macht. Und das Kommando wird bestimmt keine machen. Schon aus dem Grunde, weil viel zu wenig Soldaten in der Stadt sind.

Am späten Nachmittag läuft plötzlich ein Schrei durch die Straßen: Das Garnisonkommando hat das Freikorps alarmiert! Die Zeitfreiwilligen sammeln sich bereits in den Kasernen. Die Oberrealschule ist schon von ihnen besetzt. Die Einwohnerwehr ist einberufen worden.

Ich kann diesem Gerücht nicht glauben. Zu dieser Alarmierung liegt doch gar kein Grund vor, denn in der Stadt ist es bisher nirgendwo zu Ausschreitungen gekommen.

Gegen wen sollen die Zeitfreiwilligen also kämpfen? Diese Alarmnachricht kann doch nur bedeuten, daß sich das Garnisonkommando entschlossen hat, offen auf die Seite der Rebellen zu treten?

Ich laufe zum Garnisonkommando. Aus dem Kasernentor kommen mit Soldaten entgegen, die in die gegenüberliegende Oberrealschule gehen, hochbepackt mit Decken, Strohsäcken und Waffen. Ich erkenne verschiedene Bekannte — Es sind Zeitfreiwillige.

Wer den Befehl zur Alarmierung gegeben hat kann ich nicht in Erfahrung bringen. Walter sagt, es kann gar keine Rede davon sein, daß sie für Kapp kämpfen sollen. Es handelt sich nur um eine vorbeugende Maßnahme für den Fall daß in der Stadt Unruhen entstehen sollen. Und dabei lächelt er ironisch.

Ich gehe nach Hause und weiß nun, daß die Unruhen nicht mehr lange auf sich warten lassen werden.

Ich denke an Robert. Er hat wirklich recht gehabt: die erste Dummheit ist geschehen. Weitere werden bald folgen ...

Am nächsten Morgen schließen alle Betriebe. Versammlungen überall. Der Generalstreik beginnt.

Sozialdemokraten und Unabhängige wollen sich mit der ordnungsmäßigen Durchführung des Streiks begnügen, die Kommunisten verlangen bereits Bewaffnung der Arbeiterschaft.

Ich gehe telephonisch einen Bericht über eine solche Versammlung an das Kommando. Am Apparat meldet sich Hauptmann Uff, ein korrekter und nicht übermäßig intelligenter Herr.

Ich höre förmlich sein unglaubliches Lächeln. Hoffnungslos!

Kurz darauf treffe ich Webach und Walter, der uns befiehlt, mit ihm zum Kommando zu kommen.

Wir versuchen im Gewerkschaftshaus noch etwas über die Pläne für die nächste Zukunft zu hören.

Walter geht mit uns. Walter tut auf dem Garnisonkommando in Uniform Dienst. Er hat oft mit den Einberufern politischer Versammlungen zu verhandeln und viele Gewerkschaftler kennen ihn. Es ist schon Unfug daß Webach und ich uns mit ihm zusammen auf der Straße sehen lassen. Wenn uns irgendwo jemand mit Walter sieht, dann sind wir als Spitzel erkannt. Ähnlichen davon ist Walters Unternehmen, mit uns in das Gewerkschaftshaus zu gehen, völliger Unsinn. Aber was sollen wir machen? Wenn Walter uns zu dieser zweckloser Tollkühnheit kommandiert, dürfen wir uns nicht weigern, ihm zu folgen.

In der Vorhalle des Hauses dreht er sich dann auch plötzlich um: „Zurück!" flüstert er hastig.

Wir gehen langsam die Straße hinunter. Walter ist sehr bleich: „Habt Ihr Eure Pistolen da?" fragt er leise. Wir bejahen.

Ich drehe mich um und sehe, daß uns ein Menschenhaufe folgt. Fäuste steigen auf, immer mehr Menschen schließen sich an.

Die Menge fängt an zu laufen. Wir rasen im Galopp die Straße hinab, eine Torbuchfahrt, eine neue Straße, und immer noch hinter uns das Gelärme der uns verfolgenden Meute.

Walter keucht und stöhnt. Er kann nicht mehr.

„Stehen bleiben!" ruft er uns zu.

Wir hätten noch lange so weiter laufen können. Zögernd werfe ich einen scheuen Blick zurück, dann aber siegt die Ueberlegung, daß wir Walter nicht im Stich lassen können. Wir bleiben stehen, pressen uns an die Häuserwand der gegenüberliegenden Straßenseite und entsichern die Pistolen in der Manteltasche.

Wir wird schwindlig. Die Verfolger stellen sich in einem großen Halbkreis um uns. Das letzte Bild, das ich noch deutlich wahrnehme, ist ein großer Mensch, der ganz vorn steht und sich seine Faustkandschuhe von den Händen streift.

Es ist also aus. Wir werden zertrampelt werden. Keine Möglichkeit zu entkommen. Ein paar Schüsse, bis das Magazin leer ist, und dann kommt das Ende. Ich empfinde nicht einmal Furcht. Es ist wie im Traum.

Da — noch ehe unsere Verfolger sich zum Angriff entschließen — klingelt plötzlich eine Straßenbahn heran.

Wir springen in langen Sätzen auf die fahrende Bahn.

Geschrei steigt hinter uns auf. Der Fahrer will halten. Ich presse ihm zitternd in wilder Erregung die Pistole ins Genick. Von der Hinterplattform, auf die Webach und Walter gesprungen sind, knallen Schüsse, die sie auf ihre Verfolger abgehen.

Die Bahn rast an mehreren Haltestellen vorüber. Dann erst wagt der Führer zu halten. Wir sind nur wenige Schritte von der Kommandantur entfernt. Das Kasernentor schlägt hinter uns zu.

Aufatmend lassen wir uns auf ein paar Stühle fallen: Gerettet. Aber die ersten Schüsse sind gefallen ...

Während Walter in das Dienstzimmer des wachhabenden Offiziers hineingeht, spricht Webach und mich ein Offizier in elegantem Pelz an, der im Wartezimmer auf und ab geht. Er trägt die Friedensuniform eines Ulanenregiments. Von der Tür steht sein Ihr und über mit Schmutz bedeckter Wagen. Er ist sehr aufgeregt und hat ansehnend große Eile. In der Hand hält er ein Schreiben, mit dem er dann und wann nervös in der Luft herumschlenkt.

„Herrgott, ich habe keine Zeit!" schimpft er plötzlich vor sich hin.

„Ich muß gleich weiter nach Leipzig."

Wir sehen ihn an und er stellt sich vor: „Freiherr von Liechtenstein vom Divisionskommando IV."

Dann erzählt er eine phantastische Geschichte: er sei ein Kurier des Generals Maercker, der den Garnisonen Halle und Leipzig Mitteilung davon machen soll, daß der General sich mit allen ihm unterstellten Reichswehrtruppen der Regierung Kapp zur Verfügung hält. Ein Schreiben das tatsächlich die Unterschrift des Generals Maercker trägt, soll seine Angaben bestätigen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300217-12/fragment/page=0009

Der „Freie-Presse"-Tintenkuli beschimpft die klassenbewußten Arbeiter

Die bürgerliche Einheitsfront im Bitterfelder Kreistag

Was muß wohl die SPD. unter der „Todfeindschaft gegen die bürgerliche Gesellschaft" verstehen? Der Kaffeeklatsch als würdiger Abschluß

„... und es hatte den Anschein, als ob die beiden Augenblicksstrategen der KPD., der Stadtverordnete Schmidt und der Gemeindevorsteher Chemnitz, von ihren „Prätorianergarden" im Stich gelassen worden wären." (Siehe „Freie Presse, Nr. 38.)

Höher geht die Beschimpfung und Verhöhnung der proletarischen Wählermassen nimmer. Dieser Waschlappen von Berichterstatter, wie sie nun einmal nur die SPD.-Presse, in diesem Falle der „Volksblatt"-Ableger „Freie Presse", aufzuweisen hat,

stellt die klassenbewußte Arbeiterschaft auf eine Stufe mit der Leibgarde der früheren römischen Blutkaiser.

Erwerbslose, klassenbewußte Arbeiter, seit euch heim nächsten Kreistag diesen Schworozerfinken und Kapitalsknecht an und gebt diesem Schmarotzer die Antwort, die er für derartige Beschimpfung verdient. In Ermangelung grundsätzlicher Argumente ist diese Lakaienpresse allerdings gezwungen, mit persönlichen Verunglimpfungen zu operieren, um ihre arbeiterfeindliche Politik zu verdecken. Wir können diesen Elementen nachfühlen, wie heiß sie sich nach dem Augenblick sehnen, wo die Parlamentssitzungen völlig unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfinden werden. Der Bitterfelder Kreistag brachte einmal mehr den Beweis dafür, daß sich SPD. und Bürgerblock von nichts unterscheiden. Gemeinsam wurden die Anträge der KPD. niedergestimmt. Ein widerlicher Schacher um die Futtertrippe wurde stattgefunden haben. Gemeinsam und einstimmig hatten Bürgerblock und SPD. die Amtsvorsteherpöstchen unter sich „klargemacht". Die Einladung des Landrats zu einer Tasse Kaffee nach Schluß der Sitzung wird die innigste Verbrüderung der schwarzweißrotgoldenen Mamlucken endgültig zuwege gebracht haben. Die Fronten im Bitterfelder Kreistag sind klar. Bürgerblock und Sozialfaschisten gegen KPD., das heißt:

Ausbeuter und deren Lakaien gegen Ausgebeutete oder Klasse gegen Klasse.

Der Weg für die KPD.-Fraktion ist klar. Rücksichtslos wird sie den Kampf gegen diese Gegner der klassenbewußten Arbeiterschaft aufnehmen. Mit solchen Elementen, die sich fälschlich noch „Arbeitervertreter" nennen, hat die Arbeiterschaft nichts mehr gemein.

Wenn der Tag der Abrechnung kommt (und er kommt bald) dann finden wir jene „Arbeitervertreter" auf der Gegenseite der Barrikade — — — Das weiß jeder klassenbewußte Arbeiter.

Sitzungsbericht.

Punkt 1 bis 3: Einführung der Abgeordneten, Beschlußfassung über die Gültigkeit der Wahlen, Neuwahlen der Kreisdeputierten wurden debattelos angenommen. Zu Punkt 4: Neuwahlen der Kreisausschußmitglieder wurden nur zwei Listen eingereicht. Die Einheitsfront-Liste (SPD. und Bürgerbrei) bekam 5 Mandate, die der KPD. 1. Genosse Chemnitz zieht in den Kreisausschuß ein und wird sogleich in den Vorstand der Kreissparkasse gewählt. Die nun nachfolgenden Wahlen der Amtsvorsteher und deren Stellvertreter vollzieht sich unter der Leitung des berüchtigten Dr. Kleinau. Abwechselnd beantragte er Wiederwahl oder schlug einen seiner Freunde von der SPD. vor. Ein elender Kuhhandel. Unsere Genossen brandmarkten diesen Schacher um die Pfründen gebührend. Die SPD. hat ihre Todfeindschaft gegen die bürgerliche Gesellschaft wieder einmal bewiesen. Als im Punkt 12: „Wahl von zwei Lehrpersonen in das Kreisjugendamt" von der KPD.-Fraktion Lehrpersonen vorgeschlagen werden, verfallen diese Vorschläge wiederum der Ablehnung durch die Einheitsfront.

In Punkt 14 „Uebernahme einer Bürgschaft für das Krankenhaus" fragte die KPD.-Fraktion an, wie es kommt, daß die Gestehungskosten des Krankenhausneubaues sich um 50 Prozent erhöht haben. Nachdem Stammer die Anfrage beantwortet hat, kam es im Punkt 15 zu herben Auseinandersetzungen.

Die Einrichtung von fünf planmäßigen Gewerbeoberlehrerstellen sowie einer planmäßigen Stelle für einen Handelsoberlehrer rief die bürgerliche Fraktion auf den Plan. Ihr Sprecher „Fischer" erklärte sich grundsätzlich gegen die Vorlage und empfahl, dieselbe ein Jahr zurückzustellen, da noch verschiedene Fragen zu klären waren. Insbesondere wandte sich Redner gegen die Erhöhung der Stundengahl für kaufmännische Lehrlinge von 6 auf 9 Stunden.

Im Wesen dieser Gesellschaft liegt es, wenn es sich um Schulung proletarischer Kinder handelt, keinerlei Mittel zu bewilligen. Mit 21 Stimmen wurde dann die Vorlage angenommen.

In ziemlichem Eiltempo wurde dann der wichtigste Punkt: „Haushaltsplan" durchgepeitscht. Anträge der KPD.:

den Fürsorgetitel um 200 000 Mark zu erhöhen,

wurden mit hämischen Bemerkungen des Landrats und seiner Getreuen abgelehnt. Nachdem der Landrat noch die Anwesenden einlud zu einer Tasse Kaffee (ist auch besser, als sich um die Interessen der Arbeiterschaft zu bekümmern) wurde die Sitzung nach fünfstündiger Dauer geschlossen.

Die Arbeiterschaft muß es sich zur Pflicht machen, in Zukunft die Sitzungen des Kreistages zu besuchen, um die „Tätigkeit" der Einheitsfront von Kleinau bis Fischer kennenzulernen.

Die Betriebsräte-Wahlen

müssen in allen Massenorganisationen der Arbeiterschaft, Genossenschaften, Sport-, Kultur- und Mieterorganisationen jetzt ausgenutzt werden, Vertreter der Masseninteressen in die Betriebsvertretungen hinein zu bekommen. Deswegen propagiert, unterstützt und kontrolliert allerorte die Aufstellung von Kampfprogrammen der Massen für die

Wahl roter Betriebsräte!

Unglaubliche Zustände im Bitterfelder Kreiskrankenhaus

Mehrere Insassen des Krankenhauses schreiben uns:

Um der Oeffentlichkeit die netten Zustände im Bitterfelder Kreiskrankenhaus einmal vor Augen zu führen, erlaube ich mir einige Winke zu geben. Der Herr Oberinspektor des Krankenhauses, ein früherer Feldwebel, möchte die Würde als solcher auch jetzt nicht vergeben. Nicht zu vergessen, daß er erst seit zwei Jahren den Titel „Ober" in allen Ehren errungen hat. Seine Frau Gemahlin muß ja jeden Tag mit dem Dienstpersonal Appell abhalten. Parole: „Ich bin für Sie nur Frau Oberinspektor und nichts anderes." Eine Wirtschafterin weiß eben nicht mehr, was sie gewesen ist. Es kann eben nicht jeder mit dem Personal so sparen, wie der Herr Ober. Um in der Küche eine Kraft zu sparen, beaufsichtigt Frau Oberinspektor selbst das Küchenpersonal. Dafür erhält sie monatlich 100 Mark nebst vier Wochen Urlaub pro Jahr. Es gibt ja auch keine Arbeitslosen. Zu bemerken sei noch, daß Frau Oberinspektor auch ihr Dienstmädchen spart, da das Dienstmädchen bei Oberinspektors auch mit reinemachen muß.

Einiges über das Pflegepersonal. Selbiges muß von früh 6 bis abends 8 Uhr Dienst verrichten. Auf eine halbe Stunde früher kommt es nicht an, es wird eben auch mal ½9 Uhr. Herr Oberinspektor, wo bleiben die zwei Freistunden pro Tag!? Alle vierzehn Tage müssen zwei Pflegerinnen Nachtwache halten. Man bedenke,

von früh 6 Uhr bis abends 8 Uhr, anschließend von 8 bis 1 Uhr Nachtdienst oder zweite Wache von 1 bis 6 Uhr und wieder anschließend Dienst bis abends 8 Uhr. Wenn's klappt, auch noch Doppeldienst.

Wer nun Nachtwache hat, hat das Vergnügen, den ganzen Hausflur, verschiedene Zimmer und den Treppenaufgang zu scheuern. Es gibt ja so wenig Scheuerfrauen in Bitterfeld. Ist es da ein Wunder bei zwölf- bis achtzehnstündiger Arbeitszeit, wenn alle vierzehn Tage das Pflegepersonal wechselt. Andere Persönlichkeiten haben sich schon lange geäußert, daß im Kreiskrankenhaus zwei Pflegepersonale zu wenig sind. Wenn nun nicht gleich eine neue zur Stelle ist, muß diese erkrankt werden von den andern, was nun schon seit einem Jahr der Fall ist. Ueberlege sich das jeder vernünftige Mensch. Ab 6 Uhr Dienst bis 8 Uhr abends, anschließend Nachtwache bis 1 Uhr. Dann Schlafengehen bis ½6 Uhr. Von 6 Uhr früh wieder den ordnungsgemäßen Dienst. Und das alles bei einem

fürstlichen Gehalt von sage und schreibe 65 Mark pro Monat.

Ist da der Giftmord und Selbstmord einer Pflegerin unerklärlich? Auch ist neulich die Nachtwache plötzlich gestorben. Da haben sich die Angehörigen gleich gedäußert: Es wird doch nicht manchmal von der anstrengenden Arbeit sein? Vom Dienstpersonal wurde angeregt, eine Todesanzeige in die Zeitung setzen zu lassen, was doch noch jeder wert ist, der seine Kraft dem Kreis opfert. Da wurde vom Kreisdirektor Worch geantwortet, das wäre keine Reklame fürs Kreiskrankenhaus. Wollen mal sehen, wenn Herr Kreisdirektor das Zeitliche segnet, wie's da steht. Da steht man wieder: Mohr, Du hast Deine Schuldigkeit getan, Du kannst gehen. Bekanntlich müssen alle Jahre die Schwestern auf Inspektionsstation wechseln und alle drei Monate unterjucht und geröntgt werden. Wie sieht es hier aus? Ununterbrochen fünf Jahre ist eine Schwester auf Inspektion stationiert. Dies alles ist bis jetzt noch nicht an die Oeffentlichkeit gedrungen.

Es wurde auch vom Herren Kreisarzt und Oberinspektor des öfteren angeregt, die Schwester auf Inspektion in Erholung zu schicken. Aber bis heute noch keine Spur. Ja, wenn man jeder soviel Geld auf Kreis- und Stadtsparkasse zu liegen hat, wie der Herr Oberinspektor, dann wird auch eine Erholungsreise nach Schweden gemacht, und sind vier Wochen zu kurz, nehmen wir noch zwei Wochen dazu (genau so wie er).

Es wird nun mal Zeit, daß hier gründliche Abschaffung allen Uebels stattfindet. Diese paar Zeilen mögen einstweilen genügen, um der Oeffentlichkeit einmal zu zeigen, wie es hier hergeht.

Stadtverordnetensitzung in Bretna

Mittwoch, den 19. Februar, 19 Uhr, Stadtverordnetensitzung im Rathaus mit folgender Tagesordnung: 1. Einführung der Stadtverordneten Frau Doboliszch (KPD.). 2. Abnahme der Sparkassenrechnungen für 1927/28. 3. Besetzung der Nachtwächterstelle. 4. Festsetzung einer Gebühr für das Anheften von Plakaten an die Plakatsäulen. 4. Umwandlung einer Feldpolizei-Oberwachtmeisterstelle in eine städtische Oberwachtmeisterstelle. 5. Antrag des Polizeihauptwachtmeisters Winkler auf Erhöhung der Entschädigung für die Rathausreinigung. 6. Bewilligung von Kosten für einen Brunnen in Zennewitz. 7. Anträge auf Wohlfahrtsunterstützung. 8. Kenntnisnahmen.

Roßlau. Achtung, Einwohner von Roßlau! Dienstag, den 18. Februar, 20 Uhr, läuft in der Gemeindeschänke der Film „Geschlecht in Fesseln" (Die Sexualnot der Strafgefangenen). Dieser Film wurde hergestellt von Franz Höllering auf Grund persönlicher Erfahrungen von Karl Plättner, dem Verfasser des ausführlichen Buches „Eros im Zuchthaus", für das er das Material in achtjähriger Haft gesammelt hat. Karten im Vorverkauf bei H. Raabe, Karl-Marx-Straße, zum Preise von 60 Pf., an der Abendkasse 75 Pf. Erwerbslose 40 Pf. Erscheint in Massen und holt Euch Aufklärung!

Korruption in der Eislebener „Volkshaus"-Genossen

Wie überall, so jagt auch in Eisleben innerhalb der SPD. ein Skandal den anderen. Haben wir schon den Clauß-Skandal usw. hinter uns, so kam gleich hinterher der große Arbeitsamtskandal mit Strauß, Winkler und Konsorten. Aber die Reihe der Skandale soll noch kein Ende haben. Schon hören wir von einem neuen, von einem Arbeiterunternehmen, nämlich das „Volkshaus". Die „Volkshaus"-Genossenschaft, welche im Jahre 1919 von der revolutionären Arbeiterschaft und den Gewerkschaften gegründet wurde, ist durch alle möglichen Machinationen, wir können hier ruhig das Wort Schiebung gebrauchen, in die Hände einiger prominenter SPD.-Funktionäre gespielt worden. Man hat während der Inflation stillschweigend, ohne der Arbeiterschaft etwas zu sagen und ohne die Arbeiterschaft zu befragen, einige Genossenschaftsmitglieder geschaffen. Bloßfeld, der damalige Kassierer hat so ungefähr ein Dutzend SPD.-Funktionäre, natürlich nur solche, die er haben wollte, durch Einzahlung eines Anteiles von 50 Mark auf die Person, man bedenke, im Anfangsstadium der Inflation, in Abhängigkeit von ihm gebracht und zu Genossenschaftlern gestempelt. Die Gewerkschaftler wurden nicht gefragt, obwohl es im Statut heißt, daß die Gewerkschaften gehört werden müssen. Obwohl alle Gewerkschaftsmitglieder ihre sechs Stück „Volkshaus"-Genossenschaftsmarken geklebt haben, wissen die meisten heute noch nichts von dieser oben erwähnten Schiebung. Sie wissen nicht, daß Glanzbreit, Strauß, Böttcher, Wünsch, Pustelny, Christange Hendrich Albert Müller ohne Gewerkschaftsmandat da drinnen hausen! Wenn auch das „Volkshaus" schwere Jahre hinter sich hat, so ist es im letzten Geschäftsjahr doch etwas besser gegangen, so daß mit einem Ueberschuß abgeschnitten wurde, wenn auch klein. Die Vorstandsmitglieder hatten nun nichts Eiligeres zu tun, als

unter sich pro Mann 200 Mark Dividende auszuzahlen.

Ein nettes Geschäft, nicht wahr? Es muß diese Korruption einzelnen Genossenschaftlern doch nicht gefallen haben, denn in einer der Vorstandssitzungen entwickelte sich eine große Debatte mit Krach. Einige waren für Zurückzahlung, andere Elemente wollten nicht. Es ist sogar schon so weit daß ein Mitglied wegen des Nichtzurückzahlens droht, an die Oeffentlichkeit zu gehen! Also solche dunklen Geschäfte treibt man in der Genossenschaft.

Wie wir weiter hören, soll es sehr hanig bei der Aussprache Böttcher-Bloßfeld in Sachen Strauß zugegangen sein. Die beiden Genannten sollen Strauß große Summen wegen seiner Unterschlagungen vorgestreckt haben. Man munkelt von der Absägung Böttchers und Bloßfelds.

Den Gewerkschaftsmitgliedern aber rufen wir zu: Stellt sofort in Euren Versammlungen Anträge auf Berichterstattung von den Genossenschaftssitzungen! Fordert Auskunft, wer Euch was die anderen SPD.-Leute darin zu suchen haben! Wer sind die Verantwortlichen? Fordert Entfernung derjenigen, die die Mittel der Genossenschaft persönlich verbrauchen!

Bitterfeld-Witten

Bau eines neuen Postamtes in Gr

Nach langwierigen Verhandlungen soll nun endlich eines neuen Postgebäudes begonnen werden. Die sogenannte Aussicht in der Bahnhofstraße neben der vorgesehen. Die Arbeiten wurden einer Witten übertragen. Gleichzeitig erfolgt dann auch der Ein herbeigesehnten Fernsprech-Selbstanschlußbetriebes. sollen dermaßen beschleunigt werden, daß der Neub Oktober in Betrieb genommen werden kann.

Achtung, Witwen!

Alle diejenigen Witwen, deren Männer vor 1912 und die von der Landesversicherungsanstalt abgef sind, haben jetzt das Anrecht, neue Invalidenmarken zu stellen. Auskunft in allen Rentensachen erteilt der nale Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit.

Halle a. S.: Neumarktstraße 9. Hof, part. **Bretna:** Hermann Ba dorf. **Brauldorf:** Walter Scheibe, Schulstraße 13. **Delitzsch:** straße 5. **Eilenburg:** Paul Stöckel, Schützenstraße 9. **Gräfenhain** Straße 18. **Meiseburg:** Mühlbach, Saalstraße 3. **Neumarkt:** Bu Mindmühlenstraße 5. **Oranienbaum:** Otto Klehm, Siedlung 18. **Pe** Hohbach, Hauptstraße 32. **Teuchern:** Hermann Ehrlicher, Blumenstr. **Guido Peipelmann,** Schulstraße 12. **Weißenfels:** A. Schmerl, Unt St. Michaelis: Adolf John, Zeitzer Straße 12. **Zeitz:** August Hahn, Franzisk **Friedrich Richter,** Bernsteinstraße 12. **Ammendorf:** Willi Reh **Kanfun:** Willi Roigk, Fischerdorf: Wilhelm Bartel. **Wolfen:** Sebelhen, Schraplau: Walter Toole, Wackerstraße 10. **Wittenberge:** Reinsdorfer Weg 47. **Zeitz:** Paul Weichert, Poetzer Straße 9. **Rudolf Franz,** Konsum. **Eisleben,** Thomas Mercinstr. 9. **Ge Braunsdorf:** Karl Anhennant. **Löbejün:** Kurt Schmidt, Schäfer **Aug. Morgenstern,** Chausseestraße 24. **Wohlitz:** Rich Langer, Gö **Franz Geweling,** Ludwigstraße 15. **Kretschau:** Kurt Seibel, **Walter Schwenkite,** Künnern: **Fritz Peiser,** Obere Dorfstraße **Giesten:** R. Augustin, Kriesleben: **R. Korsch,** Merseburderstraße **Merseburg:** Heidbeider Straße. **Hettstedt:** Anton Kuhlmann, **Mansfeld:** Fr. Krengang, Trebnitz: **Hermann Kürbig,** Klo **Roleng,** Freyburg: **William Müller,** Schweigenderstraße 22. **Wi Trinks,** Bernburg: **Friedrich Köhler,** Peißen: **Hebel,** Roßlau.

Unverschämtheit eines Oberpostra

Die Tochter eines Zörbiger Arbeiters war ungefähr in Stellung bei dem Oberpostrat Dr. Wagner in Halle. mer bekam das Mädchen von der „Gnädigen" ein schenkt. Natürlich kein neues, sondern das, was der gnä nicht mehr „modern" genug war. Immerhin, für war es eine Freude. Sie ließ es sich umändern und hat nachten nach Hause zum Besuch der Eltern. Während laubs erkrankte das Mädchen, so daß es ihren Dienst richten konnte. Der Herr Oberpostrat hatte nichts tun, als das Mädchen zu entlassen. Der gute Mann chens strammer Stahlhelmer, erdreistete sich sogar, in heit" seiner Gemahlin, dem Mädchen das Kokain wegzunehmen. Wahrscheinlich ist es schon wieder für das mädchen bestimmt. Dieser Herr scheint ein großer Kok fresser zu sein. Einmal machte er dem Mädchen die Vorwürfe, nur weil sie Augenzeuge war bei der Unter scher Provokationen durch die Arbeiter. Dieses berüchtigte muß auf allen Gebieten bekämpft werden. Dazu ist daß sich die Arbeiterschaft fest zusammenschließt und aufnimmt unter Führung der KPD. Lest den „Klar

Delitzsch-Torgau

Reiden (Kr. Torgau). Zwei Kinder ertranken Weinske ertranken nachmittags gegen 5 Uhr der dreijährige Schmidt, Sohn des Ofensetzers Schmidt, und der fünfjährige Kunze, Sohn des Arbeiter Paul Kunze, aus Reiden. Einige des Dorfes vergnügten sich auf dem Eise des Lüsgau beiden an einer sogenannten warmen Stelle einbrachen dem Dorfe zu Hilfe gerufen. Vater des Schmidt sprang ins hen nur als Leiche aus dem Einbruchsloch herausziehen bei den vergeblichen Wiederbelebungsversuchen erzählt Herzschlag seinem jungen Leben ein Ende gesetzt. forschungen nach dem kleinen Kunze, die bis spät in die Nacht dauerten, förderten die Leiche des Knaben erst am Morgen 10 Uhr zu Tage. — Kinder der Ausbeutergesellschaft dieser Gefahr verschont, weil sich deren Eltern genügend personal leisten können.

Elsterwerda. Aus der Knochenmühle des trukes Grödity bei Riesa. Das sozialdemokratische triebsratsmitglied Schwarcz „Koll" sich, wie uns zu Ohren nen ist, Unregelmäßigkeiten im Betriebe haben zuschulden lassen. Wir werden uns weiter mit dieser Angelegenheit tigen und über den Ausgang berichten.

Forderungen für die Erwerbslo in Eisleben bewilligt

Mentzel von der Mansfeld A.-G. macht Entrüstungsrede SPD.-Clauß

Die Stadtverordnetensitzung vom Freitag als Fortsetzung Dienstag, dem 11. Februar, abgehaltenen Sitzung begann nachts und konnte noch kein Ende finden. Auf Antrag Hammer wurde Punkt 11 der Tagesordnung, die **Erlaßanträge** der Dringlichkeit halber als 1. Punkt behandelt. **Forderung der KPD.,** Gewährung einer Weihnachtsbeihilfe gesteuerte, zu Ostern für jedes einquartierte Kind 10 Mark für jedes zu entlassende Kind 50 Mark zu gewähren, wurde einstimmig angenommen.

Die Abschaffung der Pflichtarbeit wurde durch die Bürgerlichen und die Arbeitsgemeinschaft der Mitte abgelehnt.

Beim Punkt 15 der Tagesordnung, Aufhebung des Beschlusses für den, SPD.-Oberbürgermeister Clauß und Stadtverordneter Mentzel durch seine erneuten Gesuche **das enge Zusammenarbeiten von Clauß mit der Mansfeld**

Den Abhaubeschluß aufzuheben wurde mit 10 gegen 8 Stimmen abgelehnt, nachdem unser Genosse Hammer der sozialdemokratische Bürgermeister stets gegen den Beschluß entscheiden wird, wenn er der MAG. und seinem kapitalistischen Minister helfen kann. Also die Futtertrippe ist ihre Quittung.

Heute, Montag, 20 Uhr öffentliche Versammlung zur Erstattung von der Tagung.

Erdeborn. Gegen den Landwirt Karl Fr. aus Erdeborn wird beim Landgericht in Halle Untersuchung wegen Totschlags geführt. Er wird beschuldigt, Nacht zum 27. Januar 1930 den Fleischermeister Lu. erschossen zu haben, die Tötung aber nicht mit Ueberlegung geführt zu haben. Friedmann will in Notwehr gehandelt haben. Er habe sich in der Dunkelheit von einer Person verfolgt gefühlt, in der er seinen Freund Eube nicht erkannt habe. Aus der Abwehr des vermeintlichen Angriffs habe er gefeuert.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300217-12/fragment/page=0010

Betriebsrätewahlen 1930

sind Kampfwahlen, verbreitet die rote Klassenfront, nützt die Wahlvorbereitungen zur Werbung neuer Parteimitglieder

Stärkt die kommunistischen Betriebszellen, stärkt den revolutionären Aktionsradius in den Betrieben

10 – 10. Jahrgang | Klassenkampf | Montag, 17. Februar 1930

Leuna, wählt rote Betriebsräte!

Leuna-Arbeiter, Klassengenossen!

Der Entlassung des früheren Arbeiterratsvorsitzenden, Genossen Franz Lehmann, und des Betriebsratsmitgliedes Genossen Sander kommt eine neue Schandtat der Leuna-Könige und der sozialfaschistischen Knechte. Der Euch allen bekannte frühere und jetzige Arbeiterratsvorsitzende Genosse Heinrich Walter wurde jetzt ebenfalls gemaßregelt.

Er wurde bekanntlich mit Hilfe der Sozialfaschisten Walter Tennstedt, Fischer und Konsorten vom Landesarbeitsgericht Halle des Amtes entheben. Jetzt hat man ihn unter Angabe des vorgeschobenen Grundes „Arbeitsmangel" entlassen!!

Es wurden Ihr in ganz kurzer Zeit drei Eurer führenden Funktionäre geraubt.

Was bezweckten die Leuna-Könige mit diesen Maßregelungen?

Sie antworteten unmittelbar nach der vorjährigen Betriebsratswahl und Betriebsbestimmung setzte im Leuna-Werk die verschärfte kapitalistische Rationalisierung ein. Es wurden nicht nur 5000 Leuna-Arbeiter rücksichtslos auf das Straßenpflaster geworfen, sondern im Zuge von den J.-G.-Gewaltigen eingeführten Sparmaßnahmen wurde das Arbeitstempo in der Leuna-Hölle durch Akkord- und Prämienabzüge ganz bedeutend erhöht. Der ausgezahlte Lohn wurde dagegen immer weniger. **Trotz der Entlassungen wurde die Produktion um ein ganz Beträchtliches erhöht!** So z. B. nach eigenen Angaben der Werksleitung die Produktion um 150 Prozent (!), die Methanolfabrikation um 8 Prozent (!) und auch die Stickstoffproduktion durch Einsatz eines neuen Kalkstickstoffölungers um ein Beträchtliches.

Die oppositionellen Betriebsratskollegen unter Führung obengenannter Genossen führten einen energischen Kampf gegen die faschistische Rationalisierung. Sie forderten die Einführung des Siebenstundentages bei vollem Lohnausgleich.

Die Faschisten, Werksvereinler und alle bürgerlichen Angestellten des Betriebsrates bezeichneten diese Forderungen als „Agitationsforderungen" und stimmten dagegen!

Auch bei Einsprüchen gegen Entlassungen, die von der Werksleitung willkürlich vorgenommen wurden (man scheute nicht davor zurück, Familienväter mit zehn und zwölf Kindern und Kollegen, die in Werk ihre Gesundheit ruiniert und ihre Knochen haben lassen, zu entlassen), wandten sich die oppositionellen Kollegen mit aller Schärfe **gegen diese Maßnahmen, während in den meisten Fällen die Sozialfaschisten und Werksvertreter gegen die Anerkennung der Einsprüche wandten!**

Das Vertrauen der Leuna-Belegschaft zu den oppositionellen Kollegen wuchs von Tag zu Tag. Werksleitung und Sozialfaschisten erkannten das natürlich und sie setzten deshalb mit ihrem Terror gegen die oppositionelle Führung ein.

Die Rationalisierung ist nun noch keineswegs beendet. Die Verelendung des Proletariats wird getreu dem industriellen Programm der Leuna-Aktionären verschärft fortgesetzt. Die Ziele des Young-Planes sollen restlos auf die Arbeiterschaft abgewälzt werden, die immer mehr erkennt, daß nur durch den revolutionären Klassenkampf die Generaloffensive der Trustmagnaten gebrochen werden kann.

Die Radikalisierungsprozeß der Arbeiterklasse macht sich auch unter der Leuna-Arbeiterschaft bemerkbar.

Die vielen revolutionären Kundgebungen in der Arbeiterspeisehalle, in der der Genosse Sander zweimal zu einem großen Teil Leuna-Arbeiter sprach, ist der beste Beweis dafür. Die Leuna-Arbeiter erkennen, daß die reformistischen Gewerkschaftsbonzen den Kampfe nicht führen können, weil sie als ein Teil des kapitalistischen Staates mit der Trustbourgeoisie voll und ganz verbunden sind.

Die diesjährigen Betriebsratswahlen stehen im Zeichen des verschärften Klassenkampfes, des Kampfes, sowohl gegen die Hungerpolitik des Trustkapitals, wie auch gegen die Lakaien des Finanzkapitals, die Sozialdemokraten und die reformistischen Gewerkschaftsbonzen. Die Betriebsrätewahlen sind deshalb viel wichtiger als die Parlamentswahlen.

Die breiteste Mobilisierung der Belegschaft und unter Verzicht derselben auf ein Kampfprogramm müssen die Betriebsrätewahlen auch in Leuna durchgeführt werden.

Es spielt die Auswahl der Funktionäre eine ganz besondere Rolle. Werksleitung und Sozialfaschisten glauben, daß durch Maßregelungen führender Genossen der Opposition eine empfindliche Niederlage beibringen zu können. **An Euch, Leuna-Arbeiter liegt es, diesen Plan zunichte zu machen!**

Werkt in den Betrieben und Abteilungen für Stellung zu den Maßregelungen, fordert die Rückgängigmachung der Maßregelungen!

Maßnahmen der Leuna-Könige sind keine Einzelerscheinung. In Ludwigshafen, Höchst am Main, in der Opel-Werken wurden ebenfalls Betriebsräte gemaßregelt. In den Opel-Werken hat sich die gesamte Belegschaft gegen diese Maßregelung, geschlossen treten in den Streik!

Gummiknüppelnde Polizeipräsidenten schicken ihre Knüppelgarden an das Werk, um die Arbeitsaufnahme zu erzwingen. Auch diese Maßnahme zeigt erneut das enge Bündnis der Trustbourgeoisie und den Sozialfaschisten.

Leuna-Arbeiter, will man genau so behandeln wie die Opelarbeiter!

Gibt Euch das gefallen lassen?

Das darf nicht sein!

Euch, Euren Familien und den Millionen Erwerbslosen seid Ihr es schuldig, den Kampf zu führen gegen die Hungeroffensive, gegen die weitere Verelendung des Proletariats, für Verkürzung der Arbeitszeit auf sieben Stunden bei Lohnausgleich, für eine allgemeine Erhöhung des Lohnes um 20 Pfennig pro Stunde.

Protestiert gegen die Maßregelung Eurer roten Betriebsräte, denn diese werden beseitigt, nur um Euch leichter und ungestörter ausbeuten zu können.

Erscheint alle in der am Mittwoch gleich nach Arbeitsschluß in Merseburg („Funkenburg") stattfindenden

öffentlichen Leuna-Arbeiter-Protestversammlung.

Die gemaßregelten Genossen Sander und Schmitt werden dort zu Euch sprechen. Gleichzeitig werden dort die neuen Kandidaten zur Betriebsratswahl aufgestellt.

Nur revolutionäre Betriebsräte kommen in Frage.

Betriebsratswahl bedeutet Abrechnung mit den Verrätern und Arbeiterfeinden.

Betriebsratswahl bedeutet Mobilisierung der Massen zum Kampf für 40-Stunden-Woche mit Lohnausgleich und einer allgemeinen Lohnerhöhung von 20 Pf.,

für Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß,

gegen Young-Plan-Politik und Massenelend, für den Schutz der Sowjetunion!

Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition des Leuna-Werks!

Jeden Betrieb einen roten Wahlausschuß

Wachsender Unternehmerterror im Geiseltal

Die Braunkohlenkönige steigern ihre Offensive!

Neue Brutalitäten auf „Michel-Vesta" — Gewerkschaftsbonzen formulieren schändliche Beruhigungspillen

A.-K. Die Grubenbarone treiben ihre Offensive bis auf die Spitze. Sie pochen besonders auf Michel-Vesta, auf die Notwendigkeit weiterer Feierschichten. Sie gehen mit aller Gewalt gegen klassenbewußte Arbeiter vor. Der Barackenverwalter Fertel hat Anweisung bekommen, Haussuchungen bei den Barackenbewohnern vorzunehmen. Der Mann durchsucht bei den Arbeitern alle Kisten und Kasten. Er beschlagnahmt alles, an dem er Gefallen findet: Bücher, Broschüren, die Mappe, die einige Kollegen vom Bezirkskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition mitgebracht hatten, Zeitungen und Flugschriften usw. Vergeblich haben die Kumpels gegen diese unerhörten Uebergriffe protestiert. Es nützt alles nichts. Höhnisch hat man ihnen erklärt, die Direktion hat den Auftrag erteilt, die Baracken nach Waffen durchsuchen zu lassen! Die Erregung der Arbeiter ist aufs höchste gestiegen.

Mehrere Barackenbewohner, die revolutionäre Flugschriften in ihren Schränken hatten, wurden entlassen.

Der ganze Skandal erfährt erst seine Krönung, wenn man vernimmt, daß die Gewerkschaftsbonzen Wolfram und Geks die Unternehmeroffensive noch begünstigen, indem sie den geringsten Widerstand vermissen lassen. In einer Verhandlung mit der Direktion wurde von den sogenannten Arbeitervertretern verlangt, daß ein Aushang herauskommen soll über die Feierschichten, d. h. eine Beruhigungspille, daß keine Entlassungen mehr vorkommen und daß die Feierschichten eingeschränkt werden. Die Schlotbarone haben den Bonzen etwas gebuhlet. Sie haben klipp und klar erklärt, daß sie nichts der Belegschaft bekanntgeben. Darauf haben sich die Bonzen selbst zu dieser „Informationsarbeit" angeboten. Ein Aufruf an die Belegschaft wurde ausgeheckt, den die sozialfaschistischen Arbeiterräte unterzeichneten. Das Ding zeigt am besten, was die Unternehmerknechte wert sind. Der Ulas lautet:

An die Belegschaft Michel-Vesta!

In der gestrigen Sitzung des Arbeiterrates mit der Werksverwaltung wurde klargestellt, daß mit dem Aushang vom 5. 2. 30 nicht der Belegschaft gekündigt wurde, sondern die Werksverwaltung hat mit dem Aushang gemeint, daß die Belegschaftsmitglieder, die mit den ähnlot notwendigen Feierschichten nicht einverstanden sind, ihr Arbeitsverhältnis lösen können.

Die Werksverwaltung versprach weiter, allen Leuten nach Möglichkeit ihren Urlaub während der Feierschichten zu geben. Auch soll wohlwollend geprüft werden, inwieweit der Urlaub für das nächste Jahr schon jetzt gewährt werden könne.

Mit Gück auf!

Die Arbeiterräte.

Der Aufruf konnte von gelben und offenen Faschisten nicht anders abgefaßt werden. Das Schreiben spricht für sich. Man kann daraus ganz gut verstehen, daß die Schlotbarone den letzten Trumpf ausspielen. Sie lassen sogar noch Sonntags arbeiten und Ueberstunden schieben. **Dabei sind 168 Kumpels entlassen** (60 von der Grube, 18 vom Abraum und 28 von der Fabrik), meist revolutionäre Arbeiter. Wie verlautet, plant die Michel-Direktion dasselbe wie die Werksleitung von „Pfännerhall" in Braunsdorf, die den 8½-Stunden-Tag proklamierte!

Wer unterschriftlich bestätigt daß er 8½ Stunden und länger am Tage arbeiten will, braucht keine Feierschichten mehr zu verfahren!

Auf diese Art versuchen die Grubengewaltigen den Belegschaften neue und viel schlechtere Arbeitsbedingungen aufzuzwingen. **Die Bergarbeiter müssen sich jetzt zur Wehr setzen! Hier hilft nur der allerschärfste Kampf gegen die Trustmagnaten und Sozialfaschisten. Der Kampf muß um den Siebenstundentag und um Lohnerhöhung geführt werden. Es gilt, die Beschlüsse des Bezirkskongresses der revolutionären Gewerkschaftsopposition durchzusetzen und vor allen Dingen müssen die sozialfaschistischen Betriebsräte verschwinden! Bergarbeiter! Handelt, kämpft gegen das Ausbeuterpack, kämpft gegen weitere Verelendung!**

Ausschneiden! **Aufbewahren!**

Bereitet rote Betriebsrätewahlen vor!

Wer ist wahlberechtigt und wer ist wählbar? — Wie muß die Vorschlagsliste, wie müssen die Zustimmungserklärungen aussehen?

„Die Betriebsräte müssen das Zentrum sein im Kampf für die Tagesforderungen der breiten Massen in den Fabriken und Betrieben, indem sie sowohl die organisierten, als auch die nichtorganisierten Arbeiter im Betrieb in den revolutionären Klassenkampf hineinziehen."
4. RGJ.-Kongreß.

Wahlberechtigung und Wählbarkeit werden durch § 20 BRG. festgelegt:

„1. **Wahlberechtigt sind alle mindestens 18 Jahre alten männlichen und weiblichen Arbeiter-Innen, die sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden.**
2. **Wählbar sind die mindestens 24 Jahre alten reichsangehörigen Wahlberechtigten, die nicht mehr in Berufsausbildung sind und am Wahltag mindestens sechs Monate dem Betrieb oder dem Unternehmen, sowie mindestens drei Jahre dem Gewerbezweig oder dem Berufszweig angehören, in dem sie tätig sind.**
3. **Kein Arbeitnehmer ist in mehr als einem Betriebe wählbar."**

Wählen dürfen nach dieser Fassung also alle mindestens achtzehnjährigen im Betrieb stehenden Arbeiter, als Kandidaten aufgestellt und gewählt dürfen jedoch nur solche über 24 Jahre alten Arbeiter werden, die Reichsangehörigkeit besitzen.

§ 21 legt fest, daß in Betrieben die weniger als sechs Monate bestehen solche Arbeiter gewählt werden können, die seit der Begründung im Betrieb beschäftigt sind und den sonstigen Bedingungen genügen. In sogenannten Saisonbetrieben fällt die Bedingung der sechsmonatigen Betriebsangehörigkeit weg. Auch können, wenn im Betrieb nicht genügend Arbeiter vorhanden sind, die noch nicht sechs Monate dem Betrieb angehören, Ausnahmen gemacht werden. In besonderen Fällen kann auch von der Erfüllung der Bedingung der dreijährigen Gewerbe- oder Berufszugehörigkeit abgesehen werden. Bei Schwerbeschädigten die infolge ihrer Verletzung einen neuen Beruf ergreifen müssten, ist von dem Erfordernis der dreijährigen Gewerbe- und Berufszugehörigkeit abzusehen

Wieviel Namen soll die Vorschlagsliste enthalten?

Nach § 5 der Wahlordnung soll jede Vorschlagsliste wenigstens doppelt so viel wählbare Bewerber nennen, wie von den in Betracht kommenden Arbeitergruppe, Betriebsratsmitglieder und Ergänzungsmitglieder zu wählen sind. Davon kann jedoch abgewichen werden. Es gibt keine zwingenden Vorschriften darüber, welche Zahl Bewerber eine Vorschlagsliste aufweisen muß. Denkbar ist auch eine Liste mit einem einzigen Vorschlag.

Im § 5 heißt es weiter: „.... die einzelnen Bewerber sind unter fortlaufender Nummer oder in sonst erkennbarer Reihenfolge aufzuführen und nach Familien- und Vor(Auf)namen, Beruf und Wohnort zu bezeichnen. Ihre schriftliche Zustimmung zur Aufnahme in die Liste ist beizufügen."

Im § 5 heißt es weiter: „2. Die Vorschlagslisten müssen von mindestens drei Wahlberechtigten unterschrieben sein. Ist nicht einer der Unterzeichner ausdrücklich als Vertreter der Vorschlagsliste bezeichnet, so kann jeder Unterzeichner als Listenvertreter angesehen werden. Der Listenvertreter ist berechtigt und verpflichtet, dem Vorsitzenden des Wahlvorstandes die zur Beseitigung von Anständen erforderlichen Erklärungen abzugeben." Eine Person kann nicht gleichzeitig mehr als eine Vorschlagsliste unterzeichnen. Vorschlagslisten ohne Unterschriften sind ungültig. Jeder Kandidat muß eine Zustimmungserklärung zur Liste beifügen, aus der ersichtlich ist daß er mit der Aufstellung der Liste einverstanden ist.

Muster für eine Vorschlagsliste

Vorschlagsliste

Revolutionäre Gewerkschaftsopposition

Als Betriebsratsmitglieder und Ergänzungsmitglieder für den Betrieb ..... seitens der Arbeiter, Angestellten (Nichtzutreffendes durchstreichen) werden vorgeschlagen:

Lfd. Nr. Familien- u. Rufname Beruf Wohnort Straße u. Nr.
1. .....
2. .....

Unterschriften:
1. ..... Listenvertreter
2. .....
3. .....

Muster einer Zustimmungserklärung

Name ..... Beruf .....
Betrieb .....
Wohnort ..... Straße, Hausnummer .....

erklärt hiermit seine Zustimmung zur Aufstellung als Betriebsratskandidat auf der Liste „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition".

.....
Unterschrift.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300217-12/fragment/page=0011

Arbeiter-Sport

Nr. 40 — Montag, 17. Februar 1930

Mit der Polizei gegen die Opposition

Bundesvereine und Ausgeschlossene tagen gemeinsam

Katastrophaler Rückgang des 6. Bezirks im ATSB. — Unaufhaltsamer Vormarsch der Opposition

Gestern tagte im „Volkspark" der Bezirkstag der ausgeschlossenen Vereine des 6. Bezirks im ATSB. Zu gleicher Zeit hielt die Spalterclique um Rasch, Hartleb und Co. ihren „Bezirkstag" ab. Ihre Pleite voraussehend, hatten sie eine große Anzahl Gäste (Mitglieder des Regatta-Klubs, der Reichsbanner-Sportabteilung und der SPD.) geladen. Viele Delegierte, noch im Bund befindlicher Vereine, wurden von dem am Saaleingang befindlichen Rollkommando wegen ihrer oppositionellen Einstellung überhaupt nicht zugelassen. Alle Sicherheitsmaßnahmen der sozialfaschistischen Spalter konnten aber nicht verhindern, daß von einer Gruppe oppositioneller Delegierter vor Eintritt in die Tagesordnung

ein Antrag gestellt wurde, gemeinsam mit den Ausgeschlossenen zu tagen. Zu gleicher Zeit erschien eine starke Delegation der Ausgeschlossenen in dem Saale, um die Delegierten der Bundesvereine aufzufordern, mit ihnen gemeinsam den Kampf gegen die Spaltung und für die revolutionäre Einheit der Arbeiter-Sport-Bewegung zu führen.

Trotz andauernden Klingelns des Renegaten Rasch erzwang sich Genosse Franke das Wort zu einer kurzen Ansprache an die Delegierten, die sich noch ein proletarisches Klassenbewußtsein gewahrt hatten. Nach der Ansprache von Franke verlangten die Delegierten die Abstimmung über den Antrag, gemeinsam die den Ausgeschlossenen zu tagen. Der Renegat Rasch und der Sozialfaschist Kreuzburg vom Bundesvorstand erklärten nun, daß über den Antrag unter keinen Umständen abgestimmt würde. Diese Erklärungen wurden mit großen Protestrufen entgegengenommen, die noch stärker wurden, als Kreuzburg eine Hetzrede gegen die Opposition vom Stapel ließ.

Diese sozialfaschistische Hetzrede hatte den Renegaten Rasch so angefeuert, daß er versuchte, gegen den Genossen Franke handgreiflich zu werden.

Als ihm dies nicht gelang, ließ Rasch, auf sein Hausrecht pochend, die Polizei holen und durch sie die oppositionellen Sportler aus dem Saale bringen. Dasselbe geschah mit dem Berichterstatter des „Klassenkampf", gegen den Rasch ebenfalls handgreiflich vorging.

Unter starkem Protest verließ ein großer Teil Delegierter der Bundesvereine zusammen mit der von der Polizei herausgebrachten Opposition den Saal, um mit der Opposition gemeinsam zu tagen.

Sportgenosse Franke eröffnete den Bezirkstag der Opposition. Nachdem alle Formalitäten erledigt waren, gab Franke den Vorstandsbericht. Er geißelte die verbrecherische Tätigkeit der Spalter daraufhin und stellte fest, daß seit dem 28. August 1928, als acht Vereine ausgeschlossen wurden, die Bundes-Fußballsparte im 6. Bezirk praktisch spielt tot ist.

Die Turner und Handballer, sowie die Wassersparte, gehen in immer stärkerem Ausmaße zur Opposition über. Nicht nur im ATSB. ist die Spaltung akut, auch bei den Athleten, Radfahrern, Schützen usw. rast die sozialfaschistische Ausschlußmaschine.

Wir haben auf Grund der Solidaritätsspiele mit Bitterfeld, Berlin, Leipzig, Erfurt und im Bezirk viel Arbeit zu leisten. Dann geht Franke auf die Gründung der Reichsinteressen-Gemeinschaft und Versicherung ein, um dann das technische Programm vom Jahre 1930 zu behandeln. Beschlossen wurde, die Bezeichnung Interessen-Gemeinschaft 2. Kreis 6. Bezirk zu liquidieren und sich künftighin Opposition zu nennen.

Dann gaben die einzelnen Vorstandsmitglieder ihre Berichte und eine kurze sachliche Diskussion schloß sich an. Sportgenosse Schliebs kritisierte die wenig aktive Arbeit zur Aufnahme von Beziehungen mit den noch im Bund befindlichen Vereinen. Klärt Eure Sportgenossen im Kampf gegen die Bundesbürokratie auf und arbeitet fleißig für die revolutionäre Einheit in der Gruppe im Bezirk und Kreis.

Anschließend fanden die Wahlen statt, die sämtlich einstimmig durchgeführt wurden.

1. Vorsitzender: Franz Franke, Halle, Albrechtstraße 24.
2. Vorsitzender: Otto Kahl, Lettin.
1. Kassierer: Willi Hingst, Diemitz. 2.: Franz Keck, Trotha.
1. Schriftführer u. Berichterstatter: Arno Pezold, Halle, Spitze 10.
2. Schriftführer für Kartothek: Gustav Weiß, Halle.
3. Schriftführer für Versicherung: Walter König, Halle.

Der Bezirksrat: Fußball: O. Schönfeld, Schweitzerstr. 11; Handball: Kurt Glaser, Seeben; Turner: Teuscher, Ennewitz b. Glesien; Schwimmer: Georg Prietzsch, Wölberg 45. Die Leiter für Leichtathletik und Jugend werden auf den spartentagungen gewählt. Revisoren: Uebe, Thiele und Harzdorf.

Beschlossen wurde, daß für Fuß- und Handballer ein Jahresbeitrag von 1 Mark, für Turner und Schwimmer 60 Pfg. an den Bezirk gezahlt werden. Dieser leitet im Jahr 20 Pfennig an die Reichsleitung ab.

Am Montag, dem 3. März, erscheint im Gebiet der Provinz Sachsen und den Freistaat Anhalt der

„Mitteldeutsche Arbeitersport"

Sportgenosse Pezold verwies auf die Rundschreiben zu der neuen Zeitung und den Serienspielen 1930. Die Eingaben zu den Spielen müssen bis 19. Februar und für die Zeitung bis 28. Februar eingereicht sein.

Mit einem Appell zur Mitarbeit nahm die arbeitsreiche Tagung ihr Ende.

Erklärung der Fußballabteilung 93-Weißenfels

Der am 6. Februar im Zeitzer „Volksbote" veröffentlichte Artikel der Freien Turner Zeitz ist aus der Luft gegriffenen Tatsachen. Wir sind bei jedem Spiele von Z. mit den unflätigsten Worten beschimpft worden. Ebenso verhält es sich mit dem Ausschluß 93 1. — Freier Turner Zeitz 1. am 8. 2. gegen Bezirksvereine, brecht mit dieser Schwindelgesellschaft und kommt zu Eure Solidarität weiter mit 93 und ATV. Weißenfels durch Nichtabschlüsse.

Arbeiter-Sport- und Kultur-Kartell Zeitz

Am Dienstag, dem 18. Februar, 20 Uhr, findet im „Kaiserhof" die Kartell-Generalversammlung statt. Die Tagesordnung lautet:

1. Anwesenheitsliste. 2. Protokoll. 3. Bericht. 4. [illegible] 5. Kartellangelegenheiten, Zeitungsfragen, Arbeitsplan, Veranstaltungen. 6. Verschiedenes.

Anträge sind bis zum 16. Februar an Genossen Wobbel, Zeitz, Kastanienweg 19, einzureichen.

Kurt Wobbel, Kartellleiter.

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer in der oppositionellen Front

Niederlage der sozialfaschistischen Spalter

Sozialfaschist Bandermann & Co. auf der Bezirksversammlung des 12. Bezirks geschlagen

Ein voller Sieg für die Opposition im Arbeitersport wurde auf der am 16. Februar in Beuchlitz stattgefundenen Bezirksversammlung des 12. Bezirks des Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerbundes errungen. Gleich nach Eröffnung der Versammlung durch den Genossen Landgraf verlangte der Sozialfaschist Bandermann — angeblich im Auftrage des Bundesvorstandes — den Ausschluß der Genossen Landgraf, Lorenz und Elschner von der Bezirksversammlung, weil die beiden ersten einen Aufruf zur Beschickung der Landeskonferenz unterschrieben hätten und der Genosse Elschner auf dieser Landeskonferenz zum Spartenleiter der Motorradfahrer gewählt worden sei.

Das spalterische Treiben des Sozialfaschisten Bandermann wurde mit stürmischen Protestrufen beantwortet,

und nachdem die drei angegriffenen Genossen den Delegierten den Sachverhalt auseinandergelegt und den Sportlern von der Gauleitung heimgeleuchtet hatten, wurde die Tagung unter Leitung des Genossen Landgraf fortgeführt. Vordem verwies Genosse Heil in trefflichen Worten noch auf die Hintergründe der Spaltungsarbeit, die von Bandermann auch in hiesigen Gau gelesiet wird.

Die daraufhin von Bandermann an die Versammlung gerichtete Aufforderung, alle „Bundestreuen" sollten mit ihm den Raum verlassen, folgen ganze sieben „Getreue". Ihre Namen, die wir vor aller Oeffentlichkeit anprangern, sind: Gall, Jentsch, Kohlemann, Knothe, Brandt nebst Frau und Bauermeister. Der auf der Tagung ebenfalls anwesende Motorradfahrer Götter glaubte, seine Zugehörigkeit zu den Renegaten im Allgemeinen Konsumverein damit unterstreichen zu müssen, daß er sich bei der Abstimmung über die von Bandermann erhobene Rauschmisstordertung der Stimme enthielt und nach ganz kurzer Zeit den „Bundestreuen" ins Gastzimmer folgte.

Die Bezirksversammlung wurde von den mehr als 60 oppositionellen Delegierten fortgeführt.

Im Bericht der Bezirksleitung trat die besonders für die Jugend und für die Entwicklung der Motorradsporte geleistete Arbeit in Erscheinung. Vom Sportleiter, Genossen Götze, wurde besserer Besuch der Sportleiterkurse gefordert, von denen der nächste am 2. März stattfindet. Nach gründlicher Berichterstattung über die Lage im Bunde und im Arbeitersport durch die Genossen Landgraf und Lorenz wurden u. a. einige Anträge einstimmig beschlossen, in denen

die Aufrechterhaltung der sportlichen Beziehungen zu allen ausgeschlossenen Genossen und Vereinen

verlangt und in denen gegen die Mokelei der Bundesinstanzen protestiert wird, die den Paragraphen 6, Absatz 4, des Statuts, der auf dem Bundestag gar nicht beschlossen wurde, in das Statut hineingebracht haben. Im dritten Tagesordnungspunkt wurde die Beteiligung an dem vom 25. bis 27. Juli in Dresden [illegible] Bundesfest beschlossen, wozu eifrig gespart werden soll. Einem Antrag an die Gauleitung wird die Streichung [illegible] nehmerbeitrages für Jugendliche gefordert. Nach Bekanntgabe Jahresprogramms und nach Besprechung verschiedener [illegible] heiten wurde die Versammlung mit dem Gelöbnis zur [illegible] jenen Fortführung des Kampfes um die [illegible] lutionäre Einheit geschlossen.

An alle Vereine des 6. Bezirks und des 2. Kreises im ATSB.!

Am Sonntag, dem 16. Februar, tagte in Halle gleichzeitig die Konferenz der noch im Bunde befindlichen und der ausgeschlossenen Vereine des 6. Bezirkes im ATSB. Eine Delegation der ausgeschlossenen Vereine begrüßte die Tagung der Bundesvereine und forderte sie auf zur Solidarität mit den Ausgeschlossenen und **zum gemeinsamen Kampf für die Wiederherstellung der revolutionären Einheit der Arbeitersportbewegung.** Diese von den Delegierten der Bundestagung mit großem Beifall aufgenommene Kundgebung beantworteten die sozialfaschistischen Spalter Kreuzburg, Rasch, Hartleb und Konsorten mit der Ausübung des Hausrechtes und dem Herbeiholen der Polizei. Ein Antrag der oppositionellen Delegierten der Bezirkstagung der Bundesvereine wurde von der sozialfaschistischen Leitung nicht zur Abstimmung gebracht.

Vielmehr forderten die Spalter Kreuzburg, Rasch, Hartleb und Konsorten die Polizei auf, die ausgeschlossenen Sportgenossen mit Gewalt aus dem Tagungslokal zu bringen.

Damit haben sich die Spalter aus neue entlarvt. Die Spaltung der Arbeitersportbewegung soll mit allen Mitteln, auch mit dem der Polizeigewalt, weitergeführt werden. Die Errichtung einer sozialfaschistischen Diktatur mit Unterstützung der bürgerlichen Staatsgewalt, Gericht und Polizei, in der Arbeitersportbewegung — das ist das Ziel der Spalterclique. Nur so kann die sozialfaschistische Sportbürokratie die Verbürgerlichung der Arbeitersportbewegung und die vollkommene Ausmerzung der klassenbewußten Arbeitersportler aus dem ATSB.-Vereinen erreichen.

Dieses verbrecherische Werk wird aber an der einheitlichen Kampffront aller klassenbewußten Arbeitersportler zerschellen.

Der Herausschmiß der Delegierten der ausgeschlossenen Vereine aus der Bezirkstagung der Bundesvereine muß ein Signal sein für die Arbeitersportler, ausgeschlossene und noch im Bund befindliche, jetzt den geschlossenen Kampf für die revolutionäre Einheit der Arbeitersportbewegung zu verschärfen und auf die breiteste Grundlage zu stellen. Aus dieser Erkenntnis heraus **haben eine große Anzahl Delegierter der Bundesvereine unter schärfstem Protest gegen die Diktatur der Spalter und die Polizeigewalt beschlossen, die Bezirkstagung gemeinsam mit den Delegierten der ausgeschlossenen Vereine durchzuführen.**

Ausgeschlossene und Bundesdelegierte gemeinsam rufen Euch auf:

1. **Protestiert aufs schärfste gegen die Willkür und den Polizeiterror, der auf der Bezirkstagung der Bundesvereine durchgeführt wurde! Lehnt die dort gefaßten Beschlüsse restlos ab und stellt Euch geschlossen hinter die in der gemeinsamen Sitzung aller Delegierten der Bundes- und ausgeschlossenen Vereine gewählte Bezirksleitung!**
2. **Lehnt restlos die neuen Bundes- und Vereinsstatuten sowie die vorgelegten Reverse ab! Verteidigt die Selbständigkeit der Vereine und das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder mit allen Mitteln!**
3. **Erkennt keinen Ausschluß von oppositionellen Mitgliedern aus den Vereinen durch die Bundesbürokratie (Vorstand, Kreisrat und andere Instanzen) an! Kämpft gegen die Verbürgerlichung der Arbeitersportbewegung, für ihre Einheit auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes!**
4. **Verstärkt den Spielverkehr zwischen Bundes- und ausgeschlossenen Vereinen! Beteiligt Euch restlos an dem Reichstreffen der roten Sportler zu Pfingsten in Erfurt!**

Nieder mit den sozialfaschistischen Spaltern!

Es lebe die revolutionäre Einheit der Arbeitersportbewegung!

Bezirkstagung des 6. Bezirkes im ATSB. (Opposition).

J. A.: Die Bezirksleitung.

Die Rasenspiele fielen dem Wetter zum [illegible]

Die meisten Spiele fielen gestern dem Wettergotte zum Opfer, nur einige fanden ihre Erledigung. Auch kann man diese zu keinem Urteil [illegible] die Plätze waren zu sehr aufgeweicht.

Löbejün 3. — Dölnitz 3. 4 : 0 (3 : 0)

Zum Solidaritätsspiel traten beide Mannschaften auf verhältnismäßig [illegible] Platz an. Es gelgte ein großes Spiel, so daß der gezeigte Sport [illegible] wurde. Löbejün 1. gewann gegen Wolfmar 1. 3 : 0.

Eisleben 1. verliert gegen Giebichenstein 1. 9 : 2 (7 : 0). Eisleben 2. [illegible] gegen Giebichenstein 2. 4 : 1 (1 : 0).

Pirna 2. Jugend — Diemitz 1. Jugend 0 : 1. Wegen [illegible] abgebrochen.

Sportlust 2. — Teutonia 2. 4 : 1 (2 : 0). Auf schlechtem Platz hat [illegible] Spiel statt. Trotz Meinungen, wurden an die Spieler gebracht [illegible] gut aufgelegt und Regie verdient. Die 1. Mannschaftes [illegible]

2. Kreis, 8. Bezirk, Opposition!

Holzweißig 1. — Pieltzsch 1. 3 : 0 (0 : 0)

Der ehemalige Meister unterlegt einer tüchtigen Hintermannschaft. Eine gute Hintermannschaft schlägt einen guten Gegner. Pieltzsch [illegible] der Halbzeit fest, doch der Turmwind des Siegers hält sich [illegible] Halbzeit schloß mit einem günstigen Resultat beider Mannschaften. [illegible] Windseite bringt einen guten Flankenschuß des Rechtsaußen des Siegers [illegible] und in der 1. Minute schießt Mittelläufer leicht ein, um es bei [illegible] zweite Tor zu schießen. Versuchte Pieltzsch durch Wegerle das [illegible] schaffen, so war es wieder mal die Hintermannschaft, welche [illegible] Scheitern brachte. Ein weiteres Tor für Holzweißig hielt das [illegible] einwandfrei gelangen. Wo bleibt die Klassenjustiz, wenn [illegible] Plätzen, um die neu ausgeschlossenen Kameraden zu unterstützen [illegible] Einheit des Arbeitersportes?

Holzweißig Jugend — Pieltzsch Jugend 1 : 0 (0 : 0).

Holzweißig 1. Schüler — Holzweißig 2. Schüler 5 : 1.

Zöchernborf 1. — Bitterfeld 1.

Leider konnte dieses Solidaritätsspiel wegen Spielunlichtigkeit des Platzes ausgetragen werden. Nur die 2 Mannschaft von Zöchernborf konnte [illegible] den Ausgeschlossenen gegenüber bestreiten, welche in der [illegible] gewannen. Gemessen von Zöchernborf, hoffentlich lassen die anderen Spiele nicht lange auf sich warten.

Greppin 1. — Sandersdorf 1. 4 : 1 (1 : 0)

Hatte man Sandersdorf durch ihre lahme Kampfmannschaft und [illegible] Zeit erzielten Resultate ein kleines Plus gegeben, so machten sich [illegible] eine große Enttäuschung; Greppin lief zu einer Hochform auf und [illegible] welches den Gegner in die Enge trieb. Ein schneller Durchbruch [illegible] brachte in der 20. Minute die Führung. S. setzt jetzt ein [illegible] Gr.'s Tor, doch Gr.'s Vollwerk war nicht zu überwinden. [illegible] reichlich Pech im Torschuß. Nach der Halbzeit ist Greppin [illegible] und kann in kürzesten Abständen drei weitere Tore schießen. [illegible] Schluß kommt Sandersdorf zu einem billigen, aber längst verdienten [illegible] Strafstoß. Man sollte bei solchen Spielen keine Preisfinale [illegible] für den Sieger. Hoffen wir, daß die Greppiner Gemeinschaft [illegible] gekommen ist und ihre Klassengenossen unterstützt, welche [illegible] bürgerlichen und reformistischen Sportvereine Greppins.

Greppin 2. — Sandersdorf 2. 2 : 3 (1 : 2). Greppin 2. — Sandersdorf [illegible] (0 : 1). Greppin Jugend — Sandersdorf Jugend 11 : 0 (5 : 0). [illegible] gegen Mühlbeck Schüler fiel aus.

Mühlbeck 1. — Wolfen 1. 2 : 8 (1 : 4)

Erwartungsgemäß schlug Wolfen den Neuling der ersten Klasse. [illegible] in der ersten hielte unbedingt bestanden, wie in der zweiten [illegible] Tempo der Wolfener ganz Oefen. Trotzdem hielt das Spiel die [illegible] in Spannung.

Mühlbeck 2. — Wolfen 2. fiel aus. Mühlbeck Jugend — [illegible] (0 : 2). Weitere Berichte blieben aus.

Canena 1. — Fichte-Halle 1. (Handball) 0 : 8 (0 : [illegible])

Canena entpuppte sich als ein ebenbürtiger Gegner und machte [illegible] schaften. Vor allem C.'s Hintermannschaft überrascht sich in [illegible] Spielgerten. Ferner hatten alle Prüflinge, welche noch kein Mal [illegible] schnellens noch nachzuholen. Schiedsrichter zwecks Mitsempelns [illegible]

2. Kreis, 8. Bezirk (Opposition). Wasserport, Turn- und [illegible]

Vereinsvorständekonferenz am Sonntag, 22. Februar. [illegible] abend, 22. Februar, im „Holzhof" (Bitterfeld) abends [illegible] vertreterstellung aller Sparten. Delegiertenmabus: einen [illegible] weiteren oder angeftiene 50 im Bezirk vertretene Mitglieder [illegible] Delegierten. 6 für findet eine Bezirksversammlung statt, die [illegible] zu erscheinen. Anträge der Vereine sollen bis 15. Februar an [illegible] Wolfen, eingereicht werden. Die Vereinsvertreterfragen [illegible] sportvereine. A. Kühn, Bezirkssportvorsitzender. J. A. [illegible]

Vereinsmitteilungen

Freier Wassersportverein Halle. Dienstag 20 Uhr im Lokal [illegible] Die bekannte [illegible]

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300217-12/fragment/page=0012